

Erbrachte Opfer

Das Heldendenkmal als Symbol der postnationalsozialistischen Demokratie in Österreich

Einleitung

Rituale öffentlicher Erinnerung können mit Jay Winter in drei Phasen eingeteilt werden: Die Etablierung der Gedenkform, ihre Überführung in Routine und schließlich ihre Transformation beziehungsweise ihr Verschwinden.¹ Beim Österreichischen Heldendenkmal im Äußeren Burgtor am Heldenplatz² in Wien ist die Sache etwas komplizierter. Das Gebäude selbst weist eine Geschichte auf, die bis zu seiner Errichtung im Jahr 1824 zurückreicht. Es diente der k. u. k. Monarchie, dem austrofaschistischen Regime, dem NS-Regime und der demokratischen Zweiten Republik zur Memorialisierung militärischer Leistungen im Ersten und Zweiten Weltkrieg.³ Neben staatlichen Institutionen nutzten stets gesellschaftliche und private AkteurInnen das Gebäude als Gedenkort für gefallene Soldaten – religiöse Institutionen wie die katholische Kirche, Veteranenverbände, politische Parteien und Einzelpersonen. Das Äußere Burgtor war und ist damit sowohl ein Ort staatlicher Repräsentation als auch ein Ort der gesellschaftlichen Aneignung, Nutzung, Veränderung und Anfechtung der gegebenen Form des kulturellen Gedächtnisses Österreichs. Das Verhältnis von staatlicher Ordnungsmacht und gesellschaftlichen Initiativen bildete sich in der konkreten Gestaltung und Nutzung des Denkmals ab. Selbstverständlich hing dieses Verhältnis von der politischen Form des Staats ab, die definiert, welche Erinnerungen wie und von wem öffentlich artikuliert werden konnten. Der Einbau des Österreichischen Heldendenkmals in das Äußere Burgtor konnte im Jahr 1934 erst unter diktatorischen Vorzeichen, nach der Zerschlagung der sozialdemokratischen Stadtregierung, erfolgen, die gegen eine Idealisierung der k. u. k. Armee im Stadtzentrum opponiert hatte. Damit setzte das austrofaschistische Regime Zyklen militärischen Gedenkens im politischen Zentrum Wiens in Gang, die bis heute andauern. Neben den Adaptierungen infolge von Sys-

tembrüchen gilt es daher, die politischen, sozialen und symbolischen Kontinuitäten in den Blick zu nehmen. Während die Etablierung des Heldendenkmals 1934 der Legitimation eines autoritären staatlichen Umbaus diente, das NS-Regime dort die Ehrung der für »Führer, Volk und Vaterland« gefallenen Soldaten verortete, entstanden unter demokratischen Bedingungen politische und gesellschaftliche Auseinandersetzungen um die Nutzung und Gestaltung des Gebäudes. Dabei wurde darüber gestritten, ob Soldaten als pflichtbewusste Helden geehrt oder als sinnlose Opfer des Kriegs betrauert werden sollten, ob nicht auch Menschen außerhalb des Militärs Heroisches geleistet haben und gleichermaßen ehrungswürdig sind, ob nicht auch an die Opfer staatlicher Verfolgungspolitik erinnert werden soll.

Der folgende Beitrag will genauer als bisher Aneignungen, Transformationen und Befestigungen des Heldendenkmals durch staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure zwischen 1945 und Anfang der 2000er Jahre darstellen und analysieren.⁴ Im Fokus stehen die durch die Praxis der Akteure generierten Konflikte, wie sie ausgetragen, regiert und befriedet wurden. Ansatzpunkt ist das Konzept sektionaler Narrative von Timothy G. Ashplant, Graham Dawson und Michael Roper. Sie verstehen darunter »those memories which, though they have achieved the level of open public articulation, have not yet secured recognition within the existing framework of official memory«.⁵ Sektionale Narrative können als Ergebnisse der politischen Organisation von partikularen Interessen durch Veteranenverbände, Widerstands- und Opferverbände sowie politische Parteien verstanden werden. An der Auseinandersetzung um das Heldendenkmal kann gezeigt werden, welche Akteure sich am Heldendenkmal mit welchen Bewertungen der Vergangenheit artikulierten, welche Koalitionen und Gemeinsamkeiten, welche Konfrontationen und Differenzen entstanden und welche Akteure es schafften, ihre sektionalen Narrative in die offizielle Erinnerungskul-

tur einzuspeisen und umgekehrt, welchen Rahmen die jeweiligen Regierungen der offiziellen Erinnerung im Sinne einer gewünschten, patriotischen gesellschaftlichen Orientierung gaben. Ablesbar wird dieser Rahmen an den staatlichen Ritualen am Heldendenkmal, an den Reden von Politikern, am Hinzufügen oder Wegnehmen von Erinnerungszeichen. Durch diesen Zugang soll eine Gegenüberstellung von offiziellen und populären Narrativen vermieden und die Neuzusammensetzung der staatlichen Erinnerung durch das Regieren von Widersprüchen in der Gesellschaft sichtbar werden.

Thematisch ging es in dieser Auseinandersetzung um die Bewertung des Verhaltens und Handelns der ÖsterreicherInnen während des Austrofaschismus und des NS-Regimes (insbesondere in der Wehrmacht) und durch diese beiden erinnerungspolitischen Fragen hindurch um die prinzipielle Gestaltung des gegenwärtigen Verhältnisses von Individuum und Staat in der neu zu bildenden österreichischen Nation. Verflochten wurden die historischen und gegenwartsbezogenen Dimensionen vorwiegend im Begriff des Opfers, der hier – wie gleich genauer ausgeführt wird – nach seinen beiden Dimensionen von Opfererbringen und Opferwerden differenziert wird.

Das Heldendenkmal gilt als gesamtstaatliches Denkmal, da die Bundesländer an seiner Errichtung beteiligt waren. In der Zweiten Republik wurde ihm der Status eines nationalen Denkmals zugeschrieben. Deshalb eignet sich seine Geschichte auch dafür, gängige Thesen zur Bildung der österreichischen Nation zu überprüfen. Die dominante Vorstellung, dass die österreichische Nationsbildung auf einer Hypostasierung des Opferwerdens beruht («Opfermythos»), wird hier bezweifelt. Stattdessen wird die These vertreten, dass die Nationsbildung im Bereich der Geschichtspolitik besser als ein Prozess zu begreifen ist, in dem es ganz wesentlich um die Anerkennung *erbrachter Opfer* ging. Eng mit diesen Debatten verknüpft waren so grundsätzliche Fragen wie die Bedingungen der Gehorsamspflicht gegenüber dem Staat und der Aufkündigung dieses Gehorsams, um die Legitimität von Widerstand, also insgesamt um die Verhandlung politischer Subjektivität nach Austrofaschismus und Nationalsozialismus. Wie das Heldendenkmal nach 1945 gestaltet und genutzt wurde, versinnbildlicht das Spannungsverhältnis zwischen politischer und rechtlicher Demarkation gegenüber den vorangegan-

nen Regimen und den Kontinuitäten in den Mentalitäten und Einstellungen der StaatsbürgerInnen, deren Wahlverhalten die politische Machtverteilung zwischen den staatstragenden Parteien bestimmte. In der Vergangenheitspolitik schlug sich dieses Spannungsverhältnis als eine stetige Neubearbeitung, praktisch einem Abschleifen der Demarkationen von 1945 nieder, kurz: Diese Geschichte gibt Auskunft über das Wesen der postnationalsozialistischen Demokratie in Österreich. In Anlehnung an eine Formulierung von Theodor W. Adorno aus dem Jahr 1959 wird hier am Beispiel der geschichtspolitischen Praxis am Heldendenkmal das Nachleben von Austrofaschismus und Nationalsozialismus in der Demokratie untersucht.⁶

Helden und Opfer: Von sakrifiziellen zu viktimologischen Formen des Rememberns

Dass die Zweite Republik ein Österreichisches Heldendenkmal betreibt ist erklärungsbedürftig. Die Bezeichnung erscheint insbesondere dann widersinnig, wenn man davon ausgeht, dass für die nationale Identitätsformung in Staat und Gesellschaft hinsichtlich der vorangegangenen austrofaschistischen und nationalsozialistischen Regime Opfer-Selbstbilder entscheidend waren. Warum bei fortgesetzter Nutzung kein anderer Name gewählt wurde, um eine Abgrenzung gegenüber der Nutzungspraxis zweier Diktaturen zu markieren, kann in diesem Paradigma nicht schlüssig erklärt werden. In Berlin wurde die Neue Wache – die 1931 gestaltete und vom NS-Regime 1933 nur leicht adaptierte heroische Gedenkstätte für die im Weltkrieg gefallenen deutschen Soldaten – 1956 in ein »Mahnmal für die Opfer des Faschismus und der beiden Weltkriege« umgestaltet.⁷ Für Wien waren keine Absichten eines »Denkmalsturzes« oder einer symbolischen Neubesetzung durch die alliierten Armeen, Organisationen des Widerstandes oder die Staatsgründungsparteien Österreichische Volkspartei (ÖVP), Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ)⁸ und Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) eruierbar.⁹ Erst im Kontext der Erlangung der Souveränität im Jahr 1955 war der Name kurzfristig in Schweben, als es darum ging zu bestimmen, wie der Staat das Denkmal – auch hinsichtlich der gefallenen Wehrmachtssoldaten – weiterhin nutzen würde. Deren Einbeziehung in die Krypta

war kein Anlass, den Namen zu ändern. 1958 fasste die Bundesregierung den Beschluss, eine Gedenktafel für die »Opfer im Kampfe für Österreichs Freiheit« an der Fassade des Denkmals anzubringen. Die für die Verwaltung des Gebäudes zuständige Burghauptmannschaft sprach sich dafür aus, dass der »Gründername [...] selbstverständlich beibehalten«¹⁰ werden soll. Als die Zuständigkeit für die Gedenkstätte 1962 auf das Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV) überging, schrieben die involvierten Ministerien die Bezeichnung »Österreichisches Heldendenkmal« ausdrücklich fest.¹¹ Im Jahr 1965 erweiterte die Bundesregierung das Denkmal um den Weiheraum für die »Opfer im Kampfe für Österreichs Freiheit«, zu einer Veränderung des Namens kam es nicht. Ein Jahr später musste das Bundesheer auch den Weiheraum in seine Obhut übernehmen – die Bezeichnung wurde noch einmal bestätigt.¹²

Bereits das Festhalten am Heroischen als terminologischer Bezugspunkt des am Denkmal zu praktizierenden Ehrregimes wirft die Frage auf, ob die Opfertheorie (oder der Opfermythos) ein geeignetes Paradigma für die Analyse der Memorialisierungspraxis sein kann. Heidemarie Uhl erklärte 1996 die beiden Gedenkstätten im Heldendenkmal, die einen Bezug zur NS-Herrschaft aufweisen, die Krypta und den Weiheraum, als Symbol für den »Dualismus der österreichischen Geschichtspolitik« seit Mitte der 1960er Jahre, in dem die Opfer des Widerstandes gleichermaßen gewürdigt wurden wie die Gefallenen des Zweiten Weltkriegs.¹³ In welcher Form dies geschah, führte sie in einem späteren Text aus:

Die beiden Gedenkräume im Äußeren Burgtor können als Symbole für den geschichtspolitischen Kompromiss gesehen werden, der sich in den Konflikten der ersten beiden Nachkriegsjahrzehnte herausgebildet hatte: die Koexistenz von Opferthese, in der Österreich als Opfer des Nationalsozialismus gilt, und ihrer Antithese, dem Gefallenengedenken, in dem die ÖsterreicherInnen als Opfer des Krieges gegen den Nationalsozialismus gesehen werden.¹⁴

Obwohl Heidemarie Uhl die Entwertung und Revision der Opfertheorie ab den späten 1940er Jahren durch eine von Regierungspolitikern gegebene positive Anerkennung des Kriegsdienstes in der Wehrmacht im Sinne

einer Pflichterfüllung deutlicher als andere HistorikerInnen herausgearbeitet hat,¹⁵ stehen diese Erkenntnisse in einem gewissen Widerspruch zur Charakterisierung des Heldendenkmals. Es entsteht der Eindruck, dass die Republik in den beiden Gedenkstätten gemäß der Opfertheorie zwei Formen von Opferidentitäten anerkannte: Widerstandskämpfer als Opfer des Nationalsozialismus, Soldaten als Opfer des Zweiten Weltkrieges. Diese Charakterisierung würde dem Theorem von der Universalisierung von Opferidentitäten, also der Ausweitung von Opferzuschreibungen nicht nur auf Soldaten und zivile Kriegsoffer, sondern auch auf ehemalige Nationalsozialisten entsprechen, wie sie insbesondere in den 1990er Jahren von HistorikerInnen als typisch österreichisch kritisiert wurde: Österreich als Opfergemeinschaft, die die »wahren« Opfer (der antisemitischen und rassistischen Verfolgung) verdrängt hat.¹⁶ Im Folgenden wird versucht, eine zum Teil andere Perspektive und eine begriffliche Präzisierung zu entwickeln. Die zentrale These ist, dass das Heldendenkmal ab 1966 eine nationale Erinnerungsordnung repräsentierte, deren Kern in der staatlichen Anerkennung und gesellschaftlichen Akzeptanz der Aufopferungsleistungen sowohl von Wehrmachtssoldaten als auch von NS-Gegnern bestand, die bis dahin stark – und vor allem wechselseitig – umstritten waren. Es ging um die allgemeine Würdigung, etwas Richtiges getan zu haben, nicht um die Behauptung, dass alle gleichermaßen Opfer geworden waren. Das Heldendenkmal sollte eine nationale Aufopferungsgemeinschaft symbolisieren, ohne Rivalitäten um den »wahren« Heroismus. Realisiert wurde sie zumindest architektonisch und in den jährlichen Ritualen der höchsten Repräsentanten der Zweiten Republik, während die sektionalen Erinnerungskulturen sowohl innerhalb des Staates als auch in der Gesellschaft weiter existierten.

Als Werkzeug dient die bereits erwähnte Differenzierung des Opferbegriffes. Der bedeutungsvolle Unterschied zwischen den beiden Dimensionen, die im Englischen als »sacrifice« und »victim« deutlicher hervortreten,¹⁷ wurde in der Forschung zu Denkmälern zwar wahrgenommen,¹⁸ aber bei den Analysen von Erinnerungskulturen zu Nationalsozialismus und Zweitem Weltkrieg in Österreich nicht systematisch angewendet. Anknüpfen kann man an Aleida Assmanns Unterscheidung von sakrifiziellen und viktimologischen Formen

des Erinnerns.¹⁹ Die konzeptuellen Konsequenzen sind klar: Die Betrachtung einer Aufopferungsleistung macht die Handlungsmotive der Subjekte zum Angelpunkt der geschichtspolitischen Betrachtung und wirft die Fragen »Wofür?« und »Wogegen?« auf. Während die Aufopferungsseite einen weiten Raum für die Sinnsuche eröffnete, war das Opferwerden viel schwerer mit Sinn auszustatten. Es blieb negativ, es sei denn, man deutete es in eine Aufopferung um – was auf Erinnerungszeichen ab den 1980er Jahren im Fall von Opfern der antisemitischen und rassistischen Verfolgung durchaus geschah. Das Sinnziehen aus der Erinnerung an Opfer ist jüngerer Datums und eine Folge des Wandels der Opferwahrnehmung seit den späten 1960er Jahren, als die neuen sozialen Bewegungen begannen, für die Rechte von Opfern zu kämpfen und ihre Stimme zu verstärken – auch der Wandel in der Beschäftigung mit der Ermordung der Juden im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts war stark von diesem Paradigmenwechsel geprägt. Bis in das letzte Drittel des 20. Jahrhunderts, so die Historikerin Svenja Goltermann, »kam das Opfer als attraktive Subjektposition im Grunde kaum in Frage.«²⁰ Weder in Europa noch in den USA sei es moralisch besonders vorteilhaft gewesen, sich nach einer Gewalttat als Opfer zu bezeichnen. Die Position des Opfers sei »mit Vorbehalten behaftet« gewesen, weil sie eine Position der Schwäche und eine gewisse Mitschuld an der Aggression implizierte, besonders wenn es sich um Juden und Frauen handelte, wie Goltermann mit Bezug auf den deutschen Kriminalpsychologen Hans von Hentig darlegte.²¹

Wie Nationsforscher gezeigt haben, wurde eine staatlich vermittelte kollektive Identität über weite Strecken des 20. Jahrhunderts durch die Konstruktion von gemeinsamen Aufopferungsleistungen gebildet, also im Rahmen sakrifizieller Ehrregime. Bereits im 19. Jahrhundert entstand in der Phase der Emanzipation des Bürgertums die Vorstellung davon, dass die höchste Pflicht des Staatsbürgers in der Aufopferung und im Tod für das Vaterland bestand.²² Ernest Renan bezeichnete die ehrende Anerkennung der »Opfer, die man erbracht hat«, als das wesentliche Moment nationaler Integration.²³ Sie war jener symbolische Sold von Staat und Gesellschaft für die Erfüllung der Pflicht, der die materielle Versorgung im Fall von Invalidität oder Tod überstieg. Auch Benedikt Anderson hielt fest, dass

nationales Gedenken wesentlich in der selektiven Erinnerung daran besteht, »weniger getötet zu haben als bereitwillig gestorben zu sein.«²⁴

Aus diesem Blickwinkel erscheinen die Opferformulierungen der Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945 denkbar ungeeignet, als Anker für eine positive Identifizierung mit dem wiedererrichteten Staatswesen zu dienen. Tatsächlich zielten sie auf etwas Anderes ab. Die Beschreibung der wehrlosen Opferwerdung des österreichischen Staates und seiner Bevölkerung durch die Aggression NS-Deutschlands erfolgte in Anlehnung an die Declaration on Austria der alliierten Außenminister vom November 1943, die damit eine Revision ihrer faktischen Anerkennung des »Anschlusses« im Jahr 1938 vorgenommen hatten.²⁵ Hinsichtlich der beabsichtigten Abtrennung Österreichs von Deutschland war die Konstruktion einer Opferidentität eine durchaus funktionale Nachahmung: Deutschland war Täter, Österreich sein erstes Opfer. So dienlich sie für die Abgrenzung war, so wenig Ressourcen bot die Opfererzählung für die innere Nationsbildung. Sie stilisierte mehr als 1,3 Millionen österreichische Männer,²⁶ die in der Wehrmacht gedient hatten, pauschal zu gezwungenen Soldaten, zu Kriegssklaven in der deutschen Wehrmacht. Dieses Identitätsangebot fand kaum Anklang, ebenso wenig die Gleichsetzung von Soldaten mit KZ-Opfern, die Bundeskanzler Figl im Dezember 1945 formulierte.²⁷ Auf der Titelseite der ersten Nummer der Veteranenzeitschrift *Der Kamerad* im April 1950 hieß es programmatisch, dass die Politik den Frontsoldaten den »berühmten Dank des Vaterlandes« vollkommen schuldig geblieben sei.²⁸ Gefordert wurde die positive Anerkennung der Plichterfüllung in Wehrmacht und Waffen-SS. Die Identifizierung mit der Institution Wehrmacht und ihrem zentralen Gebot der Plichterfüllung war eine dominante Haltung unter ehemaligen Wehrmachtssoldaten, wie jüngere Forschungen eindrucksvoll bestätigten. Hierin gab es keine wesentlichen Unterschiede zwischen »ostmärkischen« und »reichsdeutschen« Soldaten.²⁹ Ein wichtiger Aspekt war die Versorgung von etwa 505.000 kriegsversehrten Soldaten und Hinterbliebenen, die im Kriegspferversorgungsgesetz 1949 geregelt wurde. Dabei wurden Krieger mitnichten in Opfer verwandelt³⁰ – der Opferterminus bezog sich nur auf konkrete Schädigungen, die eine Minderung der Erwerbsfähigkeit zur Folge hatten. »Der

Kriegsversehrte will kein Mitleid«, schrieb *Der Kamerad*. Bis 1952 wurden die 1945 ausgeschlossenen Nationalsozialisten in die Versorgung integriert – sie erhielten damit jene Anerkennung, für die sich insbesondere der 1949 gegründete Verband der Unabhängigen (VdU), die Österreichische Volkspartei (ÖVP) und Veteranenverbände stark gemacht hatten, gegen anfänglichen Widerstand der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ).

Die Unabhängigkeitserklärung beschrieb die Verfolgung politischer Gegner, enthielt aber keine Darstellung eines österreichischen Widerstandskampfs als Beitrag zur Befreiung, wie ihn die Alliierten in der Declaration on Austria verlangt hatten. Statt einer oft unterstellten Überzeichnung oder Heroisierung des Widerstandes ersuchten ÖVP, SPÖ und KPÖ vielmehr um Nachsicht für sein geringes Ausmaß. Die provisorische Regierung holte die Würdigung der »Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich« aber rasch nach. Sie erhielten mit einem der ersten eigenständig entworfenen Gesetze im Juli 1945 (Opferfürsorgegesetz) Rechtsanspruch auf Entschädigungs- und Unterhaltsleistungen.³¹ Mit dem *Rot-Weiß-Rot-Buch* versuchte die erste Bundesregierung 1946 durch eine nachträgliche Dokumentation des Widerstandes und des Martyriums von Regimegegnern in Gefängnissen und Konzentrationslagern das Manko der reinen Viktimisierung zu beheben und der Declaration on Austria zu entsprechen, um bei den Staatsvertragsverhandlungen von 1947 ein günstiges Vertragswerk zu erreichen. Auch im Sektor der NS-Gegner und Widerstandskämpfer war das Opferwerden kein favorisierter Erinnerungsrahmen – der nachrangige und schwache Opferstatus war hier den Wehrmachtssoldaten zugedacht (was die Veteranenverbände schroff zurückwiesen).

Ohne von den Staatsgründern explizit genannt zu werden, waren die Juden die größte Gruppe ziviler österreichischer Opfer nationalsozialistischer Verfolgung und Kriegsführung. Obwohl die Erzählung der Unabhängigkeitserklärung auf sie am ehesten zutraf, wurde ihre Opfereigenschaft von den Nachkriegsregierungen nur zögerlich und widerwillig als entschädigungsrelevant anerkannt.³² Nur hier – bei der Abwehr von Entschädigungsforderungen insbesondere jüdischer Organisationen – kam es tatsächlich zu einer »Instrumentalisierung« der Opferthese durch die Bundesregierung im Sinne eines Opfermythos.³³ Die in diesem

Kontext geführte Behauptung von Regierungspolitikern, die Österreicher seien genauso Opfer geworden wie die Juden, war gegen eine Anerkennung der Besonderheit der antisemitischen Verfolgung gerichtet und eine Form des sekundären Antisemitismus, der die Zweite Republik von Beginn an prägte. Neben der in diesem Kontext vorgenommenen instrumentellen Selbstviktimsierung war für die Behandlung der jüdischen Opfer die Bewertung entscheidend, dass sie sich keine Verdienste im Kampf für ein freies, unabhängiges Österreich erworben hatten, sondern bloß Opfer des Nationalsozialismus geworden waren. Die Transformation von Opferwerden in Aufopferungsleistungen bei NS-Gegnern und Soldaten und deren Hierarchisierung gegenüber Opfern antisemitischer und rassistischer Verfolgung ist im Sozial- und Entschädigungsrecht in den 1940er und 1950er Jahren gut erkennbar. Eine weitere Hierarchisierung der Aufopferungsleistung von Soldaten gegenüber Widerstandskämpfern wird in der Entwicklung der Erinnerungskultur ab den späten 1940er Jahren generell und in der Geschichte des Heldendenkmals im speziellen deutlich.

Zurück zum Heroismus: Das Heldendenkmal in der Wiener Erinnerungslandschaft bis 1955

Die Opferthese – Leerstelle der Erinnerung

Die integrale Opferthese der Unabhängigkeitserklärung – die Viktimisierung von Österreich als Staat, der österreichischen Bevölkerung als NS-Gegner, Wehrmachtssoldaten und Zivilisten – wurde in Wien äußerst selten im öffentlichen Raum verankert. Zwischen 1945 und 1965 traf dies nur auf sechs wenig prominente Symbole zu.³⁴ Eine absolute Rarität sind Erinnerungszeichen, die Opfer des Austrofaschismus, des Nationalsozialismus und der Kriegsführung integrieren.³⁵ Nimmt man den »Anschluss« als den zentralen historischen Bezugspunkt der Opferthese, zeigt sich ferner, dass die Machtübernahme der Nationalsozialisten und der Einmarsch deutscher Truppen im März 1938 – die Opferwerdung Österreichs – kein im öffentlichen Raum häufig erinnertes Ereignis war. In einer Klassifikation von insgesamt neun Themen der Erinnerung an die NS-Zeit macht das Thema »Anschluss« nur 3,6 Prozent

aus – in den ersten zehn Nachkriegsjahren thematisierten überhaupt nur zwei von 137 Erinnerungszeichen die Ereignisse des März 1938.³⁶ Eine intensive Memorialisierung des »Anschlusses« als ein negatives Ereignis wäre überraschend – sie hätte den Rahmen der in Europa dominanten sakrifiziellen Erinnerungskultur verlassen. Da es im März 1938 keinen kämpferischen Widerstand gegeben hatte, gab es unter diesem Paradigma keine erinnerungswürdigen Toten, denen Erinnerungszeichen gewidmet hätten werden können. Insgesamt können 91 Prozent der bis 1955 geschaffenen 151 Symbole dem sakrifiziellen Erinnerungsrahmen »Widerstand und Befreiung«, also der Würdigung von Aufopferungsleistungen zugeordnet werden, während sieben Prozent Verfolgungsoffern gewidmet wurden und nur zwei Prozent sowohl Widerstand als auch Verfolgung thematisieren.³⁷ Zwischen 1945 und 1955 wurde im öffentlichen Raum (außerhalb von Einrichtungen der Israelitischen Kultusgemeinde) nur eine Gedenktafel für Opfer antisemitischer Gewalt angebracht.³⁸

Im Kontext der antifaschistischen und antinazistischen Erinnerungskulturen spielte das Gedenken an gefallene Wehrmachtssoldaten eine geringe Rolle. In den wenigen Fällen, in denen sie integriert wurden, geschah es hierarchisch: An der Spitze stand die Aufopferung von AntifaschistInnen und WiderstandskämpferInnen, nachrangig erinnert wurden passive Kriegsoffer, darunter zivile Bombenopfer und Kriegsgefallene. So können auch die frühen offiziellen Gedenkrituale von Bundes- und Stadtregierung sowie des Bundespräsidenten gelesen werden. Gedenkfeiern fanden zu Allerheiligen zunächst beim von der Stadt Wien 1948 am Zentralfriedhof eröffneten »Mahnmahl zum Gedenken an die Opfer für ein freies Österreich 1934–1945« statt und dann bei Kriegsgräbern mit schlichten Trauerfeiern für die Wehrmachtsgefallenen.³⁹ Obwohl die Staatsvertragsverhandlungen bis 1947 günstige politische Rahmenbedingungen für eine Verbindung von Opferwerdung und Aufopferung im Widerstand bot, zerfielen die parteiübergreifenden Ansätze des Jahres 1945, die Opfererzählung in eine Aufopferungserzählung zu drehen, sehr schnell. Hinsichtlich der Frage, wer in einen Kanon erinnerungswürdiger Aufopferung einbezogen werden soll, taten sich innerhalb der antifaschistischen und antinazistischen Erinnerungsmilieus tiefe Divergenzen auf, die sich in einer getrennten und

konkurrierenden Memorialisierungspraxis mit teilweise umkämpften, teilweise separierten Erinnerungsräumen niederschlugen.⁴⁰ Auf der nationalen Ebene scheiterte die geplante Institutionalisierung einer permanenten Ausstellung zur NS-Herrschaft, die auf Anregung der sowjetischen Besatzungsbehörde von der Wiener Stadtregierung mit Unterstützung der Bundesregierung und unter Einbeziehung aller drei Parteien 1946 im Künstlerhaus unter dem Titel »Niemals Vergessen« eröffnet wurde. Sie stellte die Opferwerdung Österreichs dar, thematisierte dabei eingehend die Verfolgung und Vernichtung der jüdischen Bevölkerung – was für fast zwei Jahrzehnte die Ausnahme bleiben sollte⁴¹ – und würdigte die Aufopferung von Österreichern im Kampf um die Befreiung. Ihre dauerhafte Einrichtung hätte eine frühe Weichenstellung für eine offensive Auseinandersetzung mit Faschismus und Nationalsozialismus und eine Wertschätzung des Widerstands bedeutet. Die Erinnerungspolitik hätte damit einen anderen Pfad nehmen können. Der wesentliche Grund für das Scheitern der Institutionalisierung lag nicht in Konflikten um die Deutung der NS-Herrschaft, sondern in den Differenzen der Darstellung der Diktatur zwischen 1933 und 1938. Auslöser der Konflikte war die Frage, welche Personen als Freiheitskämpfer im sogenannten Weiheraum der Ausstellung namentlich genannt werden sollten. Während die SPÖ die in den Februarkämpfen 1934 gegen das Dollfuß-Regime gefallenen und hingerichteten Sozialdemokraten als Freiheitskämpfer abgebildet haben wollte, bestand die ÖVP darauf, den von NS-Putschisten 1934 ermordeten Kanzler Engelbert Dollfuß, der für die Ausschaltung der Demokratie und die Hinrichtung der Sozialdemokraten verantwortlich war, als Märtyrer zu ehren.⁴² Das Scheitern der Institutionalisierung hatte gravierende Folgen: Antisemitismus und Rassismus verschwanden als zu bekämpfende Phänomene der modernen Gesellschaft aus der Öffentlichkeit und bis heute gibt es in Wien keinen der damaligen Anstrengung entsprechenden Ort der Abgrenzung, Aufklärung, Bildung und Erinnerung.

Eine zweite Linie war der vom einsetzenden Kalten Krieg noch forcierte Antikommunismus, der vor allem die SPÖ von der KPÖ separierte. Ein Beispiel für die Erinnerungskonkurrenz zwischen den beiden Parteien ist das Scheitern der Errichtung eines Denkmals für die »im Kampf gegen den Nazifaschismus und für ein freies,



Abb. 1 Karte mit Erinnerungszeichen um das Heldendenkmal, Stand 1955. Das Österreichische Heldendenkmal und die Erinnerungszeichen (Ez) zu Austrofaschismus und Nationalsozialismus im ersten Wiener Gemeindebezirk (1945 – 1955). Graue Punkte markieren Ez für Widerstand und Befreiung, rote Punkte für Verfolgung. Die Beschriftung nennt die Stifter: Individuelle Stifter (Indiv.), Individuelle Stifter in der Israelitischen Kultusgemeinde (Indiv. [IKG]), KPÖ (Partei), S-KPÖ (KPÖ als Initiator eines staatlichen Ez), S-SPÖ (SPÖ als Initiator eines staatlichen Ez), ÖVP (Partei), S-ÖVP (ÖVP als Initiator eines staatlichen Ez), Opferverband (Opf.verband), Widerstandsgruppe (Wid.gruppe), Katholische Kirche (Kath. Kirche), Sowjetunion (SU).

unabhängiges Österreich Gefallenen der Stadt Wien auf einem würdigen Platz im Zentrum der Stadt«, das vom Wiener Stadtsenat am 30. Oktober 1945 beschlossen worden war.⁴³ Nach der Zuspitzung der Systemkonkurrenz zwischen den Westmächten und der Sowjetunion und dem damit verbundenen Positionierungsdruck auf SPÖ und KPÖ zerfiel der überparteiliche Verband »Bund der politisch Verfolgten« 1948 in drei parteipolitisch gebundene Organisationen, die mehr gegeneinander als miteinander arbeiteten. Die zwischen 1945 und 1955 in Wien entstandene antifaschistische und antinazistische Denkmallandschaft zeigt die Verwerfungen

zwischen den drei Parteien und innerhalb der von den drei Parteien vollzogenen staatlichen Verwaltung. Die antifaschistische bzw. antinazistische Aufopferungserinnerung erreichte keine nationale Dimension, diente vielmehr eine kurze Zeit der Rekonstruktion von Lageridentitäten, bevor bei SPÖ und ÖVP die Nachsicht gegenüber bzw. die Rehabilitierung ehemaliger NationalsozialistInnen zum bevorzugten Modus des Aufbaus und der Absicherung politischer Macht wurde. Die erste Schicht an antifaschistischen und antinazistischen Erinnerungszeichen im politischen und kulturellen Zentrum der Stadt, in der räumlichen Umgebung des Helden Denkmals, bildet diesen Prozess des Scheiterns einer gemeinsamen antinazistischen symbolischen Demarkation gegenüber Austrofaschismus und Nationalsozialismus im öffentlichen Raum ab.

Vier der Erinnerungszeichen für Widerstandskämpfer wurden zwar von staatlichen Institutionen errichtet, können aber nicht als nationale Denkmäler bezeichnet werden. Das Denkmal für die Freiheitskämpfer in der Polizeidirektion (1) zeigte die Stärke der Kommunisten in der Polizei an. Im Bundeskanzleramt regierte die ÖVP und richtete einen Gedenkort für Engelbert Dollfuß ein, den die SPÖ ablehnte (2). Die Wiener Stadtregierung (SPÖ) applizierte an der zentralen Feuerwache eine Plakette für Kämpfer gegen die »faschistische Tyrannei« zwischen 1934 und 1945 (3). Im Wiener Landesgericht wurde unter dem sozialdemokratischen Justizminister Otto Tschadek, der als Marinerichter selbst Todesurteile gefällt hatte, 1951 ein Gedenkraum für die hier exekutierten NS-Gegner, vor allem KommunistInnen, eingerichtet, der bis zu seiner Neugestaltung im Jahr 1967 ausschließlich von der KPÖ genutzt wurde (4). Weitere Erinnerungszeichen richteten die Parteien und ihre Opferverbände ein: Die KPÖ legte 1951 illegal einen Gedenkstein für die Opfer der Gestapo am Morzinplatz und Erinnerungszeichen bei ihrer Parteizentrale (5,7), die ÖVP nutzte die Michaelerkirche als Erinnerungsort für ihre KZ-Opfer (6).⁴⁴ Am peripheren Zentralfriedhof war das Gedenken ähnlich parteipolitisch separiert.⁴⁵ Eine nationale Identitätsbildung im Zeichen einer gemeinsamen symbolischen Abgrenzung von Austrofaschismus und Nationalsozialismus scheiterte. Die Ursachen waren nicht bloß parteipolitischer Zwist und lokale Auswirkungen des Kalten Krieges. Ein weiterer Faktor war, dass Regierungspolitiker bezweifel-

ten, dass die Opferthese in der Gesellschaft positive Resonanz finden würde.⁴⁶

Der politische Kampf um die Veteranengesellschaft

Die machtpolitische Arithmetik der Wahlstimmen und die Notwendigkeit einer breiten Legitimation des Staatswesens – wesentliche Elemente der repräsentativen Demokratie – favorisierten eine andere Strategie nationaler Integration: Jene, den Deutungen der historischen Erfahrungen bei ehemaligen Nationalsozialisten und Wehrmachtssoldaten, ihren Gefühlslagen und Bedürfnissen entgegenzukommen. Bis 1948 nahmen Regierungspolitiker von ÖVP und SPÖ noch an Gedenkfeiern für die gefallenen Soldaten der Roten Armee beim sowjetischen Heldendenkmal am Schwarzenbergplatz teil.⁴⁷ Das Heldendenkmal im Äußeren Burgtor war zu diesem Zeitpunkt kein Auftrittsort für Regierungspolitiker. Jeder wusste, dass die Errichtung des Heldendenkmals in der Ersten Republik von den rechtsextremen Weltkriegsveteranen der Frontkämpfervereinigung gefordert, von konservativen Offizieren des Bundesheeres gegen den Willen der Sozialdemokratie betrieben und erst unter dem austrofaschistischen Regime errichtet werden konnte, also in einer undemokratischen und umstrittenen Tradition stand. Auch dass der Bildhauer Wilhelm Frass unter der Figur des Toten Kriegers eine nazistische Botschaft hinterlegt hatte, war seit einem Artikel im *Völkischen Beobachter* im Jahr 1938 kein Geheimnis mehr. Bereits am 1. Februar 1946 erinnerte die von der Roten Armee herausgegebene *Österreichische Zeitung* deutlich an die nazistische Kontamination des Heldendenkmals und die Rolle von Frass im Nationalsozialismus.⁴⁸

Die letzte Heldengedenkfeier des NS-Regimes am Heldendenkmal hatte noch am 12. März 1945 anlässlich des »Heldensonntags« stattgefunden.⁴⁹ Seit der Eröffnung des Heldendenkmals im September 1934 zelebrierten Pater des Kapuzinerordens einen täglichen Gottesdienst in der Krypta. Aus Darstellungen der Burghauptmannschaft geht hervor, dass diese religiöse Praxis alle Systembrüche überdauert hat. Ab 1945 wurde die Messe jedoch nur mehr sonntags um neun Uhr gelesen. Eine Kontinuität ist auch bei der Betreuung feststellbar. Der Aufseher Edmund Dedicz tat

seine Arbeit seit 1934. Nach der Auflösung seines letzten Dienstgebers, der Heeresstandortverwaltung der Wehrmacht, verblieb er im Personalstand des Heeresgeschichtlichen Museums, das trotz der Huldigung zweier katastrophaler Kriegsführungen nicht zugesperrt wurde. Budgetmittel, um das Heldendenkmal weiterzubetreiben, standen jedoch nicht mehr zur Verfügung. Dedicz hielt das Heldendenkmal fast zwei Jahre lang in Eigenregie offen. Um die Betriebskosten zu decken, sammelte er unter den Besuchern der Gottesdienste Spenden.⁵⁰ Im April 1947 beendete die Burghauptmannschaft dieses Provisorium, stellte Dedicz ein und übernahm fürs Erste die Finanzierung des Betriebs. Die Behörde bekam vom vorgesetzten Ministerium für Handel und Wiederaufbau die Verwaltung übertragen – interimistisch bis zur Wiedereinrichtung eines österreichischen Heeres.⁵¹

Bis 1950 blieb die Nutzung des Heldendenkmals unspektakulär. Es waren offenbar nur wenige, untereinander bekannte Privatpersonen aus dem angrenzenden Bezirk Mariahilf, die in die Krypta kamen, um gefallenen Angehörigen zu gedenken. Die Messen waren »sehr schwach besucht«.⁵² Der Zirkel älterer Veteranen, Kriegsinvaliden und -witwen begann mit Erlaubnis von Prälat Jakob Fried, dem Domkapitular von St. Stephan, ehemaligen Häftling der Gestapo und Autor des Buches »Nationalsozialismus und Katholische Kirche« (1948), die Messe in Kirchenzeitungen und der katholischen Presse zu bewerben. Unter dem Titel »Eine vergessene Erinnerungsstätte« schrieb einer der Protagonisten: »Die Österreicher haben anscheinend vergessen, dass wir in Wien eine sehr schöne Gedenkstätte an die Gefallenen beider Weltkriege besitzen: die Krypta im Heldendenkmal am Äußeren Burgtor. Dort wird jeden Sonntag um 9 Uhr eine Messe gelesen. Alle Angehörigen von Gefallenen beider Weltkriege haben die Möglichkeit, in der Krypta eine Messe lesen zu lassen und einen Kranz oder Blumen niederzulegen.«⁵³ Der Aufruf zeigt, dass das Heldendenkmal im sozialen Gedächtnis unmittelbar mit den Gefallenen des Zweiten Weltkrieges verbunden war. Das Engagement führte dazu, dass mehr Messen bestellt wurden, die Besucherzahlen anstiegen, Kränze und Blumen abgelegt wurden. Zur Messe am Ostersonntag 1950 mussten bereits Stühle aus der im linken Flügel des Burgtors eingerichteten Polizeiwache herangeschafft werden, um Kriegsinvaliden, alten Frauen und Männern Sitzgelegenheiten zu bieten.

Aus den wenigen schriftlichen Quellen zu diesem religiösen Gedenken in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre geht kein Verbrämen soldatischer Sterbens zu einer heroischen Aufopferung für Volk und Vaterland hervor, auch keine Organisation, die ein Wiederaufnehmen des Heldengedenkens während der NS-Herrschaft betrieben hätte. Im Vordergrund scheint die persönliche Trauer um gefallene Kameraden, Väter und Söhne gestanden zu sein. Wie bereits angedeutet, muss Gefallenengedenken nicht von vornherein und zwangsläufig mit sakrifizieller Sinngebung verbunden sein. Politiker von ÖVP und SPÖ legten in den ersten Nachkriegsjahren zu Allerheiligen Kränze an Soldatengräbern am Zentralfriedhof nieder, ohne den Soldatentod zu heroisieren.⁵⁴ Eine vorläufige Auswertung von Sekundärquellen zu Erinnerungszeichen für Wehrmachtssoldaten in Wien zeigt jedenfalls Ambivalenzen. Ähnlich wie in den Bundesländern wurden in Wien die Namen gefallener Wehrmachtssoldaten häufig an bei lokalen Friedhöfen bestehenden Kriegerdenkmälern für den Ersten Weltkrieg angebracht. Daneben lässt sich eine Reihe von neu errichteten Objekten feststellen.⁵⁵ Nach einer ersten, noch oberflächlichen Analyse von 47 sogenannten Kriegerdenkmälern für Wehrmachtssoldaten in Wien weisen etwa 60 Prozent eine Würdigung heroischer Aufopferung auf, während bei etwa 40 Prozent die Gefallenen einfach als Opfer betrauert werden. Die Deutung soldatischer Sterbens war auf lokaler Ebene im Wien der späten 1940er und frühen 1950er Jahre wie schon nach dem Ersten Weltkrieg keineswegs einheitlich. Auch die Stifter der soldatischen Erinnerungszeichen waren heterogen, jedenfalls nicht nur Veteranenverbände, sondern auch kirchliche, kulturelle und soziale Vereine.

Von der lokalen Heterogenität des Gefallenengedenkens muss man die Erinnerungspolitik von Veteranen und anderen Personen unterscheiden, die sich in Kameradschafts- und Veteranenverbänden politisch organisierten, um eine bestimmte Form der Kriegserinnerung und der Darstellung des Kriegsdienstes innerhalb der Veteranengesellschaft und in der gesamten Öffentlichkeit durchzusetzen. Einen organisatorischen Schub für die politische Formierung der Veteranengesellschaft bewirkte die Amnestie der als minderbelastet bezeichneten Nationalsozialisten im Jahr 1948. Sie waren nun zu den Wahlen zugelassen und erhielten alle staatsbürgerlichen Rechte inklusive der Bildung von Vereinen.⁵⁶ Manche

der nun zugelassenen Veteranenvereine fokussierten in den frühen 1950er Jahren ihre Anstrengungen darauf, dem Heldendenkmal auch in Bezug auf den Zweiten Weltkrieg jenen hohen Stellenwert (wieder) zu geben, den ihm das NS-Regime zugedacht hatte. Für sie war die stärker werdende religiöse Nutzung der Krypta Ende der 1940er Jahre ein günstiger Anknüpfungspunkt, um Heldenehrungen wieder aufleben zu lassen.

Der erste, der sich aus dem Milieu der kriegerischen Erinnerung bei der Burghauptmannschaft für eine Erneuerung des Heldengedenkens empfahl, war Wilhelm Frass. Als minderbelasteter Nationalsozialist eingestuft und seit 1948 rehabilitiert, war Frass wieder gut vernetztes Mitglied der Secession und voll ins akademische und künstlerische Berufsleben integriert. Er unterbreitete – »ermutigt durch die zu beobachtenden ständigen Beweise der Pietät der Bevölkerung für ihre gefallenen Söhne im *Österreichischen Heldendenkmal*« – im Jahr 1948 der Burghauptmannschaft eine Reihe von Vorschlägen. Am überdimensionierten Schuhwerk seines Kriegers wollte er ein Schild mit dem Wappen der österreichischen Monarchie anbringen. Er empfahl, entweder an der Fassade oder in der Krypta auf der Stirnwand eine »würdige, auf den Sinn und Zweck des Denkmals bezug habende Schrift« einzutragen. Neben kleinen Verschönerungen – rote Marmorplatten für den Boden, neue Verglasung – gab Frass eine große Anregung für eine »spätere, klarere Zeit«. Neben dem »Ehrenraum für die ruhmreiche alte österreichische Armee« im oberen Stock und dem »Weiheraum für die gefallenen Soldaten des ersten Weltkrieges« im rechten unteren Flügel (i. e. Krypta) schlug er die Einrichtung einer neuen Gedenkstätte im linken Flügel für die gefallenen Soldaten des Zweiten Weltkrieges vor: »Einmal wird ja doch die Zeit kommen, wo man in der Heimat eine Weihestätte auch für die gefallenen Soldaten des zweiten Weltkrieges in unserer Stadt wird errichten wollen«, so Frass. Ergriffen stellte er sich das Ergebnis einer solchen Aktualisierung vor: »So würde das ganze Burgtor das würdige Denkmal für den ehrenvollen österreichischen Soldaten: Das *Soldatendenkmal am Heldenplatz in der Burg zu Wien*!«⁵⁷ Das Bundesdenkmalamt hatte gegen Frass' Vorschläge prinzipiell nichts einzuwenden. Allerdings erschien den Beamten eine Umsetzung »angesichts der allgemeinen Lage derzeit [...] nicht opportun«⁵⁸ gemeint war wohl die alliierte Besatzung. Doch auch später sollten Frass'

Vorschläge nicht umgesetzt werden – mit einer Ausnahme: Eine Inschrift am Portal der Krypta zu »Sinn und Zweck« des Denkmals kam im Jahr 2002 unter FPÖ-Verteidigungsminister Herbert Scheibner hinzu. Die universelle Würdigung soldatischen Sterbens lautete dann: »IN ERFÜLLUNG IHRES AUFTRAGES LIESSEN SIE IHR LEBEN«. Das war nicht weit entfernt von jenem Aufopferungssinn, mit dem Frass den Soldatentod seines eigenen Sohnes 1943 in Russland ausgestattet hatte: »Mögen wir alle den Sinn dieses Opfers verstehen: Die grenzenlose Verpflichtung gegenüber unserem Vaterland.«⁵⁹

Nach Frass nahmen 1950 Veteranenpolitiker das Heldendenkmal in Beschlag. Den Akten der Burghauptmannschaft gemäß war es Josef Müssiggang, der den ersten Antrag für eine Gedenkveranstaltung mit Heiliger Messe und Kranzniederlegungen in der Krypta zu Ehren der Gefallenen der beiden Weltkriege stellte. Sie sollte am ersten Sonntag nach Allerseelen stattfinden. Müssiggang unterfertigte das Ansuchen als »ehemaliger Obmann der Österr. Soldatenfront«, der Einheitsorganisation der Kriegsveteranen in der Vaterländischen Front während des Austrofaschismus.⁶⁰ Nach außen hin wollte Müssiggang die Veranstaltung sichtbar inszenieren. Er beantragte die Entflammung der Pylonen vor dem Heldendenkmal für Allerheiligen, Allerseeelen und den folgenden Sonntag. Die Burghauptmannschaft erhob keine Einwände, verlangte eine polizeiliche Anmeldung und Genehmigung, die offenbar vorgelegt wurde.

Doch zuvorgekommen war Müssiggang die Kameradschaft zur Unterstützung der Kriegsversehrten. In ihrer Zeitschrift *Der Kamerad* beanspruchte sie ausdrücklich, bereits am 1. November 1950 für die erste »Heldengedenkfeier« seit Kriegsende in der Krypta gesorgt zu haben. In ihrem Aufruf betonte sie die Überparteilichkeit der Gefallenenehrung und lud alle Parteien und einschlägigen Verbände dazu ein. Der Aufruf soll mehrmals durch den Radiosender Rot-Weiß-Rot, den die USA im selben Jahr in die Verantwortung der österreichischen Behörden übergeben hatten, bekannt gemacht worden sein. Nach Darstellung der Kameradschaft fanden sich »hunderte Wiener in der Krypta« ein, »zu Ehren all derer, die irgendwo in der weiten Welt als Soldaten in treuer Pflichterfüllung für Volk und Vaterland starben«⁶¹. Das Wort bei der mit Trommelwirbeln



Abb. 2 Ansicht der Krypta im Heldendenkmal mit Skulptur des Toten Kriegers, aufgenommen spätestens 1954/55. (ÖNB, Bildarchiv, USIS United States Information Service, Inv.-Nr. US 11.079/3)

und brennenden Fackeln martialisch und areligiös gestalteten Zeremonie führte der ehemalige HJ- und Werwolf-Kämpfer Alfred Borth, der in den 1950er Jahren zu einer umtriebigen Figur des frühen Rechtsextremismus wurde.⁶² Eine Abgrenzung von Deutschland mochte die Kameradschaft nicht vollziehen – ihr Kranz war dezidiert den österreichischen und deutschen Soldaten gewidmet. Das machte es allerdings notwendig, mit einem zweiten Kranz auch die alliierten Soldaten zu ehren. Der politische Charakter der weiteren bei der Heldengedenkfeier auftretenden Organisationen – Junge Front, Nationale Liga und Pro Patria – reichte von konservativem Deutschnationalismus bis zum Rechtsextremismus.

Die Junge Front war eine Gründung des Studentenfunktionärs im Austrofaschismus, Wehrmachtsoffiziers

und Ritterkreuzträgers Ernst Strachwitz. Als einen der führenden Funktionäre der Hilfs- und Betreuungsstelle für Heimkehrer stellte ihn die ÖVP 1949 für den Nationalrat auf, um dem neu gegründeten VdU die Stimmen der Veteranen und ehemaligen Nationalsozialisten streitig zu machen. Strachwitz verbat sich die Zuschreibung einer Opferrolle für Wehrmachtssoldaten. Er wollte ihre Aufopferungsbereitschaft gewürdigt wissen.⁶³ In einer Parlamentsrede distanzierte er sich klar von Positionen, wie sie Parteichef und Bundeskanzler Leopold Figl 1945/46 vertreten hatte: »Ich stelle fest, dass diese Menschen eine Pflicht erfüllt haben; es waren Menschen, vor deren Opfer ich mich verbeuge und zu denen ich stehe!«⁶⁴ Strachwitz musste 1951 die ÖVP verlassen, nachdem er bei der Präsidentschaftswahl Burghard Breitner, den Kandidaten des VdU, unterstützt hatte. Er suchte fortan mit Gleichgesinnten aus der ÖVP wie Wilfried Gredler und dem antisemitischen Hochschulprofessor Taras Borodajkewycz die di-

rekte Zusammenarbeit mit dem VdU.⁶⁵ Die Nationale Liga versammelte wiederum schwer belastete Nationalsozialisten mit verdeckter Unterstützung der KPÖ.⁶⁶ Die einzige Partei, die nicht auf irgendeine Weise bei dieser ersten »Heldengedenkfeier« präsent war, war die SPÖ. Die Sozialdemokraten ächteten das Heldendenkmal und das Heldengedenken noch so, dass beides in der *Arbeiter-Zeitung* auf Jahre keinerlei Erwähnung fand.

Der Versuch Borths, Parteien, Veteranenverbände und rechtsextreme Gruppierungen bei Heldenehrungen unter dem Dach der Kameradschaft zur Unterstützung der Kriegsverehrten zu versammeln, war nur von kurzer Dauer. Denn schon im folgenden Jahr lief ihm Müssiggang den Rang ab. Müssiggang war mittlerweile Präsident des Österreichischen Kameradschaftsbundes (ÖKB), der 1951 gegründet wurde und sich als Dachorganisation für alle Kameradschaftsverbände etablierte. Auffallend ist, dass sich der ÖKB sofort an Borths Diktion orientierte. Müssiggang deklarierte die Veranstaltung, die er für denselben Termin wie im Vorjahr anmeldete, nun ebenfalls als »Heldengedenkfeier«.⁶⁷ Hinter der Gründung des ÖKB stand die ÖVP. Ihre Strategie einer organisatorischen Umarmung der Wehrmachtveteranen beinhaltete die Normalisierung des bislang vorwiegend in rechtsextremen Kameradschaften und Organisationen artikulierten heroischen Soldatenbilds. Nach der »Heldengedenkfeier« forderte die Landesparteileitung der ÖVP daher auch, »das äußere Burgtor als Denkmal für die Gefallenen des zweiten Weltkriegs besonders auszustatten«.⁶⁸ Das Bundesdenkmalamt schlug vor, in der Apsis der Krypta die Jahreszahlen 1914–1918 und 1939–1945 als zeithistorische Markierungen anzubringen, was allerdings erst Ende der 1950er Jahre realisiert wurde.

Aufschlussreiche Einblicke in die Entstehung des ÖKB, die bislang nur rudimentär erforscht ist, gewährt ein Bericht des britischen Hochkommissars Harold Caccia an Außenminister Anthony Eden und ein ergänzender Brief seines Nachfolgers G. A. Wallinger. Beide Schriftstücke wurden auf Basis von vertraulichen Gesprächen mit österreichischen Regierungsmitgliedern und hohen Beamten erstellt. Demnach befürchtete die ÖVP, dass ein unkontrolliertes Sprießen von Veteranenorganisationen dem VdU und anderen rechtsextremen Gruppierungen ein günstiges politisches Betätigungsfeld

bieten würde. Entsprechende Entwicklungen registrierten alliierte Beobachter besonders im Zusammenhang mit der nun einsetzenden Welle der Errichtung von Kriegerdenkmälern, die als Anlass für die Organisation von Veteranen dienten.⁶⁹

In diesem Tauziehen um die Bindung eines großen Wählerreservoirs drängte der VdU nun ebenfalls zum Heldendenkmal. Es war die Wiener Landesgruppe, die 1951 die Kameradschaft zur Unterstützung der Kriegsverehrten bei der Anmeldung der Heldengedenkfeier am 1. November ablöste. Teilnehmende Organisationen waren nun, neben dem Verband der Kriegsverehrten, die Unabhängigen Studenten – die Vorläuferorganisation des ein Jahr später gegründeten Rings Freiheitlicher Studenten, bei dem sich deutschnationale Burschenschaftler und Rechtsextremisten wie Norbert Burger tummelten. Auf einen Gottesdienst wurde weiterhin verzichtet. Als Redner bot der VdU seinen extremsten Abgeordneten im Nationalrat auf, den Antisemiten Fritz Stüber.⁷⁰

Doch während der VdU stagnierte, gelang es der ÖVP durch direkte und indirekte Aufbauhilfe aus dem Büro von Staatssekretär Ferdinand Graf rasch, Landesorganisationen des ÖKB zu bilden und lokale Veteranenverbände zu absorbieren. Diese knüpften einerseits an die Tradition älterer Wohlfahrtsverbände von Veteranen des Ersten Weltkrieges an, andererseits handelte es sich um Verbände, die sich auf Truppenteile der Wehrmacht bezogen. Von einer Abgrenzung des ÖKB gegenüber dem Rechtsextremismus kann man nur bedingt sprechen. Während die Einbeziehung katholischer Rituale ein symbolischer Unterschied zu den Heldenehrungen von Borth und VdU war, setzte die ÖVP bzw. der ÖKB ansonsten auf personelle Integration. Die Funktionärsriege des ÖKB setzte sich keineswegs – wie die britischen Beobachter betonten – ausschließlich aus ÖVP-nahen Veteranen zusammen. Ehemalige NSDAP-Mitglieder und Exponenten des Deutschnationalismus, die sich für Nationalsozialisten und verurteilte Kriegsverbrecher einsetzten, gehörten zu den Gründungsmitgliedern. Der prominenteste war der bereits erwähnte Innsbrucker Arzt, Präsident des Roten Kreuzes und Rektor der Universität Innsbruck Burghard Breitner, der sich 1951 vom VdU für die Präsidentschaftswahl nominieren ließ und ein Fürsprecher für verurteilte NS-Verbrecher war.⁷¹

Für die Ausbildung eines heroischen Wehrmachtsgedenkens war eine zweite politische Funktion des ÖKB von erheblicher Bedeutung. Neben der politischen Kontrolle des Veteranenmilieus nutzte das Innenministerium in Absprache mit den westlichen Alliierten die Organisation für die Registrierung von Personal für die geplante Wiederaufstellung des Bundesheeres. Der britische Botschafter G. A. Wallinger beschrieb die »Arbeitsteilung« im Innenministerium folgendermaßen: Während Grafs Büro den ÖKB von innen heraus kontrollierte, sorgte Innenminister Oskar Helmer (SPÖ) sowohl für die äußere Kontrolle des ÖKB als auch die Unterdrückung unliebsamer, noch weiter rechtsstehender Konkurrenten. Er gab einen Erlass an die Sicherheitsdirektionen in den Ländern heraus, alle Versammlungen von Veteranen zu untersagen, wenn sie durch das Zeigen von militärischen Orden und Rängen der Wehrmacht oder durch Reden einen militärischen oder politischen Charakter annehmen.⁷² Alle Veteranenveranstaltungen waren mit einem genauen Ablaufplan behördlich anzumelden. Wallinger fasste zusammen:

[T]here can be no doubt that the rapid and highly organized development of the Kameradschaftsbund throughout the western zones of Austria has been energetically assisted by these men [officials of the Ministry of Interior] and by the anonymous individuals who work for them in the offices of the Provincial Governors and perform the actual work of registration [...]. In fact, the Kameradschaftsbund is not only under firm Coalition control, but it serves unconsciously (except for a few leaders) as an agency for the military planning by the Austrian Government which we ourselves encourage.⁷³

In der Person seines ersten Präsidenten und der standesartigen Struktur einer Einheitsorganisation bildete sich die Kontinuität zur Österreichischen Soldatenfront und damit der postfaschistische Charakter des ÖKB ab. In der britischen Wahrnehmung beeinflusste die ÖVP die Formulierung der Statuten des ÖKB stark. Wesentlich für die ideologische Ausrichtung war die Förderung eines allgemeinen Bekenntnisses zu Österreich als Vaterland und Heimat. Hinsichtlich konkreter Aktivitäten stand die Fürsorge für Kriegsversehrte und Hinterbliebene und das Veranlassen von Gedenkveranstaltungen und Zusammenkünften der Veteranen im Vordergrund. Durch die in den Statuten festgelegte Definition Öster-

reichs als Vaterland und Heimat wurde das Bekenntnis zur unbedingten soldatischen Pflichterfüllung und die Anerkennung soldatischer Aufopferung technisch von der deutschen Wehrmacht gelöst. Genau das ermöglichte die kontinuierliche Idealisierung und das Lob dieser für die Wehrmacht zentralen Werte, ohne mit der Verfassung und den Alliierten von vornherein in Konflikt zu geraten. So war eine Normalisierung der bislang mit dem Geruch des Neonazistischen, Rechtsextremen und Deutschnationalen verbundenen Würdigung der Aufopferungsleistung in der Wehrmacht überhaupt erst möglich. Zu Recht bezeichneten Veteranenpolitiker bereits 1952 die postnationalsozialistische Normalisierung von zentralen Werten des NS-Systems als Trendwende. In ihrer Diktion handelte es sich um die Durchsetzung einer »gesunden Auffassung«.⁷⁴ Entscheidend ist, dass die Demarkation durch die österreichpatriotische Grundierung sachlich nicht mehr gegenüber dem Nationalsozialismus erfolgte, sondern gegenüber jenen, die die soldatische Pflichterfüllung in der Wehrmacht gebrochen oder diese bisher angeblich als »Verbrechen« betrachtet hatten.⁷⁵

Die Absicht der ÖVP, den ÖKB als eine stark kontrollierte staatstragende Monopolorganisation der Veteranen zu positionieren, die auch bei den Alliierten Akzeptanz fand, ist an der Planung der Gedenkfeier am 8. November 1953 gut zu erkennen. Dafür war im Auftreten eine weniger verfängliche Sprache notwendig. Im Unterschied zu 1951 nannte der ÖKB die Veranstaltung nun eine »Gedächtnisfeier für die Gefallenen beider Weltkriege aller Nationen«. Erstmals nahmen Abordnungen staatlicher Institutionen, der Gendarmerie, der Polizei und der Zollwache teil. Die Einladung erging an die Mitglieder der Regierung, die Hochkommissare der Alliierten, die Mitglieder des Diplomatischen Corps. Die Feier hatte bereits den Charakter einer Massenveranstaltung, die zu groß für den Rahmen der Krypta war. Der Altar für die Feldmesse wurde vor einem der Stiegenaufgänge zur Ehrenhalle aufgestellt. Burghauptmannschaft und ÖKB unterzeichneten ein Nutzungsübereinkommen über technische Fragen der Abwicklung, womit die Routine für eine jährliche Wiederholung festgelegt wurde.⁷⁶

Im Jahr 1954 beantragte der ÖKB die Kundgebung zwar »in der üblichen Form«, doch die Planungen standen unter ganz spezifischen, politisch sehr sensib-

len Vorzeichen. Die Errichtung des Heldendenkmals jährte sich zum 20. Mal. Für den November 1954 war in Wien außerdem eine große internationale Konferenz der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) angekündigt, die vom KZ-Verband vorbereitet wurde.⁷⁷ Der KZ-Verband und die KPÖ agitierten zu diesem Zeitpunkt bereits heftig gegen die Zunahme von Soldatentreffen, den Aufbau des ÖKB und die Heroisierung des Soldatendienstes in der deutschen Wehrmacht. Zugleich kollidierte der vom ÖKB beantragte Termin für die nun wieder »Heldengedenkfeier« genannte Totenehrung und Feldmesse mit den Feierlichkeiten der sowjetischen Behörden zum Jahrestag der russischen Oktoberrevolution, die in der gegenüberliegenden Hofburg stattfanden. Im Vergleich zu den Jahren zuvor plante der ÖKB eine noch weit größere Veranstaltung, die zudem stark an die Inszenierung der Eröffnung des Heldendenkmals im September 1934 erinnerte. Der Feldaltar sollte zentral vor dem Burgtor aufgebaut werden, die Ehrengäste sollten durch das Tor neben der Krypta einziehen und auf Stühlen Platz nehmen. Der Heldenplatz sollte den ganzen Vormittag über für den Verkehr gesperrt bleiben. Für den Zuzug der Mitglieder des ÖKB war ein Marsch vom Rooseveltplatz über den Michaelerplatz vorgesehen, der Rückmarsch sollte sogar über den Rathausplatz führen. All das weckte Erinnerungen an die bewusste Konfrontation mit der Sozialdemokratie Anfang der 1930er Jahre. Drei Tage vor dem angesetzten Termin untersagte die Polizeidirektion Wien die Kundgebung. Die Begründung des Chefs der Wiener Polizei Oswald Peterlunger lautete:

Die Polizeidirektion hat in den vergangenen Jahren die Totenfeiern des genannten Vereines in der Krypta des Heldendenkmals bewilligt. Bei der diesjährigen beabsichtigten Totenehrung [...] nimmt der »Österreichische Kameradschaftsbund« in seinen Ankündigungen ausdrücklich Bezug auf die Errichtung des Heldendenkmals im Herbst des Jahres 1934. Der Hinweis auf das Jahr 1934 und der Inhalt der damals gehaltenen Reden sind geeignet, Erinnerungen an die für Österreichs Geschichte so schmerzlichen Vorgänge wachzurufen und darüber hinaus bei weiten Teilen der Bevölkerung Gegensätze auszulösen, was im Hinblick auf das Gesamtwohl und die ruhige Entwicklung des mühsamen Aufbauwerks der Bundesregierung unbedingt vermieden werden muß.⁷⁸

Peterlunger verwies außerdem auf die zeitgleich stattfindenden sowjetischen Feiern zum Revolutionsjubiläum. Die Ankündigung von Protesten der KPÖ und damit die Gefahr von Zusammenstößen war sicher auch ein Faktor für die Entscheidung.⁷⁹ Die politischen Beweggründe lagen wohl woanders. Erstens hatten die sowjetischen Behörden dem ÖKB in Niederösterreich bereits ein Aufmarschverbot erteilt. Zweitens lehnte die SPÖ diese Veranstaltung in doppelter Hinsicht ab. Innenminister Oskar Helmer (SPÖ) beobachtete die Aktivitäten des ÖKB mit Argusaugen. Der Untersagung waren Soldatentreffen vorausgegangen, bei denen entgegen Helmers Weisung Veteranen in Wehrmachtsuniformen und mit Orden defilierten, so bei Auftritten des ehemaligen Wehrmachtsoffiziers Albert Kesselring, der in Italien als Kriegsverbrecher verurteilt worden war.⁸⁰ Vor allem aber überschritt für die SPÖ eine derart offene Reminiszenz an den Austrofaschismus die Grenze des Zumutbaren.

Die *Arbeiter-Zeitung* begrüßte das Verbot daher auf der Titelseite: »Das neue demokratische Österreich hat [...] keine Ursache, an ein Ereignis zu erinnern, das als eine Siegesfeier des damaligen autoritären Regimes begangen wurde, bei der die faschistischen Wehrformationen aufmarschierten und Fey und Starhemberg kriegerische Brandreden hielten, in denen sie die zerstörte Demokratie verhöhnten.« Mit einem »Akt der Pietät für gefallene Soldaten« habe eine solche Veranstaltung nichts zu tun.⁸¹

Angesichts der Mobilisierung des ÖKB begannen ehemalige Widerstandskämpfer nun nachzuholen, was sie 1945 versäumt hatten: Das Heldendenkmal für sich in Anspruch zu nehmen und den Wehrmachtsveteranen streitig zu machen. Der KZ-Verband stellte im Vorfeld der Konferenz der FIR bei der Bundesregierung den Antrag, im bisher nicht genutzten Kultraum im linken Flügel ein Gedenkbuch für hingerichtete Widerstandskämpfer zu hinterlegen, um die Verwandlung der Wehrmachtssoldaten in Helden zu konterkarieren. Doch nur wenige Tage nach dem Verbot des ÖKB-Aufmarsches lehnte der Ministerrat dieses Ansuchen ab. Ausschlaggebend waren antikommunistische Motive.⁸²

Gab es gegenüber der KPÖ Einigkeit, so klappten die Positionen von ÖVP und SPÖ zur Einschätzung des Wehrmachtsdienstes auseinander. Manche ÖVP-Spitzenpolitiker wie Alfons Gorbach, der fast fünf Jahre in den KZ Dachau und Flossenbürg inhaftiert gewesen

war, betrieben in diesen Debatten die Umdeutung der Wehrmachtssoldaten von Opfer in Märtyrer. Gorbach war als Landesleiter der Vaterländischen Front 1934 bereits Mitglied des Ehrenkomitees zur Errichtung des Heldendenkmals gewesen. Er gehörte zu jenen ÖVP-Politikern, die sich für eine volle gesellschaftliche Integration ehemaliger Nationalsozialisten einsetzten. Gorbach war als Kriegsversehrter des Ersten Weltkriegs auch Mitglied des ÖKB. Im Dezember 1954 bewertete er den Streit um das richtige Verhalten im Zweiten Weltkrieg als einen, der »die Gemüter des Volkes in Wallung brachte und die alten Frontlinien neuerdings wieder quer durch die politischen Parteien aufgerissen hat«⁸³: Der Streit um die Frage, »wer nun eigentlich ein Held und wer ein Verräter sei: der österreichische Widerstandskämpfer oder jener Österreicher, der getreu seinem geschworenen Eid bis zur letzten Stunde in der deutschen Wehrmacht seine bittere Pflicht erfüllt hat.« Gorbach sah keine Verständigungsmöglichkeit zwischen diesen beiden Positionen, denn jeder hielt sich »für den Helden und Vaterlandstreuen und den anderen für den Feigling und Verräter«. Er forderte zu einer anderen Betrachtungsweise des »Soldatenschicksals« der Österreicher in der Wehrmacht auf. Seit Beginn des Kriegs gegen die Sowjetunion sei es »unter dem Druck der furchtbaren Erkenntnis [gestanden], daß die Niederlage der deutschen Wehrmacht voraussichtlich die völlige Bolschewisierung Deutschlands und Österreichs zur Folge haben werde.« Er kam zu einem eindeutigen Schluss:

Der Dienst gegenüber einer höheren Gemeinschaft und die Erfüllung der beschworenen Pflicht bis zur bewußten Hingabe des Lebens sind und bleiben, ob im Frieden oder im Krieg, der überzeugendste Ausdruck höchster sittlicher Kraft und müssen für uns unantastbar bleiben. Nur eine niedrige und schäbige Gesinnung kann einer so unerhörten seelischen Barbarei fähig sein, den Millionen Toten des letzten Weltkrieges und ihren Angehörigen über die Opfer hinaus auch noch den Sinn der Opfer rauben zu wollen und sie als sinn- und zwecklos, ja als schändlich und strafwürdig hinzustellen. [...]⁸⁴

Im Streit um die »richtige« patriotische Aufopferung zwischen Veteranen des Widerstands und Veteranen der Wehrmacht verteidigte Gorbach die Pflichterfüllung in

der Wehrmacht als sinnvoll, pries die Treue zum geleisteten Eid, verteidigte die Notwendigkeit unbedingten Gehorsams. Er teilte die »antibolschewistische« Kriegsbegründung der Wehrmacht, transformierte sie aber in einen Abwehrkampf um die »Freiheit« Österreichs von sowjetischer Herrschaft. Diese postnationalsozialistische Transformation zentraler Werte der Wehrmacht holte das Narrativ des ÖKB aus der Zivilgesellschaft in den Nationalrat und in den politischen Diskurs der größeren Regierungspartei. Die SPÖ hingegen adressierte die Wehrmachtssoldaten vorwiegend als Opfer. Auch hier wurde das Narrativ eingegrenzt. Eine Infragestellung der Opferrolle der Wehrmachtssoldaten durch eine Thematisierung von Kriegsverbrechen – wie es die KPÖ fallweise tat – kam nicht in Frage. Parteiobmann und Vizekanzler Adolf Schärf bezeichnete solche Überlegungen als »hysterischen Antifaschismus«.⁸⁵ Einigkeit im Antikommunismus, Zwist hinsichtlich des Austrofaschismus und der Heroisierung des Soldatendienstes in der Wehrmacht, Geschlossenheit in der Dethematisierung von Verantwortung – so könnte man die geschichtspolitischen Verhältnisse in der Regierungskoalition am Vorabend der Wiedererlangung der staatlichen Souveränität durch den Staatsvertrag auf den Punkt bringen.

Die gescheiterte Transformation des Heldendenkmals vor dem Staatsvertrag

Im Herbst 1954 wurden offene Konflikte durch eine kurzfristige Verbotspolitik zwar vermieden, die Spannungen ließen sich damit aber nicht lösen. 1955 stand das zehnjährige Jubiläum der Unabhängigkeitserklärung und der Gründung der Zweiten Republik im politischen Kalender. Es setzte die Koalition unter Druck, einen geschichtspolitischen Konsens zu formulieren. Der Ministerrat bildete relativ kurzfristig ein Komitee zur Vorbereitung von Feiern am 27. April 1955. Dem Gremium gehörten Bundeskanzler Julius Raab (ÖVP), Vizekanzler Adolf Schärf (SPÖ), Staatssekretär Ferdinand Graf (ÖVP) und Staatssekretär Bruno Kreisky (SPÖ) an.⁸⁶ Die konkreten Verhandlungen führten Graf (Innenministerium) und Kreisky (Außenministerium). Ende Februar erzielte Kreisky, der 1951 aus dem Exil in Schweden zurückgekehrt war, mit Graf eine Übereinkunft. Am 22. März 1955 befasste Bundeskanzler Raab

den Ministerrat mit den Vorschlägen des Komitees. Als erstes Projekt beantragte er die »Errichtung einer Weihestätte zum Gedächtnis der Toten Österreichs im äußeren Burgtor«. Neu daran war die Absicht, das Monopol des militärischen Gedenkens im Heldendenkmal zu überwinden. Der Kompromiss bestand darin, keinerlei Jahreszahlen und Bezeichnungen für politische Systeme zu verwenden. Offenbar war daran gedacht, einen integralen Gedenkort für getötete Zivilisten und Soldaten zu schaffen, also nicht bloß die österreichischen Wehrmachtssoldaten zu integrieren, wie es die ÖVP 1951 vorgeschlagen hatte. Am 27. April sollte als erster Schritt an der Rampe⁸⁷ des Heldendenkmals ein großer Steinblock mit folgender Inschrift aufgestellt werden: »An dieser Stelle wird man den Weiheraum betreten, der dem Andenken und der immerwährenden Erinnerung an alle Toten, die für Österreich starben, gewidmet ist.« Um der Erweiterung der Widmung weithin sichtbar Ausdruck zu verleihen, sollte über der Durchfahrt auf der Heldenplatzseite mit Bronzelettern die Inschrift »Den Toten Österreichs« angebracht werden. Auch das hätte eine grundlegende Transformation des Heldendenkmals bedeutet. Die Bezeichnung »Heldendenkmal« wurde in der kurzen Beschreibung des Projekts vermieden, was darauf hindeutet, dass die Namensgebung selbst ein Gegenstand des Konflikts war. Das Projekt sollte durch einen künstlerischen Wettbewerb, ausgebaut von einer Jury, konkretisiert werden – ein Standard, den keine der Transformationen des Heldendenkmals seit 1945 erreichen sollte. Das zweite Projekt, auf das sich das Komitee einigen konnte, war die Errichtung eines Denkmals für den zweimaligen Staatsgründer Karl Renner (SPÖ) am Ring neben dem Parlament.

Beide Projekte erhielten die Zustimmung des Ministerrats. Für die neue Weihestätte im Burgtor wurde sogar ein Budget von 850.000 Schilling beschlossen – an die Umsetzung war also definitiv gedacht.⁸⁸ Die beiden Projekte können als Versuch einer Beilegung und Vermeidung der Denkmalkämpfe der Ersten Republik interpretiert werden. Doch beide Projekte fanden in den folgenden zehn Jahren keine Umsetzung. Aus den Unterlagen der Burghauptmannschaft geht der rasche Tod des Weiheraum-Projekts hervor. Drei Tage nach dem Beschluss im Ministerrat wies die Burghauptmannschaft das Polizeikommissariat Innere Stadt noch an, das Wachzimmer im linken Flügel des Burgtors bis

Ende April zu räumen.⁸⁹ Doch bereits am 6. April zog das Bundeskanzleramt das Projekt »Weiheraum« zurück und erteilte die Weisung, alle Aufträge zu stornieren. Über die Motive gibt es keine Aufzeichnungen.

Das alles dominierende Thema in diesen Wochen war die überraschend und sprunghaft gestiegene Chance auf einen baldigen Abschluss des Staatsvertrags, ausgelöst durch eine Einladung Raabs zu Gesprächen in Moskau, die von den Westmächten positiv bewertet wurde.⁹⁰ Ein Zusammenhang könnte darin liegen, dass mit dem Abschluss des Staatsvertrags die volle Souveränität, damit die Aufstellung des Bundesheeres und die Einrichtung eines Verteidigungsministeriums unter Führung der ÖVP verbunden war, welches für das Heldendenkmal zuständig sein würde. Damit hätten sich die Machtverhältnisse wieder zugunsten des soldatischen Heldengedenkens verschoben. In diese Richtung weist jedenfalls die tatsächliche Praxis der Wiederaneignung des Heldendenkmals durch einzelne Organe der Republik im Herbst 1955.

Staatliche Aneignung und Erweiterung des Heldendenkmals (1955–1965)

Souveränität und Rückkehr des Militärs in die Krypta

Mit dem Abschluss des Staatsvertrags am 15. Mai und dem Beschluss des Wehrgesetzes am 7. September 1955 schufen Regierung und Parlament die legalen Grundlagen für die Wiederaufstellung des Bundesheeres auf der Basis einer allgemeinen Wehrpflicht. Die politische Zuständigkeit für das Bundesheer übernahm Staatssekretär Graf, er wurde mit der Einrichtung des Bundesministeriums für Landesverteidigung im Juli 1956 erster Verteidigungsminister der Zweiten Republik. Eine Herausforderung für Graf war es, Anerkennung für das Bundesheer in der Gesellschaft zu finden, denn die Wiederbewaffnung war nicht unumstritten. Graf dachte dem ÖKB dabei eine zentrale Rolle zu. So war es der ÖKB, der die Wiener Bevölkerung für den Sonntag nach Allerseelen zu einer großen »Gedächtnisfeier für die Toten und die Opfer der beiden Weltkriege«⁹¹ auf den Heldenplatz mit einer Feldmesse und einer Kranzniederlegung in der Krypta rief. Auf dem Plakat stili-

sierte der ÖKB die Aufopferung in zweifacher Hinsicht als Identitätskern eines österreichischen Wir-Gefühls. Zunächst den zehnjährigen (nichtmilitärischen) Kampf seit 1945 um »Freiheit und Vaterland«: »Die Freiheit ward uns nicht geschenkt, wir haben sie verdient. Aber, die Freiheit ist ein Opfer wert!«⁹² Als seine Pflicht sah es der ÖKB, auch die »Toten und Opfer der beiden Weltkriege« als Märtyrer des Kampfs um Freiheit zu erinnern: »Sie haben wohl das größte Opfer gebracht, sie haben *ihr Leben* gegeben.«⁹³ Die Aufopferungsleistung wurde in die NS-Vergangenheit und bis in den Ersten Weltkrieg zurück projiziert. Bei aller Anerkennung von Zivilisten stand die militärische Hingabe des Lebens an der Spitze der Ehrhierarchie – Höhepunkt der Feier war denn auch die Niederlegung der Kränze »für die toten Kameraden« in der Krypta. Vom Opfer Österreich oder Verfolgungsoffern war keine Rede.

Mit Staatssekretär Graf trat im Rahmen dieser Feier erstmals in der Zweiten Republik ein Regierungsmitglied beim Heldendenkmal auf. Regierungsmitglieder der SPÖ boykottierten hingegen die Veranstaltung. Es gab eine innerparteiliche Opposition nicht nur gegen die Wiederbewaffnung, sondern auch unter Bundesheerbefürwortern Stimmen, die jeden Traditionsbezug der neuen Armee zu den Armeen vor 1945 ablehnten und stattdessen eine »Stunde null« und eine ausschließlich an der demokratischen Verfassung orientierte politische Bildung und Bindung der Soldaten forderten.⁹⁴ Anders als die SPÖ folgten die Militärattachés der ehemaligen Besatzungsmächte der Einladung des ÖKB.⁹⁵ Sie signalisierten damit, keine Probleme mit dem Aufopferungsdiskurs und der Positionierung des nationalen Gefallenengedenkens im Heldendenkmal zu haben – so lange dabei nicht einer Vereinigung mit Deutschland das Wort geredet wurde oder neonazistische Wiederbetätigung stattfand, war dies nun ausschließlich Sache der souveränen Republik Österreich.

In seiner »Gedächtnisansprache« formulierte Graf seine Vorstellungen zur Zukunft des Heldendenkmals: Es solle »österreichisches Nationaldenkmal« werden.⁹⁶ Anders als noch vor wenigen Monaten mit Kreisky überlegt, stand eine Namensänderung oder Erweiterung der Widmung für Graf nicht mehr auf der Tagesordnung. Ankündigungen in diese Richtung protokollierte die Austria Presse Agentur jedenfalls nicht. Herzstück seiner Rede war die Ehrung des erbrachten Opfers.



Abb. 3 Plakat des Österreichischen Kameradschaftsbundes, Aufruf zur Gedächtnisfeier für die Toten und Opfer beider Weltkriege auf dem Heldenplatz, 6. November 1955. (ÖNB, Bildarchiv, Inv.-Nr. PLA16550310)

»[I]m nun frei und souverän gewordenen neutralen Österreich« wollte Graf dem »Heldengedenken« neuen Ausdruck geben. Im Vordergrund standen dabei wiederum die Anerkennung und Einforderung der »soldatischen Pflichterfüllung«. Dabei sprach Graf ganz ähnlich wie Gorbach ein Jahr zuvor im Parlament. Sie dürfe »nicht mehr unter das Zwielicht vergangener politischer Systeme gestellt werden, sie muss als letzte und höchste persönliche Hingabe ihre Würdigung finden und in Ehren gehalten werden.«⁹⁷ Ohne den Begriff Widerstand in den Mund zu nehmen, bezog er andeutungsweise die »Kämpfer für ein bestimmtes Ideal oder ein Ziel« in die Ehrung mit ein, offen war diese Formulierung aber auch für Nationalsozialisten. Über alle staatlichen Formen und politischen Regime hinweg betonte er jedoch die militärische Pflichterfüllung als *den* verbindenden Wert. Die Exekutivbeamten der Zweiten Republik hätten die Pflichterfüllung »genauso ernst genommen [...] wie der Soldat an der Front«. Die Kameradschaftsbünde nahm

er gegen Kritik in Schutz und adressierte sie als wichtige Träger des patriotischen Wehrgedankens in der Gesellschaft.

Ein Bekenntnis zu einer antifaschistischen und antinazistischen Fundierung der Republik gab es in der Rede Grafs offenbar nicht.⁹⁸ Mit der historischen Konstruktion einer Kontinuität patriotischer Pflichterfüllung zurück bis zur k. u. k. Armee entsprach er vielmehr den Bedürfnissen des Führungspersonals der neuen Streitkräfte, das ausschließlich von der ÖVP bestimmt worden war. Dem k. u. k. General und Oberst des ersten Bundesheeres Emil Liebitzky, der von der Wehrmacht zwangspensioniert worden war und nun die Leitung des »Amtes für Landesverteidigung« übernahm, stellte Graf Erwin Fussenegger als Generaltruppeninspektor gegenüber.⁹⁹ Fussenegger war Mitglied des Nationalsozialistischen Soldatenrings gewesen und hatte in der Wehrmacht unter anderem als Generalstabsoffizier unter Ferdinand Schörner gedient, dem wohl rücksichtslosesten und letzten Oberbefehlshaber des Heers, der seine Soldaten noch in völlig aussichtslosen Lagen kämpfen ließ und brutal gegen Deserteure vorging.¹⁰⁰ Von einem Gleichgewicht zwischen »Monarchisten«, die skrupellosen Kriegern wie dem in der Ehrenhalle des Helden Denkmals gehuldigten k. u. k. General Franz Conrad von Hötzendorf zugetan waren, und Nationalsozialisten kann aber nicht gesprochen werden. Während Liebitzky zwar bemüht schien, den Einfluss ehemaliger Nationalsozialisten zu begrenzen, dabei aber von der jüngeren Wehrmachtsgeneration isoliert blieb und 1957 pensioniert wurde, baute Fussenegger im Führungskorps ein Netzwerk von ihm ergebenen Offizieren auf, die in der Wehrmacht Oberstränge erreicht hatten – was gesetzlich an sich ein Ausschließungsgrund gewesen war.¹⁰¹ Viele von ihnen hatten unter ausgesprochenen Nationalsozialisten wie Lothar Rendulic, Franz Böhme und Schörner in der Sowjetunion und am Balkan gedient. In ihren Augen war die Wehrmacht die glorreiche Armee beispielhafter Aufopferungsbereitschaft, Disziplin und Gehorsam, von der man lernen sollte.¹⁰²

Fussenegger lehnte die Ehrung von österreichischen Wehrmachtsoffizieren, die sich dem militärischen Widerstand angeschlossen hatten und noch in den letzten Kriegstagen von der SS hingerichtet worden waren, dezidiert ab. Für ihn handelte es sich um Eidbrecher.¹⁰³ Zugleich verteidigte er als ranghöchster österreichi-

scher Soldat öffentlich seinen ehemaligen Vorgesetzten Schörner, der in der Sowjetunion wegen Kriegsverbrechen verurteilt worden war und sich 1957 in der Bundesrepublik Deutschland für die Hinrichtung von Deserteuren zu Kriegsende gerichtlich verantworten musste. Auch wenn es in den deutschen Streitkräften ähnliche Netzwerkbildungen ehemaliger Nationalsozialisten unter den Führungsrängen gab, wurde dort mit der Abteilung »Innere Führung« zumindest versucht, ein nach den Worten des ersten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Theodor Heuss aus »Zivilcourage und Widerstand« gespeistes neues Konzept vom Soldaten als »Bürger in Uniform« zu implementieren.¹⁰⁴ Im Bundesheer gab es bis in die frühen 1980er Jahre kaum etwas Vergleichbares.¹⁰⁵

Grafs ideelle Verknüpfung des neuen Heers mit allen vorangegangenen, inklusive der Wehrmacht, die personellen und mentalen Kontinuitäten zur Wehrmacht und dem Nationalsozialistischen Soldatenring im Heer, die staatlich beförderte Monopolstellung des ÖKB als wehrpolitischem Bindeglied in die Gesellschaft – all das war das Gegenteil einer klaren Abgrenzung vom Nationalsozialismus, wie sie in der Opferdoktrin der Unabhängigkeitserklärung immerhin normativ enthalten war. Was in den 1950er Jahren im Feld der Erinnerungspolitik geschah, war Teil eines allgemeineren Phänomens, das Adorno als das Fortleben von autoritären bis nationalsozialistischen Einstellungen und Werthaltungen in der Demokratie dechiffrierte. Präzisieren muss man die Beobachtung dahingehend, dass es zwar die politische Form der Demokratie war, die eine Reformulierung des Autoritarismus ermöglichte. Für die politische und gesellschaftliche Wirksamkeit solcher Kontinuitäten entscheidend aber waren politische Weichenstellungen, zu denen im Bereich der Erinnerungskultur die Wiederbenutzung des Helden Denkmals durch staatliche Autoritäten und die oben erwähnten Maßnahmen Grafs gehörten. In der militärischen Erinnerungskultur wurde der Revisionismus rasch wirksam – immer öfter marschierten Wehrmachts- und SS-Veteranen mit Orden und in Uniform gemeinsam mit Repräsentanten des Bundesheeres auf und lobten die Waffengänge der Armee NS-Deutschlands.¹⁰⁶ Das neue staatlich-gesellschaftlich integrale wehrpolitische Netzwerk wurde in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre bei einer Vielzahl von Soldatentreffen rund um die Errichtung von neuen

Heldengedenkstätten für Wehrmachtssoldaten geknüpft und gepflegt. Veranstaltet von Mitgliedsverbänden des ÖKB, mit dem Segen der katholischen Kirche, traten neben Veteranenpolitikern hohe Militärs und die Verteidigungsminister als Redner auf. Neben den lokalen entstanden für große Veteranen- und Soldatentreffen konzipierte überregionale Gedenkstätten wie jene auf der Riegersburg in der Steiermark, in der Wallfahrtskirche Maria Taferl in Niederösterreich oder am Kärntner Ulrichsberg, wo sich Wehrmacht- und SS-Veteranen genauso versammelten wie Bundesheeroberste, Verteidigungsminister, Landes- und Kommunalpolitiker aller Parteien (außer der KPÖ) und Neonazis.¹⁰⁷ In Wien wurde die Krypta des Heldendenkmals zum Anziehungspunkt dieses Erinnerungsmilieus.

Wiederaufnahme von Traditionslinien zu Austrofaschismus und Nationalsozialismus

Nach der rituellen Wiederaneignung des Heldendenkmals durch das Bundesheer und der Etablierung des Verteidigungsministeriums im Dezember 1956 griff die Burghauptmannschaft 1957 das Thema der expliziten Widmung der Krypta für die Gefallenen des Zweiten Weltkrieges wieder auf. 1958 oder 1959 wurden neben der Wiederanbringung der von den Nationalsozialisten entfernten Widmungsinschriften für Kaiser Karl und Erzherzog Franz Ferdinand in der Apsis der Krypta die Jahreszahlen 1914–1918 und 1939–1945 eingefügt.¹⁰⁸ Veteranenverbände und Bundesheer nutzten das Heldendenkmal nun regelmäßig für Heldenehrungen oder Gedächtnismessen, etwa 1956 für den verstorbenen Mitbegründer des ÖKB Burghard Breitner. Die Karriere Breitners vom Arzt und Helden der k. u. k. Armee zum NS-Mediziner und Repräsentanten der »Ehemaligen« in der gesellschaftlichen Mitte nach 1945 stand paradigmatisch für den geschichtspolitischen Bogen der militärischen Erinnerungskultur. Bei der Ehrung Breitners trat auch die Kameradschaft Heldendenkmal in Erscheinung. Diese Veteranengruppe stellte sich bruchlos in die Nachfolge der »Frontkämpfervereinigung Deutschösterreichs«.¹⁰⁹ Einzig die Wiederverwendung des Namens verbat sich. Die Wahl des neuen Namens »Heldendenkmal« sollte jedoch verbürgen, dass die Idee der »Errichtung eines Österreichischen Heldendenk-

mals« von niemand anderem als von der Frontkämpfervereinigung stammte.¹¹⁰ Ihrem »Obersten Führer«, dem Antidemokraten und Antirepublikaner Hermann Hiltl, huldigte die Kameradschaft Heldendenkmal in ihren Schriften und Veranstaltungen wie ehemals. An dieser Gliederung des Wiener Landesverbandes des ÖKB lässt sich die hohe Kompatibilität von austrofaschistischem und nationalsozialistischem Heldengedenken zeigen. Sie findet sich in der Geschichte der Frontkämpfervereinigung ähnlich abgebildet wie in der Geschichte des Heldendenkmals. Die Frontkämpfervereinigung suchte 1930 die Nähe zur NSDAP und zu Hitler, unterstützte 1933 das Dollfuß-Regime, wurde nach dem Verbot der NSDAP wieder zu einem Sammelbecken illegaler Nationalsozialisten und 1935 deshalb verboten. Radikaler Antisemitismus, Deutschnationalismus, antidemokratischer Militarismus, rabiatere Antimarxismus, unbedingte Führergefolschaft und Pflichterfüllung waren die ideologischen Schnittmengen der Frontkämpfer beider Ideologien.¹¹¹ Der strenge sakrifizielle Katholizismus des Frontkämpferbundes traf sich mit der völkischen Hypostase des Aufopferns bei den Nationalsozialisten. Diese Überlappung von katholischem Autoritarismus und völkischem Rechtsextremismus fand sich noch 1973. In einer Festansprache zum 50-jährigen Jubiläum der Bannerweihe der Frontkämpfervereinigung freute sich der »Kameradschaftsführer« der Kameradschaft Heldendenkmal über zahlreich erschienene junge Männer der neonazistischen Kameradschaft Babenberg.¹¹² Er erklärte, dass der Geist des Frontkämpferbundes »in unserem Heldendenkmal beim äußeren Burgtor [...] sichtbar zum Ausdruck« kommt.¹¹³

Die Kameradschaft Heldendenkmal mag heute wie ein skurrielles Veteranenröppchen wirken, mit einem martialisch-kriegerischen Weltbild, zusammengesetzt aus nur oberflächlich kaschierten Versatzstücken des Monarchismus, des Austrofaschismus und des Nationalsozialismus. Doch im geistigen Abseits stand dieser Zirkel nicht. Bei einer der von ÖKB, dem Militärkommando Wien und dem BMLV gemeinsam veranstalteten, seit 1955 zur Tradition gewordenen Feiern in der Krypta erklärte der Obmann des ÖKB-Landesverbandes Wien 1964, dass »der Tod eines Soldaten an der Front der höchste Vollzugsakt der Erfüllung seiner ihm aufgetragenen Pflicht sei. Es sei die Pflicht der Heimat, dieses Lebensopfer zu ehren, da es als kompromisslose



Abb. 4 Plakat des Österreichischen Kameradschaftsbundes, Aufruf zum zehnjährigen Bestandsjubiläum am 10. September 1961. (ÖNB, Bildarchiv, Inv.-Nr. PLA16610223)

Konsequenz aus Pflicht und Gehorsam trotz wechselnder politischer Führung eines Landes ehernes Gesetz des Soldaten bleibe.«¹¹⁴ Unter den Zuhörern befanden sich höchste Repräsentanten des Bundesheeres wie Gruppenbefehlshaber Oberst Ignaz Reichel, ein ehemaliger Wehrmachtsoffizier und Getreuer Fusseneggers.¹¹⁵

Nach dem Verbot der Heldenehrung im Jahr 1954 und der Rehabilitierung durch Staatssekretär Graf im Jahr 1955 konnte der ÖKB die Traditionslinie zur rechtsextremen bzw. (austro-)faschistischen Prägung des Heldendenkmals wiederaufnehmen. Für die Feier seines zehnjährigen Gründungsjubiläums mit Fahnenweihe und Heldenehrung am Heldendenkmal wählte der ÖKB 1961 den 10. September aus. Das Datum war eine Reminiszenz an den 9. September 1934, den Tag der Eröffnung des Heldendenkmals.

Neben dem Bezug auf den Austrofaschismus durfte die Anrufung der deutschen Wehrmacht nicht fehlen: »Der Landesverband Wien grüßt die Kameraden der

44. Infanterie-Division« hieß es auf dem Plakat mit Blick auf den zweiten historischen Referenzpunkt dieses Datums Anfang September: Die 44. Infanterie-Division der Wehrmacht, am 1. April 1938 in Wien aus Einheiten des ersten Bundesheeres aufgestellt, hatte am 1. September 1939 am Angriff auf Polen teilgenommen und am 6. September Krakau okkupiert. Die deutsche Wehrmacht konnte der ÖKB nicht explizit grüßen, so rief man ihre in Wien aufgestellten Soldaten an, die am Feldzug gegen Polen teilgenommen hatten, bei dem meist einfache Landser etwa 45.000 polnische und jüdische Zivilisten ermordeten.¹¹⁶ Der Form nach eine technische Anpassung an die Bedingungen der österreichischen Demokratie, handelte es sich inhaltlich um eine unmissverständliche Identifizierung mit dem Angriffskrieg des NS-Regimes. Den Ehrenschatz für eine Veranstaltung mit derart positiven Bezügen auf Austrofaschismus und Nationalsozialismus übernahmen Ferdinand Graf als ehemaliger und Karl Schleiner als aktueller Verteidigungsminister. Ihre Namen standen in großen Lettern im Zentrum des Plakats. Die Namen der ÖVP-Politiker dienten der Veteranenorganisation dazu, die Wehrmacht gewissermaßen zu austrifizieren, ihre »Leistungen« zu einem positiven Teil der österreichischen Geschichte zu machen. Solche politisch zugelassenen Etikettenwechsel waren es, die eine öffentliche Würdigung der Pflichterfüllung in der Wehrmacht ermöglichten, ohne in den Verdacht des Neonazismus zu geraten.

Im Parteienspektrum begrüßte die 1956 aus dem VdU hervorgegangene Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) den geschichtspolitischen Wandel hin zu einer offenen Revision der Opferthese. So stellte die Parteizeitung *Die Neue Front* befriedigt fest, dass das »Zeitalter vorüber [sei], wo Deserteure als Helden gefeiert wurden.«¹¹⁷ Wenig überraschend fand sich die FPÖ zu Allerheiligen ebenfalls bei den »Heldengedenkfeiern« vor der Krypta ein. ÖVP und FPÖ nominierten 1957 erstmals einen gemeinsamen Kandidaten für die Bundespräsidentenwahl. Die SPÖ stellte als Gegenkandidaten Adolf Schärf auf. Obwohl der Vizekanzler wenig Berührungspunkte hatte,¹¹⁸ war er – wie alle anderen SPÖ-Politiker – den Heldengedenkfeiern von Bundesheer, ÖKB und katholischer Kirche bislang ferngeblieben.

Zweierlei Helden: Der Streit um die wahre Aufopferung

Bereits in der ersten Hälfte der 1950er Jahre hatten sich Widerstandskämpfer und ihre Verbände gegen die Heroisierung des Wehrmachtsdienstes verwahrt und eine Gleichsetzung mit der Ehrung hingerichteter Widerstandskämpfer abgelehnt. Das taten nicht nur linke Organisationen. Der katholische Publizist Friedrich Heer erklärte beim Begräbnis eines Widerstandskämpfers: »Helden waren sie [Anm.: die Wehrmachtssoldaten] nicht. Sie waren Opfer, Schlachtopfer, deren Sterben aber keine befreiende Kraft zukommt ... Das Sterben eines Widerstandskämpfers hat eine ganz andere Substanz, es gehört einer anderen Dimension an. [...] Man lügt heute dreist das verzweifelte Sterben dieser Massen um in einen Heldentod [...]. Sie, die dem Zwang erlagen und dem Terror, der Verführung und dem unaufgeklärten eigenen Willen.«¹¹⁹ Als Widerstandskämpfer aller politischen Lager 1958 – die »Besetzung« Österreichs jährte sich zum 20. Mal – das Fehlen eines Ehrenzeichens der Republik für hingerichtete NS-Gegner kritisierten, beschloss der Ministerrat wieder sehr kurzfristig am 25. Februar 1958 einen ersten, vorläufigen Schritt zur »Errichtung eines gesamtösterreichischen Denkmals für die Opfer des Freiheitskampfes« zu setzen. An der linken Seite des Burgtors sollte eine Marmortafel zur Erinnerung an jene Österreicher angebracht werden, die der nationalsozialistischen Machtergreifung zum Opfer gefallen sind.¹²⁰ Bei den Verbänden ehemaliger Widerstandskämpfer und KZ-Opfer stieß die Entscheidung des Ministerrats auf Zustimmung – sie wurde als eine Würdigung der tatsächlichen »Helden« Österreichs begrüßt.¹²¹

Der Ministerratsbeschluss rief augenblicklich die Wähler des Heldendenkmals auf den Plan. Generalmajor Paul Wittas, der 1934 erster Vizepräsident der Vereinigung zur Errichtung des Heldendenkmals gewesen war, beschwor Bundeskanzler Raab bereits einen Tag später, den Namen des Heldendenkmals nicht zu verändern. In einer von den Medien übernommenen Aussendung des Bundeskanzleramts war es als »Ehrenmal« bezeichnet worden. Es seien die Nationalsozialisten gewesen, die das Heldendenkmal »Ehrenmal« genannt hätten, so Wittas.¹²² Für die Auswahl des genauen Anbringungsorts der neuen Gedenktafel ersuchte Wittas

um die Beiziehung von Wilhelm Frass. Er drängte darauf, das Heldendenkmal so zu erhalten, wie es geschaffen worden war. Wittas sah im Bundesdenkmalamt und in der Burghauptmannschaft Verbündete für sein Anliegen und ersuchte sie um Unterstützung. Einigkeit herrschte in diesem Sektor darüber, dass die Tafel keinesfalls in der Krypta angebracht werden könne, da sie ausschließlich den Soldaten vorbehalten bleiben sollte. Wittas spürte aber, dass die Tafel nicht zu verhindern war. So plädierte er für eine »Anbringung an einer Stelle, an der sie am wenigsten stört«. Das war seiner Ansicht nach der nie benutzte Kultraum im linken Flügel.¹²³ Für Burghauptmann Paul Neumann, der mit der Heldenehrung stets sympathisierte, kam eine Namensänderung nicht in Frage. Sollte eine Erweiterung der Widmung politisch beschlossen werden, sah er als einzige Möglichkeit eine Separierung. Dezidiert gegen jegliche Erweiterung der Widmung war Wilhelm Frass: »Jede andere Verwendung als die soldatische des Österreichischen Heldendenkmals [würde] den Sinn dieser soldatischen Weihestätte verletzen.«¹²⁴ Frass plädierte in einer persönlichen Besprechung mit Neumann vielmehr dafür, seine Vorschläge von 1948 aufzunehmen und damit in die Offensive zu gehen. In der Krypta sollten außerdem »Goldene Bücher« mit den Namen der Gefallenen der beiden Weltkriege aufgelegt werden. Frass hielt nun jene Zeit für gekommen, von der er 1948 geraunt hatte: Den ursprünglich für die nichtkatholischen Konfessionen vorgesehenen Kultraum wollte er nun in eine Ehrenhalle exklusiv für die Gefallenen des Zweiten Weltkriegs umgestalten. Zur Verwirklichung seiner Pläne schlug Frass die Gründung eines Komitees vor, das bald im BMLV eingerichtet wurde.¹²⁵

Zunächst sondierte aber eine interministerielle Konferenz am 10. März 1958 die grundsätzlichen Optionen für die Schaffung eines Denkmals für die Opfer des Freiheitskampfes. Drei kristallisierten sich heraus: (1) Die Schaffung einer neuen Gedenkstätte an einem anderen Ort als dem Heldendenkmal, was mit einer Standortsuche und einer Ausschreibung verbunden wäre; (2) die Adaptierung des Kultraums im Heldendenkmal, die mit etwas Aufwand rasch zu realisieren wäre und (3) die Anbringung einer Tafel an der Fassade des Kultraums, die ohne beträchtlichen Aufwand erfolgen könnte, allerdings den Eindruck erwecken würde, »die Opfer für Österreichs Freiheit auf eine zweitrangige

Stellung« gegenüber den gefallenen Soldaten zu beschränken.¹²⁶ Die Bedenken gegen die kleinste Lösung einer Gedenktafel artikulierte der für die Öffentlichkeitsarbeit des Bundeskanzleramtes zuständige Chef des Bundespressedienstes Friedrich Meznik. Meznik war in diesem Punkt aus eigener Betroffenheit sensibel. Er war in Frankreich aus der Wehrmacht desertiert und hatte sich der Résistance angeschlossen.¹²⁷ Für eine örtliche Trennung vom Heldendenkmal sprachen sich neben Meznik auch die Vertreter des Handelsministeriums und des Verteidigungsministeriums aus, wenn auch mit anderen Begründungen. Die Errichtung einer provisorischen Tafel an der Fassade des Heldendenkmals wurde dezidiert nicht empfohlen. Was die Textierung betraf, einigte man sich auf »Im Gedenken an die Opfer für Österreichs Freiheit – Die österreichische Bundesregierung«. Begründet wurde die knappe Wortwahl damit, dass der »Kreis der zu ehrenden Personen nicht durch Aufnahme einer zeitlichen Bestimmung« beschränkt würde. Eine derart schwammige Formulierung widersprach den Vorstellungen der neu gegründeten »Österreichischen Widerstandsbewegung (Akademische Freiheitskämpfer und Antinazistische Aktion)« (ÖWB), einem überparteilichen Bündnis prominenter ehemaliger Widerstandskämpfer und aus dem Exil zurückgekehrter Antifaschisten und NS-Gegner.¹²⁸ Sie verlangte vom Bundeskanzleramt, dass die Widmung »in eindeutiger Weise an die Opfer des Jahres 1938 erinnern« soll, wurde aber ebenso wenig wie die »Aktion gegen Antisemitismus« in die Entscheidung eingebunden.¹²⁹ Auch andere Verbände, etwa die »ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten«, wurden nicht konsultiert. Sie kritisierte, dass der Text der Gedenktafel viel zu allgemein gehalten war und »man nicht den Mut gehabt [habe], auch nur anzudeuten, daß Österreichs Freiheit durch den gewaltsamen Anschluss vernichtet und die Folgen zur Liquidation zehntausender Österreicher führten«.¹³⁰

Es verging ein weiteres Jahr bis Bundeskanzler Raab (ÖVP) dem Ministerrat die Ergebnisse der interministeriellen Beratungen vortrug, inhaltlich einigermaßen verdreht, jedenfalls aber verkürzt. Raab meinte, eine provisorische Gedenktafel an der Außenwand könnte entweder an der rechten Seite bei der Krypta (»nicht empfehlenswert«) oder an der linken Seite angebracht werden. Der hinter der linken Fassade liegende Raum könnte später zu einem Weiheraum ausgestaltet werden.

Drei Monate vor der nächsten Nationalratswahl fiel die Entscheidung auf die unauffälligste, einfachste und billigste Variante und damit jene, die das interministerielle Gremium (und vor allem Meznik) dezidiert nicht empfohlen hatte: Eine Marmortafel an der heldenplatzseitig gelegenen Fassade des linken Flügels des Burgtors. Die Adaptierung des dahinterliegenden Raums verschob Raab wieder auf unbestimmte Zeit. Die endgültige Inschrift wurde einem Komitee aus Handelsminister Fritz Bock (ÖVP), Verteidigungsminister Graf (ÖVP) und Staatssekretär Kreisky (SPÖ) überlassen.¹³¹ Alle drei waren während der NS-Herrschaft entweder in Gestapo-Haft, in KZ-Haft, in Strafeinrichtungen oder im Exil gewesen. Sie nahmen keine Änderung vor. Was 1955 unter dem integrativen Begriff der »Pflichterfüllung« für Wehrmachtssoldaten geschehen war, sollte nun im Sektor der Antifaschisten und NS-Gegner – in viel bescheidenerem Ausmaß – nachgeholt werden: Eine regierungsoffizielle Würdigung ihrer Aufopferung für Österreich ungeachtet aller inneren Differenzen unter einem gegenwartsbezogenen patriotischen Motiv, dem allen gemeinsamen »Glaube[n] an Österreich«, wie es Bundeskanzler Raab bei der Enthüllung ausdrückte.¹³² Von der ursprünglichen Absicht, die Gedenktafel am 12. März, dem Jahrestag des »Anschlusses« und der Machtergreifung der Nationalsozialisten in Österreich, zu präsentieren, blieb nichts übrig. Um den Druck auf die Bundesregierung zu erhöhen, brachte die Österreichische Widerstandsbewegung am 10. April 1959 am Palais Auersperg, einem Versammlungsort von Regimegegnern im April 1945, unweit des Heldendenkmals die erste überparteiliche Gedenktafel für die Opfer des Freiheitskampfes im Stadtzentrum an.

Wenige Wochen später erfolgte die Enthüllung der Regierungstafel ad hoc, am 15. Juli 1959, dem Tag, an dem die erneuerte ÖVP-SPÖ-Koalition unter Bundeskanzler Raab und Vizekanzler Bruno Pittermann angelobt wurde. Widerstandsverbände wurden nicht eingeladen, die Zeremonie fand praktisch unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.¹³³ Verglichen mit der Wiederaneignung des Heldendenkmals im November 1955 durch ÖKB und Bundesheer handelte es sich um eine geradezu verstoßene Aktion. Dennoch war es ein Vorgang mit hoher politischer Symbolik. Erstmals, 25 Jahre nach der Eröffnung, betraten an diesem Tag Politiker der SPÖ offiziell das Heldendenkmal und legten

damit einen – wenn auch billig gegebenen – Grundstein dafür, dass das Heldendenkmal in der Zweiten Republik tatsächlich zu einem »nationalen« Denkmal werden konnte. Am Allerseelentag 1959 platzierten Bundeskanzler Raab und Otto Rösch, SPÖ-Staatssekretär im Verteidigungsministerium, an beiden Gedenkort Kränze: In der Krypta im rechten Flügel des Heldendenkmals für die Soldaten, vor der Tafel an der Fassade des linken Flügels für die Freiheitskämpfer. Mit Rösch – ehemaligem Mitglied des NS-Soldatenrings und ehemaligem Wehrmachtsoffizier, später Innen- und Verteidigungsminister in der SPÖ-Alleinregierung Bruno Kreiskys¹³⁴ – betrat erstmals ein SPÖ-Politiker in offizieller Funktion die Krypta. Die Tafel für die Freiheitskämpfer änderte an der Ehrung der Wehrmachtssoldaten jedenfalls nichts. Vielmehr wurde die Aufopferung erstmals zum kleinsten gemeinsamen Nenner. Zu Allerseelen 1959 erklärte Raab, dass »das Bundesheer in Ehrfurcht und Dankbarkeit seiner Söhne gedenke, die ihr Leben dem Vaterland geopfert haben.«¹³⁵ Zusätzlich legte die Bundesregierung in den Jahren von 1960 bis 1965 zur »Wiederkehr des Tages der Besetzung Österreichs« an der Gedenktafel für die Freiheitskämpfer einen Kranz nieder.¹³⁶

Unterdessen förderte die Burghauptmannschaft weiter die Initiativen von Wittas und Frass, jedoch mit beschränktem Erfolg. Im Verteidigungsministerium wurde zunächst das von Frass vorgeschlagene Komitee gebildet. Es beschäftigte sich ab 1960 mit der »Wiederaufnahme der Traditionspflege im Heldendenkmal« und beriet u. a. Frass' Vorschlag über die Umwandlung des Kultraums in eine Ehrenhalle für die Gefallenen der Wehrmacht.¹³⁷ Diese Idee schien nach der Tafel für die Freiheitskämpfer nicht mehr realisierbar. Zugleich hatte die Burghauptmannschaft den Eindruck, dass das Projekt der Einrichtung eines Weiheraums für die »Freiheitsopfer« ebenfalls ad acta gelegt worden war. Als die Bundespolizeidirektion Wien ihre Wachzimmer im linken Flügel des Äußeren Burgtors erweitern wollte, stimmte die Burghauptmannschaft zu, musste von Handelsminister Bock aber erfahren, dass »die Errichtung einer gesamtösterreichischen Weihestätte für die Opfer des Freiheitskampfes noch immer in ernster Erwägung« stehe.¹³⁸ Auch mit der Absicht, die 1934 verfasste Broschüre »Das österreichische Heldendenkmal in Wien. Ein Führer durch Raum und Zeit« kaum verändert in

Druck zu geben, holte sich die Burghauptmannschaft eine Abfuhr.¹³⁹ Das Ministerium verlangte eine völlig neue Broschüre. Die Aufgabe wurde dem BMLV übertragen, das den Text rasch erstellte – unter Mitarbeit von Paul Wittas. Das BMLV orderte schließlich die hohe Auflage von 15.000 Stück.¹⁴⁰

Die tägliche Betreuung des Heldendenkmals wurde 1959 vakant, als Edmund Dedicz in Pension ging. Die Burghauptmannschaft sah sich wegen Personalmangels nicht in der Lage, weiterhin für eine befriedigende Betreuung zu sorgen. Im Jänner 1962 musste das Heldendenkmal wochentags gesperrt werden. Da die geschlossene Gedenkstätte »Anlass vieler Beschwerden« war, drängte Burghauptmann Neumann das Ministerium, die Obhut dem BMLV zu übertragen.¹⁴¹ Die Übergabe zeichnete sich seit längerem ab und erfolgte am 10. Oktober 1963. Sie umfasste nicht das gesamte Gebäude des Äußeren Burgtors, sondern nur die Räumlichkeiten, die das Österreichische Heldendenkmal ausmachten: die Ehrenhalle, die Krypta und ihre Nebenräume im rechten Flügel. Die Nutzung des Heldendenkmals lag nun in der Verantwortung des Wiener Militärkommandanten Josef Gerstmann.¹⁴² An der regelmäßigen Öffnung schien es jedoch weiterhin zu hapern. Burghauptmann Neumann ermahnte Gerstmann, Krypta und Ehrenhalle untermals stets offen zu halten. Neumann wollte die vorgebrachten Gründe für Schließungen wie unerwünschtes Filmen und Fotografieren für Mode-Journale, Herumtollen von Jugendlichen und Verunreinigungen durch Hunde nicht gelten lassen. »Unsere Helden verdienen es wohl, daß die Tore zu ihren Ehren stets weit offen stehen«, betonte Neumann seinen Standpunkt.¹⁴³

Die Übergabe des Heldendenkmals geschah in einem Zeitraum, als der Konflikt zwischen den Verbänden ehemaliger Widerstandskämpfer bzw. KZ-Häftlinge und dem ÖKB eskalierte und die Bundesregierung unter Handlungsdruck setzte. Die politische Ursache dieser Entwicklung war, dass im Windschatten der von der Regierungspolitik legitimierten Soldatentreffen Veteranenverbände und rechtsextreme Gruppen auch zu anderen Anlässen in der Öffentlichkeit häufiger gemeinsam auftraten. Ein Beispiel dafür war die sogenannte Schiller-Feier am 17. Oktober 1959, für die der »Ring volkstreuere Verbände Österreichs« zu einem Fackelzug durch die Wiener Innenstadt und eine Kundgebung am



Abb. 5 Allerseelengedenken vor der 1959 an der Fassade des Äußeren Burgtors angebrachten Tafel für »die Opfer im Kampfe für Österreichs Freiheit«, 2. November 1960. (BMLV, Heeresbild- und Filmstelle)

Heldenplatz aufrief. Neben deutschnationalen Landsmannschaften, schlagenden Korporationen und dem Ring freiheitlicher Studenten befand sich auch der ÖKB unter den Trägern der Veranstaltung, die zum Teil untersagt werden musste.¹⁴⁴

Proteste gegen solche Aufmärsche ehemaliger Wehrmachtssoldaten, Deutschnationaler und Neonazis wurden ganz wesentlich von ehemaligen WiderstandskämpferInnen initiiert und getragen. Neben der ÖWB wurde mit dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) eine weitere überparteiliche Organisation gebildet, die sich von Beginn an dem Kampf gegen die Wehrmachtspologie des ÖKB und den Rechtsextremismus verschrieb.¹⁴⁵ Zu Allerheiligen 1962 machte die ÖWB dem ÖKB erstmals erfolgreich die Bühne des Heldendenkmals streitig – eine ähnliche zivilgesellschaftliche Kundgebung gegen wehrmachts-

freundliche Gedenkfeiern sollte erst 50 Jahre später am Heldendenkmal wieder stattfinden.¹⁴⁶ Die ÖWB focht nicht jedes Soldatengedenken an, sondern verlangte von den Veteranenorganisationen eine Rückbesinnung auf die Interpretation des Wehrmachtsdiensts in der Unabhängigkeitserklärung.¹⁴⁷ In seiner Rede würdigte der Gewerkschafter Josef Hindels, der 1946 aus dem Exil in Schweden zurückgekommen war, den Sieg der Alliierten über die deutsche Wehrmacht und kritisierte jene Veteranen vehement, die »ihren Kriegseinsatz für Führer, Volk und Reich als Beweis ihrer Staats-treue anerkannt sehen wollen«, indem sie »rühmlich hervor[heben], daß die Österreicher in diesem Krieg um den Bestand ihres Vaterlandes, dem Fahneleid getreu, ihre Pflicht getan haben«¹⁴⁸. Für Hindels handelte es sich dabei um eine kleine Gruppe von Funktionären, die den Tod der Soldaten für ihre politischen Zwecke missbrauchten. Ganz im Sinne der Unabhängigkeitserklärung bezeichnete Hindels die Österreicher in der Wehrmacht als reine Opfer, sie seien »von einem wildgewordenen deutschen Nationalismus auf die Schlachtfelder gehetzt worden.«¹⁴⁹ Ihr Tod sei keineswegs sinnvoll gewesen. Hindels reklamierte die gefallenen Österreicher des Zweiten Weltkriegs für die ÖWB, denn die Masse der Soldaten sei gegen ihren Willen in die deutsche Wehrmacht gepresst und »unter fremden Fahnen, in fremder Uniform [...] für eine Wahnvorstellung rücksichtslos geopfert«¹⁵⁰ worden. Wie Figl 1945 stellte Hindels die ermordeten KZ-Häftlinge und die gefallenen Österreicher gleich und stattete ihre Opferwerdung dadurch erst wieder mit Sinn aus: Auch sie waren nun »Blutzeugen und [...] Beweis für die im Jahre 1938 an unserer Heimat begangene Gewalttat.«¹⁵¹ Im ÖKB hingegen blieb Widerstand und Desertion kaum etwas Anderes als Verrat.

Angesichts eines deutlichen Aufschwungs des Neonazismus¹⁵² wurde auch der ÖVP klar, dass die Wehrmachtspologie der Veteranenverbände eingedämmt werden musste. Die beiden Regierungsparteien beschlossen ein Abzeichengesetz, das eine Regelung beinhaltete, die für die gerade entstehende Kultur des politischen Kompromisses bezeichnend war.¹⁵³ Verboten wurde das Tragen von Symbolen nationalsozialistischer Organisationen, nicht jedoch von Orden der Wehrmacht. Gegen weitergehende Einschränkungen wehrte sich der ÖKB erfolgreich. 1963 verbot SPÖ-Innenmi-



Abb. 6 Bundeskanzler Alfons Gorbach (ÖVP) spricht bei der Gedenkveranstaltung zum 25. Jahrestag der »Okkupation Österreichs« am 11. März 1963 vor der Gedenktafel für den österreichischen Widerstand. (BMLV, Heeresbild- und Filmstelle)

nister Franz Olah dem ÖKB »Aufmärsche und Defilierungen in militärischer Formation«, nachdem eine ÖKB-Ortsgruppe die Einbeziehung von KZ-Opfern in eine Gedenkstätte für gefallene Priester und Ordensmänner in Maria Langegg (Niederösterreich) kategorisch ausgeschlossen hatte.¹⁵⁴ Die Ablehnung entsprach im Grunde nur dem Nein des BMLV zu einer Gedenktafel für Widerstandskämpfer im Inneren oder Äußeren der Krypta im Heldendenkmal. Olah musste unter Schadenfreude des mittlerweile zum Bundeskanzler aufgestiegenen Alfons Gorbach das Verbot sehr rasch zurückziehen. Landespolitiker der SPÖ, die zugleich Funktionäre des ÖKB waren, protestierten scharf und 30.000 ÖKB-Mitglieder mit SPÖ-Parteibuch verlangten die Rücknahme des Verbots.¹⁵⁵ Zugleich intervenierte der ÖKB massiv bei seinem Mitglied Gorbach. Mit derartigem Gegendruck demonstrierte der ÖKB den Widerstandsverbänden und der SPÖ seine politische Macht.¹⁵⁶

Nichtsdestotrotz starteten ÖWB und der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer einen Versuch, ein »Verbot des Kameradschaftsbundes und aller Soldatentreffen«¹⁵⁷ auf die politische Agenda zu setzen. Josef Hindels versuchte den Österreichischen Gewerkschaftsbund dafür zu gewinnen, die Forderung öffentlich zu vertreten. Sein Antrag beim Bundeskongress fand aber offenbar keine Mehrheit. Die gesellschaftliche Stärke der Kontrahenten war unvergleichbar. Über die Verbindung mit dem Bundesheer glich der ÖKB den biologischen Mitgliederschwund nicht nur aus, sondern erhöhte ihn in den folgenden Jahrzehnten durch informell geregelte Zugänge aus dem Reservistenstand des Bundesheeres. Im Jahr 1957 hatte der ÖKB angeblich 250.000,¹⁵⁸ acht Jahre später zählte er nach eigenen Angaben bereits 260.000 aktive Mitglieder.¹⁵⁹ Auch wenn diese Zahlen zunächst hoch erscheinen, müssen sie in Relation zur Gesamtzahl von etwas mehr als einer Million Wehrmachtveteranen gestellt werden. Der ÖKB repräsentierte nicht mehr als etwa 20 Prozent der ehemaligen österreichischen Kriegsteilnehmer. Erst durch die politische Förderung und die Vernetzung mit dem Bundesheer und den Parteien konnte sich der ÖKB als mächtige Interessensorganisation der Veteranen

positionieren – diese politische Realität mussten die ÖWB und das DÖW zur Kenntnis nehmen.

Interessant ist, dass die beiden Organisationen die Heroisierung der Wehrmachtssoldaten zwar scharf kritisierten, Forderungen nach einer Umgestaltung des Heldendenkmals aber nicht bekannt sind. Die einzige Kritik entsprang zu dieser Zeit der konfrontativen, gesellschaftlich randständigen Subkultur des Wiener Aktionismus. Der Schriftsteller H. C. Artmann, zweifach aus der Wehrmacht desertiert, übte bereits 1955 Kritik an der absehbaren Traditionspflege eines neuen Bundesheeres. Eine Anspielung auf das mit Lorbeerkränzen geschmückte Heldendenkmal findet sich in seinem Manifest gegen die Wiederbewaffnung, das von SchriftstellerInnen wie Friedrich Achleitner, Gerhard Rühm, Konrad Bayer und Erni Wobik unterzeichnet worden war: »Wir rufen euch alle auf: wehrt euch gegen diese Barbarei! lasst euch nicht durch radetzky-deutschmeister und kaiserjägermarsch aug und ohr auswischen... pfeift auf den lo[r]beer und lasst ihn den linsen!!!«¹⁶⁰ Der Tiefenpsychologe Josef Dvorak deckte 1962 in der Zeitschrift *Die Blutorgel* noch einmal die nationalsozialistische Grundierung der Krypta auf, indem er Frass' Bekenntnisse aus dem *Völkischen Beobachter* zitierte.¹⁶¹ Dvoraks Tabubruch wurde genauso übergangen wie der erste Hinweis im Jahr 1946. Auffallend ist allerdings, dass die Initiativen von Frass zur Errichtung einer Ehrenhalle für Wehrmachtssoldaten zu dieser Zeit versiegelt bzw. ad acta gelegt wurden. Handelsminister Bock, 1963 Gründungsmitglied des DÖW, dürfte eine Rolle dabei gespielt haben, Frass' Pläne zu schubladisieren.

Die Kundgebung der ÖWB vor der Tafel für die Freiheitskämpfer im November 1962 setzte einen Maßstab für die staatsoffizielle Erinnerung an den 25. Jahrestag der »Okkupation Österreichs« am 11. März 1963. Nach einer Gedenksitzung des Ministerrats legten Bundeskanzler Gorbach und Außenminister Kreisky einen Kranz an der Gedenktafel für die Freiheitskämpfer nieder. Zu der anschließenden Kundgebung mit einer Ansprache von Gorbach waren »tausende Österreicher« auf den Heldenplatz gekommen; es handelte sich vor allem um hinbeordnete SchülerInnen aus Wien und den Bundesländern.¹⁶²

Auf Regierungsebene spielten an diesem Tag die Wehrmachtsveteranen keine Rolle. Die Reden waren geprägt von dem Versuch der Koalitionsparteien, den

Konflikt über 1933/34 mit symbolischen Gesten abzuschwächen. Angesichts aktueller Krisen in der Koalition dominierten Appelle, das Gemeinsame über das Trennende zu stellen, was Gorbach und Kreisky auch als zentrale Lehre aus der Vorgeschichte der »Okkupation« formulierten. Der linke Flügel des Heldendenkmals wurde so auch zu einem Ort der Entpolitisierung der Erinnerung an die Ausschaltung der Demokratie 1933/1934. Ein Jahr später fand am Zentralfriedhof erstmals eine gemeinsame Trauerfeier von ÖVP und SPÖ für die Opfer der Februarkämpfe statt, bei der sich Bundeskanzler Gorbach und Vizekanzler Pittermann per Handschlag zur Formel der »geteilten Schuld« bekannten.¹⁶³

Zwei Formen des Aufopfern und ihre Verklammerung – das Heldendenkmal als nationales Denkmal (1965–1988)

Die Einrichtung des Weiheraumes für die Opfer des österreichischen Freiheitskampfes

Was für die Ausschaltung der Demokratie 1933 und die Februarkämpfe 1934 mit der These von der geteilten Schuld erreicht wurde, stand für den Zweiten Weltkrieg noch aus. Unter den Bedingungen konträrer Erinnerungskulturen in der Gesellschaft und eines relativ schwach ausgeprägten Österreichbewusstseins war das Jahr 1965 eine Herausforderung für die Koalitionsregierung. Im Kontext eines Wahljahrs beging die Republik ihr erstes großes »Gedenkjahr«: 20 Jahre Unabhängigkeitserklärung (27. April), zehn Jahre Staatsvertrag (15. Mai) und zehn Jahre Neutralitätsgesetz (26. Oktober). Geprägt waren die ersten Monate von der wohl heftigsten geschichtspolitischen Kontroverse seit 1945 – der sogenannten Borodajkewycz-Affäre. Der Professor an der Hochschule für Welthandel Taras Borodajkewycz fiel seit Ende der 1950er Jahre durch antisemitische, revisionistische und deutschnationale Äußerungen auf. So hatte Borodajkewycz, der vor 1938 der Vaterländischen Front und dem katholischen Cartellverband angehört hatte und schließlich der NSDAP beigetreten war, die antifaschistische Erinnerungskultur ähnlich dem Duktus des ÖKB als verwerfliche moralische und geistige Haltung bezeichnet, »die den bisherigen Ehrenkodex der Menschheit umstülpte und



Abb. 7 Die Fotografien in der Wandvitrine des 1965 eröffneten Weiheraums für den Widerstand gegen das NS-Regime drücken die symbolische Ordnung des österreichischen Gedächtnisses aus – im Zentrum steht der Staatsvertrag. (BMLV, Heeresbild- und Filmstelle, 2020)

Feigheit, Fahnenflucht und Verrat als die wahren Tugenden des österreichischen Mannes pries«. ¹⁶⁴ Die ÖVP hielt ihre schützende Hand über Borodajkewycz. Auch innerhalb der SPÖ-Führung gab es wenig Interesse an einem geschichtspolitischen Konflikt. Derart politisch toleriert und unterstützt von rechtsextremen Studenten verschärfte Borodajkewycz seine Auftritte noch. ¹⁶⁵ Als am 31. März 1965 der Nationalrat über Borodajkewycz diskutierte, demonstrierten die ÖWB und ein »Antifaschistisches Studentenkomitee« auf dem Ring gegen Borodajkewycz. Bei gewaltsamen Zusammenstößen mit rechtsextremen Gegendemonstranten schlug ein Aktivist des »Bundes heimattreuer Jugend« den ehemaligen kommunistischen Widerstandskämpfer Ernst Kirchwegger nieder. Kirchwegger starb wenige Tage später. Die Trauerkundgebung am Heldenplatz am 9. April wurde zu einer antifaschistischen Demonstration mit 25.000 Teilnehmern, darunter auch ÖVP-Handelsminister Bock, der Hausherr des Heldendenkmals.

Bereits der Beginn der Borodajkewycz-Affäre hatte die Gestaltung der Republikfeier zum 20. Jahrestag der

Unabhängigkeitserklärung beeinflusst. Anfang Februar 1965 kündigte die Bundesregierung wiederum sehr kurzfristig eine Umgestaltung des Heldendenkmals an, die eine Aufwertung des Gedenkens an die Freiheitskämpfer vorsah. ¹⁶⁶ Anstelle der 1959 angebrachten Gedenktafel am linken Flügel des Burgtors sollte nun tatsächlich der dahinterliegende Kultraum für nicht-katholische Bekenntnisse in einen »Weiheraum für die Opfer im Kampf für Österreichs Freiheit« umgewandelt werden. Auch das ebenfalls bereits 1955 beschlossene Denkmal für Karl Renner sollte nun umgesetzt werden. Der Auftrag für den Weiheraum ging ohne Wettbewerb an den prominenten konservativen Architekten Robert Kramreiter. Sein Entwurf sah vor, dass neben dem zentralen Raum auch die vier Nebenräume als Ausstellungsflächen in die neue Gedenkstätte mit einbezogen werden sollten. ¹⁶⁷ Zuständig für den Umbau war die Burghauptmannschaft, da diese Räumlichkeiten nicht an das BMLV übergeben worden waren. Entsprechend der kurzen Zeit bis zur geplanten Eröffnung am 27. April kam vom Gesamtkonzept bloß der Weiheraum zur Ausführung. Dabei wurden an Boden und Wänden Marmorplatten verlegt und die Inschrift der bisherigen Gedenktafel »Im Gedenken an die Opfer im Kampfe für Österreichs Freiheit« an der Stirnseite eines schwarzen Marmorblockes eingemeißelt. Die Oberseite erhielt

das österreichische Staatswappen. Der Block kam in der Raummitte zur Aufstellung.

An der linken Seitenwand ließ Kramreiter eine kleine Glasvitrine einbauen, in der laut zeitgenössischer Beschreibung »Dokumente über die Wiedererrichtung der Republik Österreich« aufbewahrt wurden.¹⁶⁸ Um welche Dokumente es sich dabei genau handelte und wer sie auswählte, wurde nicht ausgeführt. Mangels einer brauchbaren Dokumentation des Weiheraums lässt sich diese Frage mit den Quellen, die dem Autor zugänglich sind, nicht beantworten. Die Broschüren des BMLV zum »Österreichischen Heldendenkmal« geben dazu keine nachvollziehbare Auskunft – weder sind die Dokumente genannt, noch sind, im Unterschied zu den militärischen Memorabilien in Krypta und Ehrenhalle, Fotos von der Vitrine abgedruckt. Auf eine besondere Wertschätzung dieser republikanischen Komponente des Weiheraums weist das nicht hin.¹⁶⁹ Es ist anzunehmen, dass von der ursprünglichen Gestaltung drei Fotos geblieben sind, die bis heute ohne weitere Erklärungen oder Bildunterschriften nahtlos aneinandergereiht zu sehen sind. Die Reihe beginnt links mit einem Blick durch Stacheldraht auf einen menschenleeren Hof des Gestapogefängnisses in der Kleinen Festung von Theresienstadt, wo das NS-Regime ein jüdisches Ghetto eingerichtet hatte. Es folgt die ikonische Ablichtung von Außenminister Leopold Figl, als er am 15. Mai 1955 mit den Vertretern der Signatarmächte am Balkon des Belvedere den unterzeichneten Staatsvertrag präsentierte.¹⁷⁰ Schließlich sieht man eine Aufnahme von Karl Renner, Staatskanzler der provisorischen Staatsregierung, dem Wiener Bürgermeister Theodor Körner, dem KPÖ-Vorsitzenden Johann Kopleinig und anderen Politikern der drei Staatsgründungsparteien am 29. April 1945 auf dem Weg vom Wiener Rathaus zum Parlament.¹⁷¹ Die achronologische Anordnung der Fotos mit der Zentrierung des Staatsvertrags bildet die damalige symbolische Ordnung des österreichischen Gedächtnisses ab: Der Staatsvertrag als jüngster und »sicherster« kollektiver Bezugspunkt, hinter dem die Staatsgründung von 1945 zurücktritt. Der Beginn der Zeitmarken mit einem Foto des erst 1941 errichteten Ghettos Theresienstadt scheint zunächst erratisch. Interessant ist, dass nicht das KZ Dachau ausgestellt wurde, wohin 1938 die größte Zahl an Österreichern (vor allem politische Gegner und Juden) deportiert wurde

oder das KZ Mauthausen, das ebenfalls als Ort österreichischen Martyriums galt, wo österreichische Häftlinge allerdings eine kleine Minderheit waren. Nach Theresienstadt deportierten die Nationalsozialisten ab 1942 mehr als 15.000 Jüdinnen und Juden aus Wien, die später fast alle in Vernichtungslagern ermordet wurden.¹⁷² Dieser Sachverhalt erschließt sich aus dem Foto nicht. Das Gestapo-Gefängnis in Theresienstadt dürfte für Betrachter kaum identifizierbar gewesen sein. Das Foto gehörte nicht zu den damals verwendeten und bekannten Ablichtungen von Verfolgungsorten und Konzentrationslagern. Daraus lässt sich ableiten, dass es nicht spezifisch an die Ermordung der Juden oder ein bestimmtes KZ erinnern sollte. Es verwies synonym auf Konzentrationslager. Darauf deuten auch der kleine Bildausschnitt und die Bildkomposition aus Stacheldraht und barackenartiger Behausung hin. Ähnliche Fotos von menschenleeren Konzentrationslagern wurden in Lehrbehelfen verwendet. Sie vermieden Fragen nach der Identität der Häftlinge.¹⁷³ Im Fall der Vitrine im Weiheraum suggerierte das menschenleere KZ auch, dass die nachfolgend abgebildeten Politiker während der NS-Herrschaft in Konzentrationslagern inhaftiert gewesen waren, was nur auf Figl zutraf, wiewohl Kopleinig ins Exil flüchten musste und Körner im Juli 1944 kurzfristig verhaftet worden war. Renner, der sich 1938 für den »Anschluss« ausgesprochen hatte, blieb während der NS-Herrschaft unbehelligt. Geschichtspolitisch aber waren Konzentrationslager, Unabhängigkeit und Souveränität jene historischen Stationen, die Leiden in ein sinnvoll erbrachtes Opfer verwandelten. Die Bilderfolge repräsentiert den Stand des Zeigbaren von Mitte der 1950er Jahre – die Gestaltung des Weiheraums kann deshalb kaum als mutig bezeichnet werden. Die Tageszeitung *Kurier* hatte im März 1963 erstmals Fotos der antisemitischen Ausschreitungen in Wien und ein Bild von Hitlers Heldenplatzrede vor der jubelnden Menge abgedruckt, und es gab zu diesem Zeitpunkt Wanderausstellungen, die den Bilderkanon zur Verfolgung der Juden erweitert hatten.¹⁷⁴ An diesem Ort der nationalen Gedächtnisbildung zur »Okkupation« Österreichs hatten diese »neuen« Bilder keinen Platz. Sie hätten die Unterdrückungs- und Aufopferungserzählung konterkariert.

Die räumliche und zeitliche Dramaturgie der Republikfeier am 27. April 1965 spiegelte die nachholende

Abb. 8 »Im Gedenken an die Opfer im Kampfe für Österreichs Freiheit«. Ehrenwache im Weiheraum für den Widerstand gegen das NS-Regime, 27. April 1965. (BMLV, Heeresbild- und Filmstelle)



Abb. 9 Kranzniederlegung anlässlich der Eröffnung des Weiheraums für »die Opfer im Kampfe für Österreichs Freiheit«, 27. April 1965, v. l.: Bundeskanzler Josef Klaus (ÖVP), Vizekanzler Bruno Pittermann (SPÖ), Verteidigungsminister Georg Prader (ÖVP). (BMLV, Heeresbild- und Filmstelle)



Integration des Widerstands in das Heldendenkmal wider. Nach der bislang größten Parade des Bundesheeres auf der Ringstraße mit deutlichen altösterreichischen Reminiszenzen folgte am Abend am Heldenplatz eine Gedenkfeier für die Opfer der NS-Verfolgung mit anschließender Eröffnung des Weiheraums. Die öffentliche Aufmerksamkeit war ungleich verteilt. Während das

Fernsehen die Parade live übertrug, blieb die Eröffnung des Weiheraums dem Radio vorbehalten.¹⁷⁵ Für die SPÖ sprach Verkehrsminister Otto Probst, politischer Häftling vor 1938, Überlebender des KZ Buchenwald und einer Strafkompagnie der Wehrmacht; für die ÖVP der für den Weiheraum zuständige Handelsminister Fritz Bock, ehemaliger Häftling in Dachau und Mit-

begründer des DÖW. Beide Redner waren bemüht, eine möglichst weite und inklusive österreichische Gemeinschaft zu konstruieren, die sowohl Aufopferungsleistungen als auch Opferwerbungen anerkannte. Probst nannte zuerst die politischen Häftlinge des Austrofaschismus, die hingerichteten politischen Gegner des NS-Regimes, die Opfer der Konzentrationslager, Gestapo-Gefängnisse und Kerker in den besetzten Ländern, dann die in den Gaskammern ermordeten Juden; schließlich die »380.000 Österreicher, die vom erzwungenen Kriegsdienst für Hitler nicht zurückkehrten« und die Opfer des Bombenkriegs. An die Adresse der Kameradschaftsbünde stellte Probst mit seltener Deutlichkeit klar: »Wer für die Selbstständigkeit Österreichs war, mußte die Niederlage Hitlers wollen und mithelfen sie herbeizuführen.«¹⁷⁶ Die Unabhängigkeitserklärung, so Probst, war ein Beweis dafür, dass »Österreichs Widerstandskämpfer nicht umsonst gestorben sind«. Probst erneuerte im Grunde das antifaschistische Geschichtsbild der SPÖ mit der Aufopferungs- und Opferhierarchie von 1945/46. Nach der Schelte für den ÖKB adressierte Probst auch die anwesenden Verbände der Widerstandskämpfer. Sie sollten den Ruf »Niemals Vergessen« auf die Erinnerung an den Verlust der Freiheit beziehen, ihn aber gegenüber jenen verstummen lassen, »die einstmal irrten, aber den Weg zu Österreich zurückgefunden haben.«¹⁷⁷ Das war ein Aufruf, die Konfrontationen mit den Veteranenverbänden zu beenden.

Bock bezog in seiner Rede auch die Toten der Exekutive während der Februarkämpfe und des NS-Putschversuchs im Juli 1934 mit ein, und neben den gefallenen Soldaten, die »unbefragt [...] ihren Dienst tun mussten«¹⁷⁸ auch jene Österreicher, die freiwillig auf Seiten der Alliierten für die Befreiung Österreichs gekämpft hatten. Beide Minister lehnten eine gegenwartsbezogene Politisierung des Gedenkens ab und mahnten stattdessen patriotische Haltungen an. Bemerkenswert ist, dass die APA nicht vom »Heldendenkmal« im Äußeren Burgtor schrieb, sondern vom »gesamtosterreichischen Denkmal«, jener Name, der bereits 1955 von Kreisky ins Spiel gebracht worden war. Offizielle Bezeichnung für das neue Gesamtensemble gab es noch keine, denn bei seiner Eröffnung gehörte der Weiheraum formal noch nicht zum Österreichischen Heldenendenkmal, dessen Bestandteile Ehrenhalle und Krypta in der Obhut des BMLV lagen.

Die Einbeziehung der Freiheitskämpfer in das staatliche Ehrregime bedeutete eine gewisse Revitalisierung der um die Leistungen des Widerstands erweiterten Opferthese von 1945/46, wie sie in der temporären Ausstellung *Niemals vergessen!* und im *Rot-Weiß-Rot-Buch* (beide 1946) dargestellt worden war. Der Kontext hatte sich allerdings grundlegend geändert. Standen Widerstandsleistungen unmittelbar nach der Befreiung an der Spitze der Würdigungshierarchie, handelte es sich zwanzig Jahre später lediglich um eine Art Rehabilitierung nach Jahren der Marginalisierung und Entwertung durch einen geschichtspolitischen Umschwung hin zur Würdigung der Pflichterfüllung in der Wehrmacht. Sie war eine Reaktion auf zivilgesellschaftlichen und innerparteilichen Protest gegen eine wehrmachtsapologetische Umdeutung der NS-Vergangenheit, die mit einem Aufschwung rechtsextremer Aktivitäten verbunden gewesen war. Die symbolische Form war vom Bedürfnis der beiden Regierungsparteien geprägt, einen gemeinsamen Fluchtpunkt in der Bewertung des Verhaltens der Bevölkerung während des Austrofaschismus und des Nationalsozialismus zu finden. Die Zuschreibung und Anerkennung bestimmter Aufopferungs- und Opferidentitäten wurde als Modus betrachtet, die geschichtspolitischen Konflikte sowohl zwischen den Parteien als auch in der Gesellschaft beizulegen. Als Gemeinsamkeit der sektionalen Narrative fanden Regierungspolitiker die positive Bewertung der Aufopferung für den Staat, die sie im Sektor des Widerstandes und im Sektor der Wehrmacht paritätisch, wenn auch nicht gleichermaßen würdigten.

Das Hinzufügen des Weiheraums zu Krypta und Ehrenhalle war nicht das einzige Element einer geschichtspolitischen Kompromissbildung Mitte der 1960er Jahre. Die Beilegung des Konflikts zu den Jahren 1933/34 wurde bereits erwähnt. Andere Themen waren der Umgang mit den Habsburgern, die Bewertung der Republikgründung am 12. November 1918 und die Einigung auf den 26. Oktober als Nationalfeiertag im Jahr 1965.¹⁷⁹ Geschichtspolitische Konflikte abzuschleifen war ein Aspekt der generellen Strategie der politischen Eliten, die größer gewordene Konfliktbereitschaft in informelle Verhandlungsstrukturen zu kanalisieren. Wir befinden uns in der Formierungsphase des kooperativ-konzertierten Politikmusters der Sozialpartnerschaft.¹⁸⁰ Obwohl die Sozialpartnerschaft in vielen Politikfeldern

wirksam wurde, lässt sich für die Vergangenheits- und Geschichtspolitik eine direkte Übertragung der Form eines dialogischen Aushandelns von Kompromissen zwischen Organisationen mit gegensätzlichen Interessen nicht feststellen. Hier spielte das Regieren von Widersprüchen durch das direkte Einwirken von Spitzenpolitikern auf gesellschaftliche Kontrahenten die Hauptrolle.

Ein Beispiel dafür war, dass Innenminister Hans Czettel (SPÖ) nur wenige Wochen nach dem Begräbnis von Ernst Kirchwegger und der Eröffnung des Weiheraums eine Kundgebung des ÖKB untersagte. Anlass war die Einweihung einer Gedächtniskapelle für Gefallene der Wehrmacht in Wiener Neustadt. Im Vorfeld hatte die Zeitschrift des ÖKB Niederösterreich *Der Kamerad*¹⁸¹ negativ über den antinazistischen Widerstand geschrieben, die Kriegsschuld Deutschlands bestritten und die Wehrmacht gelobt. Der ÖKB protestierte gegen das Verbot, drohte Czettel sogar, die Veranstaltung dennoch abzuhalten und intervenierte bei ÖVP-Bundkanzler Josef Klaus. Nach der Gewalteskalation im April und durch die massive Gegenmobilisierung des KZ-Verbands¹⁸² wirkte das politische Instrumentarium nicht mehr. Obwohl die ÖVP die Untersagung zunächst kritisierte, drängten Klaus und Verteidigungsminister Prader schließlich den ÖKB die Veranstaltung zu verschieben.¹⁸³ SPÖ-Abgeordnete initiierten im Nationalrat eine Überprüfung des ÖKB durch das Innenministerium. Sie ergab, dass der Landesverband Niederösterreich von rechtsextremen Funktionären geführt wurde. Auf Druck des Innenministeriums sprach die Präsidentenkonferenz des ÖKB am 9. Juni 1965 den leitenden Funktionären Otto Roßkopf und Johann Ronnweber das Misstrauen aus.¹⁸⁴ Am 24. Oktober 1965 durfte der ÖKB die Weihe der Gedächtniskapelle in Wiener Neustadt nachholen. Doch der Landesverband wehrte sich gegen die Demontage Roßkopfs. So wurde er neben Verteidigungsminister Prader als Festredner für eine Kriegerdenkmal- und Fahnenweihe in Tullnerbach am 25. September 1966 nominiert.¹⁸⁵ Nun musste auch der Landesverband Roßkopf ausschließen.¹⁸⁶

Uneinheitliche Rituale und ein neues Ehrregime ab dem Nationalfeiertag 1966

Betrachtet man die Gedenkpraxis beim Heldendenkmal genauer, wird deutlich, dass die zunächst geplante Aufwertung des Widerstands nach dem 27. April 1965 auf halbem Weg stecken blieb. Schon in den Monaten nach der Eröffnung entstand durch die Nutzungspraxis des BMLV und des Bundesheeres eine Schiefelage zugunsten der soldatischen Aufopferung. Die nächste große »Heldenehrung mit Feldmesse« veranstaltete der Militärkommandant von Wien, Josef Gerstmann, einst Mitglied des Nationalsozialistischen Soldatenrings und Kommandeur von Gebirgsjägerregimentern der Wehrmacht, nur wenige Monate später für 1500 Reserveoffiziere des Bundesheeres.¹⁸⁷ Ein anderer Aspekt, der trotz Kritik bis in die Gegenwart bestehen blieb, war die Zugänglichkeit des Weiheraums für die allgemeine Bevölkerung. Handelsminister Bock verfügte im Juli 1965, dass der Weiheraum spiegelgleich zu Krypta und Ehrenhalle täglich von 8.30 bis 18 Uhr offen zu halten war.¹⁸⁸ Gerstmann sperrte sich jedoch dagegen, Aufseher der Krypta für die Aufsicht des Weiheraums zur Verfügung zu stellen. Nach der Fertigstellung des Weiheraums lehnten die Aufseher der Krypta die Übernahme des Schlüssels für die neue Gedenkstätte ab. Die Burghauptmannschaft wollte zunächst ebenfalls kein Personal abstellen, musste es schließlich auf Weisung Bocks aber doch tun.¹⁸⁹ Als das BMLV im Dezember 1966 die Zuständigkeit für den Weiheraum zu übernehmen hatte, weil er von der Bundesregierung als integraler Bestandteil des Ensembles betrachtete wurde,¹⁹⁰ ließ sich das Ministerium die Beibehaltung der offiziellen Bezeichnung »Österreichisches Heldendenkmal« dezidiert bestätigen. Mit der Übernahme fiel die Betreuung durch die Burghauptmannschaft weg. Das BMLV entschied sich nun für eine Handhabung, die bis heute besteht. Statt einer personellen Betreuung wurde am Eingang zum Weiheraum im Unterschied zur Krypta, die frei zugänglich blieb, ein brusthohes Schaugitter aufgezogen.¹⁹¹ Die ursprünglich vorgesehenen Ausstellungsräume wurden nie realisiert – es finden sich nicht einmal Spuren davon, dass diese Absicht je in Erwägung gezogen wurde.

Die Missachtung der (zivilen) Freiheitskämpfer durch Militärs wurde in den Staatsritualen am Helden-

denkmal sichtbar. Für offizielle Besuche von Staatsgästen, die das BMLV betrafen, legte Gerstmann fest, dass die ausländischen Verteidigungsminister und hochrangigen Militärs ausschließlich in die Krypta zur Soldatenfigur von Frass geführt wurden und dort einen Kranz niederlegten.¹⁹² Mit dieser rituellen Ordnung präsentierte sich das Bundesheer nach außen. Sie wurde zur Routine der kommenden Jahrzehnte.¹⁹³ Auch hier lässt sich die Aussage treffen, dass die Repräsentation der Opferthese, die mit dem Weiheraum eher in Verbindung steht als mit der Krypta, kein Topos der Selbstdarstellung war. Das militärische Ehrritual am Heldendenkmal spiegelte eine Wehrmachtsaffinität wider, wie sie in Ausbildung und Traditionspflege vorherrschte.¹⁹⁴ Etwas anders verlief das Ritual, wenn es vom Bundeskanzleramt bestimmt wurde, zumindest im Falle eines Besuchs von Staats- und Regierungschefs. Der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets Nikolai Wiktorowitsch Podgorny ging im November 1966 ausschließlich in den Weiheraum, um dort und anschließend am Denkmal der Roten Armee am Schwarzenbergplatz Kränze niederzulegen.¹⁹⁵ Bei anderen Besuchen hoher Staatsgäste wurden sowohl im Weiheraum als auch in der Krypta Kränze niedergelegt.¹⁹⁶ Bei Staatsbesuchen aus der Sowjetunion blieb man elastisch. Staatschef Leonid Breschnew besuchte mit Bruno Kreisky 1979 offenbar die Krypta. Im Juni 1991, wenige Tage nach dem 50. Jahrestag des Überfalls der Wehrmacht auf die Sowjetunion, führte Bundeskanzler Franz Vranitzky (SPÖ) Ministerpräsident Valentin Pawlow nur in den Weiheraum.¹⁹⁷

Wie nutzten die höchsten Staatsorgane und das Verteidigungsministerium das Heldendenkmal nach der Erweiterung 1965 für die Repräsentation des staatsfiziellen Gedächtnisses? Einen Tag nach seiner Angelobung zum Bundespräsidenten legte Franz Jonas (SPÖ) in Begleitung einer Ehrenkompanie zunächst in der Krypta und dann im Weiheraum einen Kranz nieder.¹⁹⁸ Damit begründete Jonas ein Ritual, das bis zur Angelobung von Heinz Fischer im Juli 2010 unverändert bestand. Am 25. Oktober 1965 legte der Nationalrat nach längerer Diskussion den 26. Oktober als Nationalfeiertag fest, um an die Neutralität zu erinnern, die an diesem Tag im Jahr 1955 im Parlament beschlossen wurde. Bisher war der Tag als schulfreier »Tag der Fahne« begangen worden. In Vorbereitung auf die Zeremonien am ersten Nationalfeiertag ordnete das Bun-

deskanzleramt die Beflaggung des Heldendenkmals an. Die Koalition konnte sich nur auf eine Kranzniederlegung im Weiheraum einigen. Die ebenbürtige Ehrung von Wehrmachtssoldaten und Freiheitskämpfern fand offenbar keine Zustimmung der SPÖ-Minister.¹⁹⁹

Die paritätische Ehrung der Aufopferung wurde von der ÖVP an diesem Tag dennoch mit Nachdruck eingefordert. Im Anschluss an die Zeremonie im Weiheraum stand eine Festsitzung von Bundes- und Nationalrat auf dem Programm. Nationalratspräsident Alfred Maleta (ÖVP) brach in seiner Festansprache eine Lanze für das generelle Ehren *aller* erbrachten Opfer. Er kritisierte implizit die vorangegangene exklusive Ehrung der Freiheitskämpfer. Zwischen 1938 und 1941 Häftling in den Konzentrationslagern Dachau und Flossenbürg, danach Soldat in einem Bewährungsbataillon der Wehrmacht gehörte Maleta zu jenen ÖVP-Politikern, die schon früh eine rasche Integration der Nationalsozialisten in ihre Partei anstrebten.²⁰⁰ Maleta war zudem mit dem Heldendenkmal eng verbunden. Als Landesleiter der Vaterländischen Front in Oberösterreich gehörte er 1934 dem Ehrenkomitee zur Errichtung des Heldendenkmals an. Nun forderte er das Vergessen alles Trennenden. Eine »gemeinsame Sinndeutung« fand er in der Aufopferung – »wenn wir Österreich nicht bloß als eine materielle Genußgemeinschaft, sondern als eine Opfergemeinschaft verstehen und bejahen.«²⁰¹ Damit meinte Maleta gerade nicht eine Gemeinschaft von Menschen, die Opfer geworden sind, wie es in der Theorie vom Opfermythos vermittelt wird, sondern von Menschen, die historisch Opfer *erbracht* haben. Als erstes beschwor er den »Opfergang von Patrioten« in den Konzentrationslagern, aus dem »die Idee Österreich« neu geboren worden sei. Dann fügte er den »Mut zum Opfer bis zur Selbstaufgabe« durch die schwere Zeit der Besatzung hinzu, schließlich integrierte er die Wehrmachtssoldaten und Nationalsozialisten: »[...] wir wollen die Opfer, die von Österreichern erbracht wurden, nicht beschränken auf die Patrioten; sondern auch jene Opfer in unser Staatsbewusstsein integrieren, die Österreicher im zweiten Weltkrieg entweder aus Zwang oder aus innerer Überzeugung im Dienst einer für richtig gehaltenen Idee erbrachten.« Eine Unterscheidung zwischen den Wegen der Aufopferung, Fragen nach dem Sinnhorizont dieser Opfer lehnte er als »rabulistisch« ab. Jede Diskussion darüber würde vernarbende Wunden wieder



Abb. 10 Heldenehrung in der Krypta des Österreichischen Heldendenkmals, 2. November 1962. Der ehemalige Oberst der Wehrmacht, Generaltruppeninspekteur Erwin Fussenegger, spricht vor ranghohen Militärs wie dem ehemaligen Oberstleutnant der Wehrmacht und nunmehrigen Wiener Militärkommandanten Josef Gerstmann (erste Reihe, 2. v. l.) und dem ehemaligen Oberst der Wehrmacht und nunmehrigen Oberst und Leiter der Stabsakademie des Bundesheers Albert Bach (erste Reihe, 3. v. l.). (BMLV, Heeresbild- und Filmstelle)

aufreißen und verblässende Geschichtsbilder neu konturieren.²⁰² Das stark katholisch-konservativ geprägte grundsätzliche Lob der Aufopferung für höhere Werte mit einer expliziten Abgrenzung von Spielarten des konsumorientierten Materialismus blieb bewusst offen für den völkischen Idealismus ehemaliger Nationalsozialisten und Wehrmachtssoldaten.

Bundespräsident Jonas rückte ebenfalls die Aufopferung in den Vordergrund, die Komposition klang aber etwas anders. Für den Sozialdemokraten hatten »die überlebenden Opfer der Gewaltherrschaft [...] den Patriotismus aus dem Dunkel der Kerker und Konzentrationslager mitgebracht ans Licht, und unser ganzes Volk hat sich den Stolz auf sein Österreichertum in den harten Jahren des Aufbaus durch gemeinsame Arbeit

geschaffen.«²⁰³ In diesem Bild gebührt die Würdigung für Verhalten während der NS-Herrschaft exklusiv den Freiheitskämpfern, denn ihr Opfer war das Fundament dafür, dass die Wehrmachtssoldaten und Nationalsozialisten *nach* dem Nationalsozialismus die österreichische Nation mitaufbauen konnten. Von Opfern der Verfolgung oder des Kriegs sprachen beide mit keinem Wort.

Es war Maletas »Opfergemeinschaft« – exakter als Aufopferungsgemeinschaft zu bezeichnen –, die fortan am Nationalfeiertag am Heldendenkmal ritualisiert wurde. Die politische Bedingung dafür war das Ende der Großen Koalition im April 1966, als die ÖVP bei den Nationalratswahlen erstmals eine absolute Mehrheit erzielte. Dadurch konnte die ÖVP-Alleinregierung das Ritual für den Nationalfeiertag am Heldendenkmal neu aufsetzen. Nun legten Bundespräsident Jonas und Bundeskanzler Klaus im Weiheraum *und* in der Krypta insgesamt vier Kränze nieder.²⁰⁴ Damit institutionalisierte die ÖVP-Alleinregierung die Aufopferung in Form von Widerstand und in Form von Pflichterfüllung als den gemeinsamen Wert der sektionalen Erinnerungskulturen und übte Druck auf beide Seiten aus, diese Vorgabe der Anerkennung in die eigene Praxis zu integrieren.

In seinem Tagesbefehl zum 26. Oktober 1966 definierte Verteidigungsminister Prader erstmals die Traditionspflege. Das Gedenken der Soldaten und Angehörigen der Heeresverwaltung gelte »voll Dankbarkeit aller jener Männer und Frauen, deren Hingabe und Opfer zum Wiedererstehen eines freien, unabhängigen und demokratischen Österreich beigetragen haben. Wir erinnern uns des 26. Oktober 1955, des ersten Tages voller Freiheit nach siebzehn leidvollen Jahren durch Okkupation und anschließender Besatzungszeit.«²⁰⁵ Die Gleichsetzung von NS-Herrschaft und alliierter Besatzung, ohne sie beim Namen zu nennen, erscheint heute als grobe Verharmlosung des Nationalsozialismus, war aber der Schlüssel – in Fortsetzung des ÖKB-Modells von 1955 – zur Integration der Wehrmachtssoldaten und ehemaligen Nationalsozialisten in das nationale Ehrregime. Prader erinnerte daran, dass die Vorfahren mehrmals »Retter des christlichen Abendlandes« gewesen waren. Mit dieser Formel begründete er, dass das Bundesheer an die Überlieferungspflege der k. u. k. Armee und des Bundesheeres der Ersten Republik anknüpfte. Mit dem Bezug auf die Rettung des Abendlands rief Prader zugleich ein Motiv der antibolschewistischen Propaganda von Wehrmacht und NS-Führung ins Gedächtnis, das der ÖKB dazu nutzte, den Kampf in der Wehrmacht positiv als Leistung zur Verteidigung der Heimat darzustellen.²⁰⁶ Auch die antisowjetische Konnotation ist nicht zu übersehen. Das nationale Staatsritual der doppelten Kranzniederlegung durch den Bundespräsidenten und den Bundeskanzler am Vormittag des Nationalfeiertags behielt auch die nachfolgende SPÖ-Alleinregierung unter Bruno Kreisky stillschweigend bei. Das Ritual blieb unverändert bis zum Jahr 2012.

Im Vergleich zum Ritual am Nationalfeiertag lässt sich für andere regierungsamtliche Kranzniederlegungen keine ähnliche Kontinuität oder Regelmäßigkeit feststellen. Das 1960 eingeführte Ehrritual am 12. März fand nun im Weiheraum statt.²⁰⁷ In der APA-Datenbank ist es nur bis 1968 nachweisbar. Kurz wiederbelebt wurde es offenbar erst nach der Waldheim-Affäre im Gedenkjahr 1988, wiederum aber nicht fortgeführt. Die nächste Meldung darüber liegt erst für das Jahr 2013 vor. Obwohl das ursprüngliche Motiv der symbolischen Erweiterung des Heldendenkmals das Ehren der »Opfer der Machtergreifung« war, ging das »Anschluss«-

Gedenken nicht dauerhaft in das Staatsprotokoll am Heldendenkmal ein – auch das nicht gerade ein Zeichen dafür, dass der Opferrolle eine prominente Bedeutung im Staatsgedächtnis beigemessen wurde. Bemerkenswert ist ferner, dass die Erinnerung an die Unabhängigkeitserklärung am 27. April 1945 zwar Anlass für die Eröffnung des Weiheraums, nicht aber für jährliche Kranzniederlegungen war.²⁰⁸ Eine Kranzniederlegung im Weiheraum durch den Bundespräsidenten und die Regierung an einem 27. April fand seither laut APA erst im Jahr 2006 statt.

Wie bespielte das Bundesheer das erweiterte Heldendenkmal in seinem eigenen Wirkungskreis? Bereits vor der Übernahme im Jahr 1963 zelebrierte das Militärkommando Wien in der Krypta alljährlich »die militärische Allerseelenfeier« für den Garnisonsbereich Wien.²⁰⁹

Gewidmet war die Feier nach dem Muster der ÖKB-Feier von 1955 dem »Gedächtnis der Gefallenen des 1. und 2. Weltkrieges sowie der im Dienst verunglückten und verstorbenen Angehörigen des österreichischen Bundesheeres«. Im Jahr 1967 befand sich der Weiheraum zu Allerseelen erstmals in der Obhut des Militärkommandos. Das erforderte Änderungen. Anpassungsschwierigkeiten sind schon daraus ersichtlich, dass die »Opfer für Österreichs Freiheit« in der Widmung vergessen wurden.²¹⁰ Die Aufstellung von Ehrendoppelposten vor und in den Räumen erfolgte in Krypta und Weiheraum noch spiegelgleich. Die Ehrenkompanie mit Fahne, Ehrensinalhorn und Musik verblieb allerdings wie bisher vor der Krypta, wo auch der höchstanwesende Befehlshaber – bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1970 meist Generaltruppeninspektor Erwin Fussenegger – eintraf und empfangen wurde, die Meldung abnahm, die Bundeshymne gespielt wurde, das Abschreiten der Ehrenformation und die Begrüßung der Ehrengäste erfolgte. Danach wurde die Totenmesse in der Krypta zelebriert. Im Anschluss hielt der Höchst-anwesende eine Ansprache. Zum Abschluss erfolgten die Kranzniederlegungen. Kann man argumentieren, dass die Zeremonie wegen der Messe aus pragmatischen Gründen weiterhin vor der Krypta abgewickelt wurde, so wird bei der Gestaltung der Kranzniederlegungen die unterschiedliche Gewichtung der Gedenkräume durch das BMLV offensichtlich. Während der Höchst-anwesende den Kranz in der Krypta ablegte und



Abb. 11 Die Kälte des Weiheraums. (BMLV, Heeresbild- und Filmstelle, 2020)

anschließend wie das gesamte andere Militärpersonal hier verblieb, hatte sich allein der niedrigere Rang des Militärkommandanten von Wien hinüber zur Kranzniederlegung in den Weiheraum zu begeben.

Fussenegger ehrte zu Allerheiligen außerdem die gefallenen und verstorbenen Generalstabsoffiziere in der Wiener Hofburgkapelle. Auf einer 1934 dort angebrachten großen Marmortafel mit den Namen der Heerführer der k. u. k. Armee ließ das BMLV 1964 die Namen der »auf dem Feld der Ehre gebliebenen« österreichischen Generalstabsoffiziere der deutschen Wehrmacht ergänzen. Fussenegger würdigte so auch den Oberbefehlshaber der Heeresgruppe E Alexander Löhr, ranghöchster Österreicher in der Wehrmacht, 1947 in Belgrad als Kriegsverbrecher zum Tode verurteilt und hingerichtet, sowie den SS-Obergruppenführer und General der Waffen-SS Artur Phleps.²¹¹

Jenseits der Staatsrituale wurden die beiden Räume von den Repräsentanten der sektoralen Erinnerungskulturen unterschiedlich genutzt. Gemeinsame oder

wechselseitige Nutzungen sind nicht aktenkundig. Soldatische Verbände mieden den Weiheraum, Widerstandsverbände die Krypta. Letztere schufen sich ab Mitte der 1960er Jahre neue Gedenk- und Erinnerungsorte, durch die Neugestaltung der Gedenkstätte im Hinrichtungsraum des Wiener Landesgerichts, wo nun auch die Namen der Hingerichteten genannt wurden (1967), durch einen Gedenkraum am Standort der ehemaligen Gestapo-Einstellungsstelle in der Saltztorgasse (1968), durch die erste permanente Ausstellung zum Freiheitskampf im DÖW (1969). Zu Allerheiligen legten die Widerstandsverbände Kränze im Weiheraum nieder. In der antinazistischen Erinnerungstopografie und Erinnerungspraxis erreichte der Weiheraum jedoch nie die Bedeutung der vorher genannten Orte, insbesondere nicht jene des Weiheraums im Landesgericht, wo zu Allerheiligen auch eine Messe für die Hingerichteten gelesen wurde. Als Gründe können die beschränkte Zugänglichkeit, die karge Ausstattung ohne jeglichen persönlichen Bezug, die fehlende Einbindung der Widerstandsverbände bei der Gestaltung und Nutzung sowie die wenig emphatische Obhut durch das BMLV genannt werden. Der Weiheraum wurde zu einem kalten, einem

erratischen Ort im Heldendenkmal. Als die Israelitische Kultusgemeinde im Juni 1967 vor der Abfahrt zu einer Gedenkveranstaltung in Mauthausen einen Kranz im Weiheraum niederlegen wollte, erfuhr sie von der Burghauptmannschaft schroff, dass »sie die Offenhaltung des Weiheraums zwecks Kranzniederlegung beim Aufseher der Krypta bzw. beim Kasernenkommando des Bundesheeres in der Stiftskaserne anzumelden hat.«²¹²

Anders verhielt es sich bei der Krypta: Sie war für Publikumsverkehr täglich geöffnet. Wie stark sie tatsächlich frequentiert wurde, lässt sich schwer abschätzen. Interessant für BesucherInnen wurde sie in den 1980er Jahren, als das Verteidigungsministerium die Totenbücher des Zweiten Weltkriegs geordnet nach Bundesländern in Vitrinen ausstellen ließ.²¹³ Mit den Namen der Gefallenen wurde das kommunikative Gedächtnis zum Zweiten Weltkrieg in der Krypta aktiviert. Neben dem militärisch-zivilen Sektor aus Bundesheer, ÖKB und katholischer Kirche nutzten auch Organisationen wie das Schwarze Kreuz und der Verband der Kriegsblinden die Krypta für Messen und Totenehrungen zu runden Bestandsjubiläen. Weiterhin erhielten rechtsextreme Verbände die Erlaubnis des Militärkommandos Wien, in der Krypta Veranstaltungen wie Helde Ehrungen und Fahnenweihen durchzuführen, so die Kameradschaft »Feldmarschall Radetzky« (1968), der Verband österreichischer Landsmannschaften (1972), die SS-Veteranen der Kameradschaft IV (1972).²¹⁴ Schnittmengen und Naheverhältnisse zwischen Bundesheer, ÖKB und rechtsextremen Gruppierungen sind augenfällig. Die Kameradschaft »Feldmarschall Radetzky« war Mitglied des Verbandes Österreichischer Kameradschaften (VÖK), einem Bündnis von Gruppen, dem der 1966 aus dem ÖKB ausgeschlossene Otto Roßkopf vorstand. Zu den Gründungsmitgliedern des VÖK gehörte ein Unteroffizier des Bundesheeres. Der VÖK setzte den wegen Kriegsverbrechen verurteilten SS-Sturmbannführer Walter Reder mit Verfolgten des NS-Regimes gleich.²¹⁵ Die Kameradschaft »Feldmarschall Radetzky« betonte in ihrem Ersuchen, dass sie »grossteils aus aktiven Soldaten des Bundesheeres« bestehe.²¹⁶ Veteranen bzw. Soldaten mit rechtsextremer Gesinnung mussten damit rechnen, aus dem ÖKB ausgeschlossen zu werden, im Bundesheer hatten sie Platz.

Dimensionen des Vergessens in der sakrifiziellen Erinnerungsordnung

Die sektionalen Erinnerungskulturen fanden zwischen 1955 und 1965 in den beiden Flügeln des Heldendenkmals ihre Abbildung. Repräsentanten der Bundesregierungen verklammerten sie hier im Zentrum der Republik durch eine paritätische Ehrpraxis für die erbrachten Opfer. Außerdem beteiligten sie sich an den dezentralen Gedenkveranstaltungen, die von den beiden Erinnerungskulturen an den jeweils für sie bedeutenden Erinnerungsorten durchgeführt wurden. ÖVP-Bundeskanzler Josef Klaus führte die Praxis des dezentralen paritätischen Ehrens 1967 vor. Am 8. Mai eröffnete er den von den Widerstandsverbänden neugestalteten Weiheraum in der Hinrichtungsstätte im Wiener Landesgericht. Dabei würdigte er die toten Regimegegner dafür, dass sie bereit gewesen waren, für ihren »Glauben an Österreich einzutreten und selbst ihr Leben zu geben«.²¹⁷ Wenige Monate später sprach Klaus beim größten Soldatentreffen am Kärntner Ulrichsberg und erklärte dort, dass es Pflicht sei, die in beiden Weltkriegen erbrachten »Blutopfer« zu würdigen.²¹⁸

Auch Verteidigungsminister Prader bediente beide Positionen. Im Jahr 1967 erließ er Richtlinien zur Traditionspflege, die »lediglich die Überlieferungspflege der österreichisch-ungarischen Armee und des Ersten Bundesheeres« zuließen.²¹⁹ Seine Praxis war eine andere. Prader mahnte bei der Einweihung des Kriegerdenkmals in Muthmannsdorf (Niederösterreich), das »Heldentum der toten Söhne unseres Volkes« zu achten, denn sonst würden »die lebenden Söhne im Ernstfall die Waffen [...] wegwerfen.«²²⁰ Diese Worte vermittelten eine kritische Beurteilung der zu dieser Zeit hoch umstrittenen Desertion aus der Wehrmacht. Er benannte allerdings drei Kasernen nach sechs Offizieren der Wehrmacht bzw. des ersten Bundesheeres, die vom NS-Regime wegen Widerstand, Gegnerschaft, Eidbruch und Eidverweigerung getötet worden waren (Karl Biedermann, Alfred Huth, Rudolf Raschke, Karl Burian, Franz Heckenast, Rudolf Towarek). Bei vielen ehemaligen Offizieren der Wehrmacht im Bundesheer stieß dies »auf blankes Unverständnis«.²²¹ Besänftigt wurden sie dadurch, dass drei andere Kasernen die Namen von hochrangigen, von Hitler mit dem Ritterkreuz ausge-

zeichneten österreichischen Wehrmachtsoffizieren trugen (Robert Martinek, Alois Windisch, Johann Mickl).

Im Bundesheer war eine konzise geschichtspolitische Haltung unter den disparaten Vorzeichen staatsrechtlicher Verpflichtungen, Aufbau österreichpatriotischer Gesinnung, personeller und mentaler Kontinuitäten zum Nationalsozialismus und hoher Identifikation mit den Leistungen der Wehrmacht offenbar schwer zu finden. Schiefe sprachliche Konstruktionen, vieldeutige Formulierungen, inhaltliche Unsicherheiten und Abwehr von Kritik prägten das Bild in den 1960er Jahren mit Auswirkungen bis in die jüngste Vergangenheit. Der führende Militärhistoriker Christoph Allmayer-Beck kam in seiner ersten Darstellung der »Österreicher im Zweiten Weltkrieg« – auch er ehemaliger Wehrmachtsoffizier – nicht umhin, »230.000 tote Österreicher, die allein im Dienste der Wehrmacht ihr Leben gelassen haben«, als sinnloses Vergeuden und Opfern von Einsatzwillen, Mut und Ausdauer zu bezeichnen. Doch bereits im nächsten Satz nahm er diese Einschätzung als »positivistisch, gegenwartsbedingt und vordergründig« zurück und stattete in einem metaphysischen Exkurs das Sterben in Stalingrad doch wieder mit Sinn aus.²²² Die historische Konfusion lässt sich kurz an den Führern zum Heldendenkmal belegen. Die Neuauflage der Broschüre *Das Österreichische Heldendenkmal* wurde 1966 vom Leiter der Militärwissenschaftlichen Abteilung im BMLV Obstl. Anton Wagner und von Paul Wittas verfasst, aber nicht vom BMLV herausgegeben, sondern von der Offiziersgesellschaft Wien, einem mit dem Heldendenkmal nicht direkt verbundenen Verein.²²³ Kurioserweise beschreibt die Broschüre Krypta, Weiheraum und Ehrenhalle, nennt die Heerführer der k. u. k. Armee, die gefallenen Soldaten des Ersten Weltkriegs und die zwischen 1938 und 1945 hingerichteten Freiheitskämpfer als gewürdigte Gruppen, verschweigt aber, dass die Krypta auch den gefallenen österreichischen Soldaten der Wehrmacht gewidmet war und dies in der offiziellen Ehrpraxis auch so gehalten wurde.²²⁴ Waren die gefallenen Wehrmachtssoldaten nun Teil des offiziellen Ehrregimes oder nicht? Auch in Praders Tagesbefehl vom 26. Oktober 1966 waren Wehrmachtssoldaten nicht vorgekommen – der Begriff Wehrmacht war strikt zu vermeiden. Prader gab nur »Männer und Frauen, deren Hingabe und Opfer zum Wiedererstehen eines freien, unabhängigen und demokratischen

Österreich beigetragen haben«, zur Ehrung frei. Heute könnte man bei so einer Formulierung denken, dass er damit ausschließlich NS-Gegner meinte. Im Bundesheer wurde die Formulierung anders verstanden, nämlich als Inklusion der Wehrmachtssoldaten in das Ehrregime. Noch in einer 2011 vom BMLV herausgegebenen Informationsbroschüre zum Heldendenkmal konnte man die vorherrschende, sachlich verquere Sprachregelung so nachlesen: »Mit Krypta und Weiheraum ist somit aller Bürger gedacht, die ihr Leben für Österreich hingegeben haben.«²²⁵

Abgesehen von falschen historischen Einordnungen verlangte und begünstigte der regierungsamtliche Zusammenhalt der konträren Geschichtsbilder in Staat und Gesellschaft spezifische Formen des Vergessens. Als erstes ist die Beilegung innerer Widersprüche zu nennen. Im Widerstandssektor wurde in den 1960er Jahren begonnen, die bestehenden partei- und nationspolitischen Differenzen über die Systembrüche von 1933/34 und 1938 zu entschärfen, dann durch Gesten wechselseitiger Anerkennung und durch die Bildung gemeinsamer Dachorganisationen zu überbrücken. In den frühen 1960er Jahren wurde die 1947 begonnene Marginalisierung der kommunistischen WiderstandskämpferInnen und KZ-Opfer zurückgenommen. Im militärischen Sektor blendeten Verteidigungsministerium, Bundesheer und ÖKB über weite Strecken die Tatsache aus, dass die »Pflichterfüllung« im März 1938 – die Verteidigung Österreichs – unterblieben war und die jüdischen Veteranen des Ersten Weltkriegs, die jüdischen Offiziere und Soldaten des Bundesheeres verraten, der Verfolgung und Vernichtung preisgegeben wurden. Nicht erinnert werden durfte in beiden Sektoren an die Verbrechen der Wehrmacht und die großdeutsche Identität der meisten »ostmärkischen« Soldaten. Funktionäre, die sich nicht an gewisse Sprachregelungen und Konventionen hielten, wurden fallweise aus dem ÖKB ausgeschlossen.²²⁶

Zweitens wurde in beiden Sektoren in unterschiedlichem Ausmaß und auf unterschiedliche Art jene politische Gewalt gegen soziale Gruppen dethematisiert, die das Potential hatte, positive Selbstbilder und ihre rituelle Pflege zu untergraben. Das betraf zuallererst die Verfolgung der Jüdinnen und Juden und anderer Opfer der NS-Rassenpolitik. Die Israelitische Kultusgemeinde wurde in den ersten Jahrzehnten nach 1945 bezeichnenderweise nicht in die (Wieder-)Aneignung

bzw. Adaptierung des Heldendenkmals miteinbezogen. Bei der Eröffnung des Heldendenkmals im Jahr 1934 war Oberrabbiner David Feuchtwang Mitglied des Ehrenkomitees gewesen und jüdische Veteranen waren voller Stolz aufmarschiert. Die Aufopferung jüdischer Soldaten in der k. u. k. Armee konnte (wenn auch nachrangig) vor 1938 noch gewürdigt werden.²²⁷ Im sakrifiziellen Ehrregime der Zweiten Republik fanden Juden keinen Platz, weil sie nur mehr in der wenig ehrenhaften passiven Opferrolle wahrgenommen wurden. Der Ausschluss der Juden aus der Erinnerung an die Soldaten des Ersten Weltkriegs nach 1955 ist nur mit sekundärem Antisemitismus zu erklären. Militärs und Veteranen würdigten nun soldatische Leistungen im Zweiten Weltkrieg, die strukturell mitverantwortlich für die Shoah waren, im Rahmen der Kriegsführung der Wehrmacht und der Waffen-SS in Polen, der Sowjetunion und am Balkan. Deshalb gab es nicht den Funken eines Ansatzes, den 1934 für nicht-katholische Religionen geplanten Kultraum nach 1945 zu realisieren.

Widerstandsverbände bezogen die jüdischen Opfer zwar in das Gedenken mit ein, subsumierten sie aber unter dem Titel der »Gewalt gegen die Österreicher« und schoben die Verantwortung einer »deutsch-nazistischen Fremdherrschaft« zu.²²⁸ Sie integrierten antisemitische Verfolgung erst in den 1980er Jahren in ihre Erinnerungszeichen im öffentlichen Raum. Häufig wurden die Opfer der Shoah dabei entweder den Widerstandskämpfern nachgeordnet oder einfach als Märtyrer für Österreich dargestellt.²²⁹ Im Heldendenkmal blieben die Juden und andere Verfolgungsoffer jedenfalls unerwähnt. Die Ausstellungsräume zum Weiheraum, wo dies möglich gewesen wäre, wurden nicht umgesetzt. Die Fotografie des Lagers Theresienstadt in der Vitrine des Weiheraums blieb unerschlossen.

Drittens erforderte die Konstruktion eines nationalen Gedächtnisses die Einübung einer starken (Selbst-) Disziplin, andere Erinnerungskulturen in der Öffentlichkeit nicht mehr prinzipiell anzufechten. Die Disziplinierung betraf nicht nur – wie dargestellt – den ÖKB. Regierungspolitiker versuchten auch den Handlungsraum der Widerstands- und Opferverbände zu definieren. Dies geschah durch eine Politik gleichzeitiger Förderung und Begrenzung. In den 1960er Jahren ermöglichten die Bundesregierungen erstmals die historische Forschung zu Verfolgung und Widerstand während

der NS-Herrschaft, zugleich wurde die Nennung von Namen abgelehnt, der nötige Zugang zu Quellen versperrt bzw. eingeschränkt, sodass keine oder nur stark kontrollierte Publikationen zustande kamen.²³⁰ Gegenwartsbezogene Fragen, etwa zum Wirken ehemaliger NS-Richter in der Zweiten Republik, über die mangelnde Entnazifizierung oder einer weiteren juristischen Klärung von NS-Verbrechen wurden unterdrückt. SPÖ-Justizminister Christian Broda, auch er ein ehemaliger Häftling des NS-Regimes, wies diese Themen mit der Aussage, die Republik habe den Schlussstrich gezogen, schroff und grundsätzlich zurück.²³¹ Mit Paul Connernton kann hier durchaus von einem »verordneten Vergessen« gesprochen werden, das eine Entpolitisierung der Erinnerung und eine Historisierung der Vergangenheit für die folgenden zwei Jahrzehnte einleitete.²³² Ganz ähnlich agierte Bruno Kreisky während seiner Kanzlerschaft in den 1970er und 1980er Jahren. Während er das DÖW in einer antifaschistischen Nische förderte, sandte er starke politische Signale der Integration und Anerkennung an das Lager ehemaliger Nationalsozialisten, SS- und Wehrmachtssoldaten aus.²³³ Ein Beispiel für die politisch verlangte und auch weitgehend gelebte »friedliche« Koexistenz war das Jahr 1974. Anders als 1954 erhielt der ÖKB nun die Genehmigung, den 40. Jahrestag der Eröffnung des Heldendenkmals zu feiern, eines »Heiligtum[s], das uns zur Dankbarkeit, Treue, Liebe und zum Opfermut für das Vaterland mahnt«, wie die Kameradschaft Heldendenkmal in ihrem Aufruf festhielt.²³⁴ Am selben Wochenende begingen die Sozialdemokraten den 45. Jahrestag der Eröffnung des Karl-Marx-Hofs und erinnerten an den Beschuss des Gebäudes im Februar 1934 durch jene, die das Heldendenkmal ermöglichten. Wenige Tage später eröffnete Bruno Kreisky im Staatsarchiv die Ausstellung »1934« über den Austrofaschismus.²³⁵ Ein weiterer Aspekt war die staatliche geförderte Fortsetzung der Koalitionsgeschichtsschreibung zur Ersten Republik und ihrem Scheitern.²³⁶ Dass die (Selbst-)Disziplinierung weitgehend funktionierte – die geschichtspolitischen Konflikte zwischen Widerstands- und Veteranenverbänden und zwischen den Parteien gingen ab 1965 deutlich zurück – war symptomatisch für die autoritären und dirigistischen Züge der Modernisierung und Nationsbildung in Österreich, die in hohem Maße die gesamte Kulturpolitik prägten.²³⁷ Kreiskys Alleinregierungen

bis 1983 waren von einer nachholenden Modernisierung geprägt, die den Blick dieser Generation auf den Konsum der Gegenwart, aber auch noch einmal auf die Gestaltung der Zukunft lenkte. Gerade letzteres brachte in den späten 1970er Jahren ein kritisches Milieu hervor, das sich in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre einer Kritik der Vergangenheit und der Vergangenheitspolitik zuwandte.

Das Heldendenkmal nach Waldheim: Viktimisierung, Konfliktvermeidung und Resilienz der Aufopferung (1988–2002)

Die staatliche Formierung des österreichischen Gedächtnisses in den 30 Jahren nach Erlangung der Souveränität gehört zu den unterbelichteten Bereichen der Forschung zum Umgang mit dem Nationalsozialismus. Das betrifft nicht allein, aber vor allem die geschichtspolitische Praxis des staatlich-militärisch-zivilen Netzwerkes aus BMLV, Bundesheer und Veteranenverbänden. Die einflussreichsten Studien nach der Wahl Waldheims fokussierten auf die unmittelbaren Nachkriegsjahre oder die Waldheim-Debatte selbst.²³⁸ In beiden zeitlichen Kontexten war die Opferthese der Moskauer Deklaration 1943 und der Unabhängigkeitserklärung von 1945 tatsächlich von Bedeutung. Zuerst als Abgrenzung von NS-Deutschland eingesetzt, wurde sie 1986 nach Jahrzehnten der Funktionslosigkeit zur Abwehr der Kritik an Österreichs Umgang mit der NS-Vergangenheit wieder aufgetaut. Die Zeitmarken der Kritik waren und sind 1945 und 1986 – dieser Ansatz prägt die Thesenbildung über die gesamte Geschichtspolitik der Zweiten Republik. Die Kritik der Selbstdarstellung als Opfer und deren Entlarvung als Mythos war wichtig, vermochte aber die Transmission des Fortlebens von Werten und Einstellungen, die faschistisch und nationalsozialistisch geprägt waren, in der Demokratie nur bedingt zu erklären. Anton Pelinka sprach 1985 hingegen noch von einem in Österreich »herrschenden Milieu«, das nicht von der Demarkation zum Nationalsozialismus, sondern von Kontinuität geprägt war.²³⁹ Robert Knight bezweifelte, oft übersehen, dass dem Opfermythos tatsächlich nationbildende Kraft entsprang, denn Kurt Waldheim präsentierte sich im Wahlkampf ja nicht als Opfer des Nationalsozialismus,

sondern als jemand, der wie hunderttausende Österreicher in der Wehrmacht anständig seine »Pflicht erfüllt« hatte.²⁴⁰ »Anständigkeit« und »Pflichterfüllung« in der Wehrmacht waren jedenfalls keine Topoi der antinazistischen Opfererzählung. Waldheim sprach im Rahmen des sakrifiziellen Ehrregimes, das die regierende ÖVP in Wahlverwandtschaft mit dem Milieu der Ehemaligen und organisierten Wehrmachtveteranen propagiert und staatlich institutionalisiert hatte und das von der SPÖ unter Einbeziehung der Aufopferungsleistung der Freiheitskämpfer schließlich akzeptiert und weitergetragen wurde. Waldheim knüpfte an entsprechende Redewendungen von ÖVP-Politikern und von FPÖ-Politikern wie Friedrich Peter und Jörg Haider an.²⁴¹ Als Opfer inszenierte die ÖVP Waldheim nur in Reaktion auf die Kritik an dieser Aufopferungsleistung, die unter dem neuen geschichtspolitischen Paradigma des Holocaust außerhalb (und bei einer Minderheit innerhalb) Österreichs als struktureller Beitrag zum Mord an den europäischen Juden verstanden wurde. Erst nach dem Wahlsieg vollzog Waldheim einen rhetorischen Schwenk, um den Konflikt einzudämmen. Mit dem unvermeidlichen Anerkennen der Verfolgung der jüdischen Bevölkerung wurde nun – ähnlich wie bei der Restitutionsdebatte 1945/46 – auch die österreichische Bevölkerung verstärkt in Opferrollen dargestellt. In diesem Sinne markierten die Jahre 1986/88 tatsächlich den Beginn einer Transformation des bisherigen nationalen Ehrregimes. Die Neujustierung kam in einer zweifachen Veränderung zum Ausdruck: In einer stärkeren Viktimisierung der Österreicher und in Bekenntnissen zur Mittäterschaft von Österreichern. Die Hinwendung zu einem passiven Opferwerden der Bevölkerung durch Nationalsozialismus und Krieg war besser geeignet, die besondere Verfolgung der Juden auszutarieren als das bisherige Lob der Pflichterfüllung. Nur so konnte Waldheim – der unter genauer internationaler Beobachtung stand – als erster führender Politiker nach 1955 auch die Begeisterung von Österreichern für den Nationalsozialismus und die Täterschaft von Österreichern ansprechen.²⁴²

Die Verstärkung viktimologischer Elemente lässt sich an einem Staatsritual am Heldendenkmal ablesen. Erstmals seit 1968 legten Bundespräsident und Bundeskanzler am Jahrestag des »Anschlusses« im Weiheraum des Heldendenkmals einen Kranz zur Würdigung der

politischen Gegner des Nationalsozialismus nieder. Erstmals überhaupt begaben sich die Staatspitzen an diesem Tag danach auch in die Krypta, um dasselbe vor der Soldatenfigur zu tun. Damit deuteten sie auch die österreichischen Wehrmachtssoldaten als Opfer des »Anschlusses«. ²⁴³ Die neue Inszenierung des 11. März war eine Revitalisierung der antinazistischen Opferthese aus dem Jahr 1945. Den sorgfältig geplanten Ritus wollten sich weder Bundespräsident Waldheim noch Bundeskanzler Franz Vranitzky verderben lassen: Als im Jänner die Planungen dafür bekannt wurden, erinnerte Josef Dvorak das Bundeskanzleramt und die zuständigen Ministerien wieder an die sehr wahrscheinliche nazistische Kontaminierung der Krypta. Dvorak nahm Kontakt mit der Regierung auf und publizierte seine Recherchen und die politischen Reaktionen im Februar 1988 prominent im Nachrichtenmagazin *Profil* und in einer ersten ausführlichen Kritik in der Zeitschrift *Forum*. Weitere Untersuchungen oder eine Hebung der Figur wurden von Wirtschaftsminister Robert Graf (ÖVP) abgelehnt. Im Bundeskanzleramt hieß es, diese Geschichte sei für Österreich jetzt so notwendig »wie ein Stein am Hals eines Ertrinkenden«. ²⁴⁴ Angesagt war defensive Problemverweigerung und -verschleierung. Das Heeresgeschichtliche Museum ging in einer Studie zu Kriegerdenkmälern zwar auf das Heldendenkmal ein, wich einer Diskussion über Frass, seine Botschaft und die Nutzung nach 1945 aber aus. ²⁴⁵ Während das Heldendenkmal die Waldheim-Debatte unberührt überstand, kritisierten neue geschichtspolitische Akteure wie die 1986 in das Parlament eingezogenen Grünen und der Republikanische Club Neues Österreich das Ehrregime des Bundesheeres. Sie protestierten 1989 gegen die Ehrung von Löhr und Phleps. Drei Jahre später ließ Unterrichtsminister Rudolf Scholten (SPÖ) ihre Namen auf der Tafel in der Hofburgkapelle überkleben und im Jahr darauf entfernen. Die Tafel wurde später abmontiert und in die Katholische Militärfarre beim Militärkommando Wien verbracht. ²⁴⁶

1994 erneuerte der Architekturkritiker Jan Tabor im Rahmen der Ausstellung »Kunst und Diktatur« in der Kunsthalle Wien die Forderung nach Hebung der Soldatenfigur. Tabor sprach erstmals auch eine mögliche »Entweihung« des Monuments an. Der damalige Sprecher von Bundeskanzler Franz Vranitzky, Andreas Mailath-Pokorny, signalisierte im Vorfeld des Gedenk-

jahrs 1995 zunächst Unterstützung, geschehen ist jedoch nichts. ²⁴⁷ Die gesellschaftliche Polarisierung rund um die Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944« sowie der Konflikt um die Aufstellung eines Denkmals für die österreichischen Wehrmachtssoldaten in Stalingrad drückten das Interesse von SPÖ und ÖVP an einem weiteren geschichtspolitischen Skandal auf null. So hatte Bundeskanzler Vranitzky 1991 zwar das Bekenntnis zur »Mitverantwortung« an den Verbrechen des Nationalsozialismus als »Beitrag zur neuen politischen Kultur in Europa« postuliert, an der Architektur des Heldendenkmals und an den Staatsritualen im Zentrum der Republik rührte er nicht.

Während sich die Erinnerungslandschaft seit 1988 durch gesellschaftliche Initiativen in Richtung einer Integration von bislang »vergessenen« Opfergruppen zu verändern begann, spielte sich unter der politischen Verantwortung der Verteidigungsminister Robert Lichal, Werner Fasslabend (beide ÖVP) sowie Herbert Scheibner (FPÖ) am Heldendenkmal bis 2002 ein geradezu inverser Prozess mit Rückbrüchen in die 1950er Jahre ab.

Ab 1995 beging das Bundesheer mit der Absicht einer gesellschaftlichen Öffnung den Nationalfeiertag mit einer volksfestartigen Leistungsschau und Angelobungen am Heldenplatz. Jahr für Jahr schleuste das Militärvikariat an diesem Tag tausende BesucherInnen durch die Krypta. Das Publikum interessierte sich vor allem für die Totenbücher des Zweiten Weltkriegs, in denen ortsbezogen nach Verwandten gesucht werden konnte. Eine auch nur annähernd ähnliche Aufmerksamkeit für den Weiheraum gab es nicht. Das BMLV bzw. das Bundesheer hatten es seit der Übernahme im Jahr 1966 nicht geschafft, diese einzige bundesstaatliche Gedenkstätte für die Freiheitskämpfer in Wien öffentlich begehbar zu machen, geschweige denn für BesucherInnen attraktiv zu gestalten.

Im Jahr 1996 entdeckten die deutschnationalen, der FPÖ nahestehenden Burschenschaften des Wiener Korporationsrings (WKR) die Krypta für ihr Heldengedenken neu und nutzen sie für Trauerkundgebungen am 8. Mai, dem Tag der Kapitulation NS-Deutschlands. ²⁴⁸ 1997 regte Simon Wiesenthal beim BMLV die Benennung von Kasernen nach Oberstleutnant Robert Bernardis und Feldmarschallleutnant Johann Friedlän-

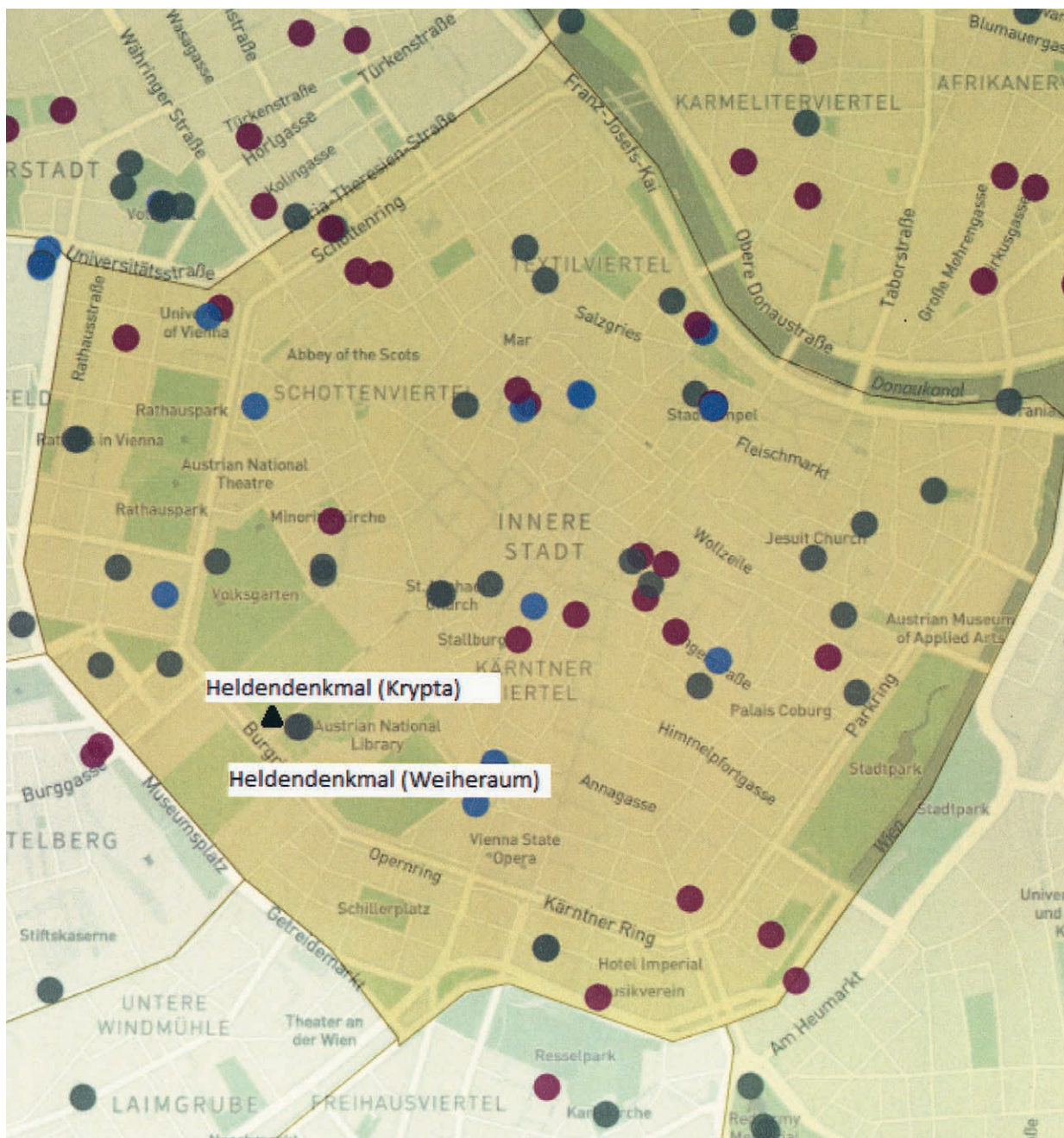


Abb. 12 Karte Erinnerungszeichen um das Heldendenkmal, Stand 2000. Das Österreichische Heldendenkmal und die Erinnerungszeichen zu Austrofaschismus und Nationalsozialismus im ersten Wiener Gemeindebezirk (1945–2000). Graue Punkte markieren Erinnerungszeichen für Widerstand und Befreiung, rote Punkte für Verfolgung, blaue Punkte Erinnerungszeichen mit sakrifziellem und viktimologischem Erinnerungsrahmen. (www.porem.wien)

der an, der nach den NS-Rassegesetzen verfolgt und 1945 als Häftling des KZ Auschwitz ermordet worden war, fand aber kein Gehör.²⁴⁹ Nach der Bildung der

ÖVP-FPÖ-Koalition im Februar 2000 und der Übernahme des Verteidigungsministeriums durch Herbert Scheibner beantragte das Militärkommando Wien die Hebung der Soldatenfigur in der Krypta. Ziel war allerdings nicht, die Frage der NS-Botschaft zu klären, sondern »ossale Überreste österreichischer Soldaten, die im 1. und 2. Weltkrieg sowie im Zuge von Einsätzen des 1. und 2. Bundesheeres ums Leben gekommen sind, dort einzubringen.«²⁵⁰ Das Vorhaben wurde vom BMLV abgelehnt. Eine weniger makabre, sachlich jedoch gleich

gelagerte Konstruktion einer postmortalen militärischen Aufopferungsgemeinschaft über alle politischen Systembrüche hinweg realisierte das Verteidigungsministerium im Jahr 2002 im Rahmen einer Renovierung der Krypta. Unter der Federführung des für die Traditionspflege zuständigen Referenten Oberst Hubert Zeinar und des Militärvikariats wurde rechts von Frass' Soldatenfigur eine Gedenktafel für die »IM DIENST UND EINSATZ VERUNGLÜCKTEN, VERSTORBENEN UND GEFALLENEN SOLDATEN« angebracht.²⁵¹ Um die Einheit des Gedenkens an k. u. k. Soldaten, Wehrmachtssoldaten und Bundesheersoldaten der Ersten und Zweiten Republik im Geiste von 1955 noch einmal zu unterstreichen, wurde in das Eingangsportale der Krypta die monumentale Inschrift »IN ERFÜLLUNG IHRES AUFTRAGES LIESSEN SIE IHR LEBEN« in goldenen Lettern eingraviert. Damit wurde eine Idee realisiert, die Wilhelm Frass der Burghauptmannschaft bereits im Jahr 1948 vorgeschlagen hatte.

Zusammenfassung

Die Geschichte des Heldendenkmals zwischen 1945 und Ende der 1990er Jahre verlief in vier Phasen. In der *ersten* Phase der Wiederaneignung durch zivilgesellschaftliche Gruppen kam es zu einer Auseinandersetzung um die politische Hegemonie in der Veteranengesellschaft. Von Beginn an war sie daher von exklusiver Maskulinität strukturiert. Frauen kamen weder als Akteurinnen noch als Erinnerter vor. Das erste »Heldengedenken« 1950 in der Krypta des Heldendenkmals wurde von rechtsextremen Organisationen geprägt, die zum Teil der ÖVP, zum Teil dem VdU angehörten bzw. nahestanden. Ähnlich wie im Sektor des Widerstands kam es zu einem Wettlauf des Erinnerns, in dem das Sterben von Wehrmachtssoldaten im Zweiten Weltkrieg zunehmend als willentliche und sinnvolle Pflichterfüllung stilisiert wurde und die Opferzuschreibung der Unabhängigkeitserklärung verblasste. Während der Sektor der antifaschistischen und antinazistischen Erinnerung unter den Bedingungen des Kalten Kriegs zersplitterte, konnte sich der ÖKB im Sektor der soldatischen Erinnerung mithilfe der ÖVP und des Innenministeriums als Dachorganisation durchsetzen und ein sektoriales Narrativ soldatischer Aufopferung etablieren. Der

Versuch der SPÖ, das Äußere Burgtor in ein inklusives Denkmal für die »Toten Österreichs« umzuwandeln, scheiterte vor der Unterzeichnung des Staatsvertrags im Mai 1955. Die *zweite* Phase bis 1965 stand im Zeichen der wiedererlangten Souveränität und der Aufstellung des Bundesheeres durch ehemalige hochrangige Offiziere der Wehrmacht. Bei Soldatentreffen und Heldengedenkfeiern u. a. am Heldendenkmal wurde in Bezug auf den Zweiten Weltkrieg eine zum Teil wehrmachtsapologetische Erinnerungspraxis gepflegt, die von ÖVP-Regierungspolitikern, vor allem den Verteidigungsministern Graf, Schleiner und Prader sowie höchsten Repräsentanten des Bundesheeres mitgetragen und legitimiert wurde. Dabei kam es zu einer »Austrifizierung« ehemals großdeutscher Wehrmachtssoldaten, die nicht nur deren gesellschaftliche Integration beförderte, sondern auch die fortgesetzte Gültigkeit zentraler Werte der Wehrmacht wie unbedingter Gehorsam, absolute Kameradschaft, Stolz auf Waffentaten und als oberstes Gebot bedingungslose Pflichterfüllung einforderte. So wurde in der Demokratie möglich, was Adorno zeitgenössisch als fehlenden Bruch der Identifikation mit der NS-Herrschaft charakterisierte. Was Hannah Arendt als »spezifisch deutsch« erschien, die Idealisierung des Gehorsams, konnte in der österreichischen Nationsbildung aktualisiert werden, gerade weil sie unter dem Gebot der Separation von Deutschland stand.²⁵² Der Prozess der Transformation von rechtsextremen Positionen zu Positionen der politischen Mitte, wie er bis 1955 politisch gesteuert in der Gesellschaft zu beobachten war, fand nun nach Abschluss des Staatsvertrags und der Wiedererlangung voller staatlicher Souveränität auf offener Bühne durch Akteure der Regierung statt, vor allem durch ÖVP-Politiker wie Graf, Maleta und Gorbach, die selbst zu den Verfolgten des NS-Regimes gehört hatten. Gegen die dadurch ermöglichte staatlich legitimierte Heroisierung des Wehrmachtsdiensts protestierten Widerstandsverbände aller Couleur – sie drängten auf die Würdigung der »wahren« Helden für Österreich, die in den Konzentrationslagern umgekommen waren. Ende der 1950er Jahre standen sich in der Gesellschaft zwei recht homogene sektionale Narrative gegenüber, die organisatorisch ungleich stark waren. 1958 beschloss die Koalitionsregierung, die zivilen »Opfer im Kampfe für Österreichs Freiheit« in das Heldendenkmal zu integrieren, ohne den mehr als 200.000 Mitglieder zäh-

lenden ÖKB einzuschränken. Die Konflikte um die Interpretation des richtigen Verhaltens während der NS-Herrschaft eskalierten in den frühen 1960er Jahren in einem Ausmaß, das eine Intervention der Bundesregierung erforderte. Das Narrativ des Freiheitskampfes wurde im Heldendenkmal durch die Einrichtung des Weiheraums verstärkt, die Veteranenorganisationen wurden diszipliniert, die Konflikte um das Ehrregime und die unterschiedlichen Hierarchien der Würdigung aber nicht beigelegt. Letzteres wurde bei der Zeremonie am ersten Nationalfeiertag, dem 26. Oktober 1965, deutlich: Die ÖVP-SPÖ-Regierung konnte sich auf eine gemeinsame Kranzniederlegung nur im Weiheraum einigen – die Krypta blieb außen vor.

Die *dritte* Phase kann als Ausbildung eines nationalen sakrifiziellen Ehrregimes begriffen werden, dem die ÖVP zu Beginn ihrer Alleinregierung das Ideal einer nationalen »Aufopferungsgemeinschaft« zu Grunde legte. Diese für das österreichische Gedächtnis formative Phase begann mit einem entsprechenden Plädoyer von Nationalratspräsident Maleta am 26. Oktober 1965 und einer Änderung des Rituals am Nationalfeiertag im Jahr 1966. Bundeskanzler Klaus legte zur paritätischen Ehrung der Aufopferungsleistungen der Widerstandskämpfer und der Soldaten sowohl im Weiheraum als auch in der Krypta Kränze nieder. Das nationale Ehrregime am Heldendenkmal war von spezifischen Dimensionen des Vergessens gekennzeichnet – neben der Dethematisierung parteipolitischer Differenzen über den Austrofaschismus und dem Versagen der militärischen Pflichterfüllung im Jahr 1938 ist vor allem die Verdrängung der Opfer der antisemitischen und rassistischen Verfolgung zu nennen. Letzteres ging einher mit der Dethematisierung der Beteiligung von Österreichern an den Kriegsverbrechen der Wehrmacht. Im Widerstandsnarrativ wurden die österreichischen Wehrmachtssoldaten viktimisiert, indem analog zur Opfertheorie der Unabhängigkeitserklärung der Zwang ihres Dienstes in einer »fremden« Armee betont wurde, was eine pauschale Exkulpierung begünstigte. Im Pflichterfüllungsnarrativ wurden sie pauschal für ihre »Anständigkeit« und Bereitschaft zur Aufopferung gewürdigt – auch hier kam die Frage nach Mitverantwortung nicht auf.

Diese dritte Phase ist durch ein Abflauen von Erinnerungskonflikten und der Entstehung koexistierender

Erinnerungskulturen gekennzeichnet, die durch beidseitige Anerkennung seitens der Regierungen verklammert wurden. Das Heldendenkmal stand ab dieser Phase in allen räumlichen Dimensionen (Ehrenhalle, Krypta, Weiheraum) in der Obhut des Bundesheeres. Die Analyse der Zugänglichkeit und der Rituale erbrachte das Ergebnis einer gravierenden Minderbeachtung des Weiheraums: Das ursprüngliche Konzept sah zusätzliche Ausstellungsräume vor, die nie realisiert wurden. Der Raum wurde nicht zum Sprechen gebracht. Er blieb im Unterschied zur Krypta atmosphärisch kalt, unpersönlich und unzugänglich. Während zu Allerseelen in der Krypta der oberste anwesende Rang (meist der Generaltruppeninspektor) den Kranz niederlegte, wurde diese Aufgabe im Weiheraum nur vom Wiener Militärkommandanten ausgeführt. Während in der Krypta Ende der 1970er Jahre die Totenbücher mit den Namen der Gefallenen des Zweiten Weltkrieges (inklusive von SS-Angehörigen) aufgelegt wurden, waren die Namen der getöteten Regimegegner im Weiheraum nie präsent. Hinweise auf die nazistische Botschaft des Bildhauers Wilhelm Frass unter der Soldatenskulptur in der Krypta wurden konsequent ignoriert. Während der Weiheraum unter diesen Bedingungen für die Widerstandsverbände kaum Bedeutung entwickelte, blieb die Krypta ein Ort des Heldengedenkens für den ÖKB, Kriegsofperverbände und rechtsextreme Organisationen. Die später kritisierte Ehrpraxis durch deutschnationale Burschenschaften ab 1996 in und vor der Krypta war nichts Neues.

Der Beginn einer *vierten* Phase kann mit dem Gedenkjahr 1988 angesetzt werden, als die Bundesregierung das 1968 eingestellte Ritual, am 11. März, dem Jahrestag der »Okkupation«, im Weiheraum einen Kranz niederzulegen, wiederaufnahm und erstmals dasselbe auch in der Krypta für die gefallenen Soldaten tat. Dies kann als Reaktion auf die internationale Kritik an Waldheim gesehen werden, als Teil eines Trends, die österreichischen Wehrmachtssoldaten wieder stärker als Opfer dazustellen und damit die Hinwendung zu den bislang »vergessenen« Opfern der antisemitischen und rassistischen Verfolgung auszutarieren. Zur Tradition wurde diese Zeremonie nicht. In diesem Moment scheint das Antiquiertwerden des nationalen Ehrregimes und des Heldendenkmals angesichts der sich verändernden globalen Erinnerungskultur für den Holocaust mit

den Menschenrechten als ideellem Kompass auf. Zugleich jedoch war eine Resilienz des Heldendenkmals mit Rückbrüchen in die 1950er Jahre festzustellen, etwa bei der Renovierung der Krypta im Jahr 2002. Das Heldendenkmal zeigt nun die Kluft zwischen »alter« und »neuer« Erinnerungskultur. Das sakrifizielle Ehrregime, das auch soldatische Leistungen im Kontext diktatorischer und rassistischer Herrschaftsordnungen ehrte, wurde fragwürdig.

Konfliktvermeidung prägte die staatliche Geschichtspolitik am Heldendenkmal seit 1955. Ein weiteres durchgängiges Kennzeichen aller vorgenommenen Veränderungen ist das äußerst geringe Maß an demokratischer Deliberation. Mit der Erlangung der Souveränität formulierten Regierungspolitiker den Anspruch, das Heldendenkmal als »nationales Denkmal«, als »Denkmal aller Österreicher« zu positionieren. Zu keinem Zeitpunkt jedoch befasste sich der Souverän, der Nationalrat, mit der Frage, wie dieses Bauwerk nach der austrofaschistischen Gründung und der massiven Nutzung durch das NS-Regime eine solche Funktion angesichts der historischen Erfahrungen während dieser Regime erfüllen kann. Veränderungen wurden entweder im Rahmen des Ministerrats oder innerhalb der zuständigen Ministerien ad hoc vor runden Jahrestagen beschlossen, informell ohne die Auslobung von künstlerischen Wettbewerben beauftragt und dann nicht selten als Provisorien ausgeführt. Der Versuch politischer Eliten, partikuläre gesellschaftliche Interessen durch sozialpartnerschaftliche Konfliktminimierung unter dem Primat gesamtgesellschaftlicher, patriotischer Orientierungen einzuebnen, wurde Ende der 1950er Jahre auch in die Erinnerungspolitik übertragen, allerdings mit stark abweichenden Ausprägungen: Statt Kooperation und Dialog zwischen den Kontrahenten gab es kaum direkte Interaktion – eine informelle Institutionalisierung wie im Kernbereich der Sozialpartnerschaft fehlte. Umso bedeutungsvoller war die Position der Regierungen. Ihnen oblagen die Überbrückung und Moderation von Gegensätzen ebenso wie die Disziplinierung. Auf einer theoretischen Ebene kann die Integration des Heldendenkmals in die Zweite Republik als ein politischer Prozess verstanden werden, der von den Institutionen der Exekutive geprägt war. Konkurrierende sektionale Narrative, die in der Gesellschaft artikuliert wurden, haben Regierungen dabei auf eine Weise über-

formt, dass sie den Anforderungen eines patriotischen Gedächtnisses genügten und der Nationsbildung nützten.²⁵³ Die Würdigung der Aufopferung der Bürger für Heimat und Vaterland als ein historisch und gegenwärtig brauchbarer Wert war das Resultat eines hegemonialen Prozesses, der andere Akteure und Aspekte der Geschichte, vor allem das Opferwerden von Menschen durch staatliche Gewalt, marginalisierte.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Jay Winter, *Sites of Memory and the Shadow of War*, in: Astrid Erll/Ansgar Nünning (Hg.), *A Companion to Cultural Memory Studies*, Berlin et al. 2010, 61–74, 70–71.
- 2 Der Beitrag beruht zum Teil auf Ergebnissen des vom Wiener Wissenschafts- und Technologiefonds (WWTF) und dem Nationalfonds der Republik Österreich für die Opfer des Nationalsozialismus geförderten Forschungsprojektes »Politics of Remembrance and the Transition of Public Spaces. A Political and Social Analysis of Vienna, 1995–2015«, siehe: URL: www.porem.wien (abgerufen 6.8.2020). Die Geschichte des Heldendenkmals bis 2015 wurde dabei in folgenden Texten thematisiert: Magnus Koch/Peter Pirker, *Entrümpelung postnazistischer Geschichtspolitik? Das Wiener Heldendenkmal und seine Transformation 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges*, in: *Jahrbuch für Politik und Geschichte* 7 (2016–19), 141–172; Peter Pirker/Magnus Koch/Johannes Kramer, *Contested Heroes, Contested Spaces: Politics of Remembrance at Vienna Heldenplatz/Ballhausplatz*, in: Jörg Echternkamp/Stephan Jaeger (Hg.), *Views of Violence. Representing the Second World War in Museums and Memorials*, New York 2019, 174–214; Peter Pirker/Johannes Kramer/Mathias Lichtenwagner, *Transnational Memory Spaces in the Making: WWII and Holocaust Remembrance in Vienna*, in: *International Journal of Politics, Culture and Society* 32 (2019), 439–458.
- 3 Zur Geschichte des Heldendenkmals vor 1945 siehe die Beiträge in diesem Band sowie: Ingeborg Pabst, *Das österreichische Heldendenkmal im äußeren Burgtor in Wien*, in: Michael Hütt (Hg.), *Unglücklich das Land, das Helden nötig hat: Leiden und Sterben in den Kriegerdenkmälern des 1. und 2. Weltkrieges*, Marburg 1990, 11–27; Barbara Feller, *Ein Ort patriotischen Gedenkens. Das österreichische Heldendenkmal im Burgtor in Wien*, in: Jan Tabor (Hg.), *Kunst und Diktatur. Architektur, Bildhauerei und Malerei in Österreich, Deutschland, Italien und der Sowjetunion 1922–1956*, Baden 1994, 142–147; Joachim Giller et al., *Wo sind sie geblieben? Kriegerdenkmäler und Gefallenenehrung in Österreich*, Wien 1992, 82–83; Friedrich Grassegger, *Denkmäler des autoritären Ständestaates. Repräsentationen staatlicher und nationaler Identität Österreichs 1934–1938*, in: Stefan Riesenfellner (Hg.), *Steinernes Bewusstsein I. Die öffentliche Repräsentation staatlicher und nationaler Identität Österreichs in seinen Denkmälern*, Wien et al. 1998, 495–547. Einen interessanten Vergleich mit dem

- Heldendenkmal für jüdische Soldaten des Ersten Weltkriegs am Zentralfriedhof bietet Tim Corbett, *Once »the only true Austrians«: Mobilising Jewish Memory of the First World War for Belonging in the New Austrian Nation, 1929–1930*, in: Edward Madigan/Gideon Reuveni (Hg.), *The Jewish Experience of the First World War*, London 2019, 255–276.
- 4 Heidemarie Uhl hat die Erweiterung des Heldendenkmals um die Gedenktafel für die Opfer des Freiheitskampfes (1959) bzw. um den Weiheraum für die Opfer des Freiheitskampfes (1965) mehrfach analysiert und eingeordnet, siehe etwa: *Erinnerung als Versöhnung. Zur Geschichtspolitik der Zweiten Republik*, in: *Zeitgeschichte* 23 (1996) 5/6, 146–160; *Denkmäler als Medien gesellschaftlicher Erinnerung. Die Denkmallandschaft der Zweiten Republik und die Transformationen des österreichischen Gedächtnisses*, in: Regina Fritz/Carola Sachse/Edgar Wolfrum (Hg.), *Nationen und ihre Selbstbilder. Postdiktatorische Gesellschaften in Europa*, Göttingen 2008, 62–89; *Vom »ersten Opfer« zum Land der unbewältigten Vergangenheit: Österreich im Kontext der Transformation des europäischen Gedächtnisses*, in: Volkhard Knigge et. al. (Hg.), *Arbeit am europäischen Gedächtnis. Diktaturerfahrung und Demokratieentwicklung*, Köln/Weimar/Wien 2011, 27–46; *Das Österreichische Heldendenkmal im Äußeren Burgtor der Wiener Hofburg. Ein Seismograf für den Wandel des österreichischen Gedächtnisses*, in: Renate Leggatt-Hofer/Reinhold Sahl (Hg.), *Die Wiener Hofburg. Sechs Jahrhunderte Machtzentrum in Europa*, Wien 2018, 244–245.
 - 5 Timothy G. Ashplant/Graham Dawson/Michael Roper, *The Politics of War Memory and Commemoration*, in: dies. (Hg.), *The Politics of War Memory and Commemoration*, London 2000, 3–85, 20.
 - 6 Vgl. Theodor W. Adorno, *Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit*, in: ders., *Eingriffe. Neun kritische Modelle*, Frankfurt am Main 1963, 125–146, 126.
 - 7 Vgl. Peter Reichel, *Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit*, Frankfurt am Main 1999, 200–202.
 - 8 Seit 1991 steht das Parteikürzel für Sozialdemokratische Partei Österreichs. In der Folge wird durchgehend von SozialdemokratInnen gesprochen, wenn von PolitikerInnen der SPÖ die Rede ist.
 - 9 Am 12. Mai 1945 marschierte das 2. Österreichische Bataillon in der jugoslawischen Armee aus Slowenien kommend über den Ring durch das Heldendenkmal auf den Heldenplatz. An eine Aneignung des Heldendenkmals, um dort gefallene Kämpfer und Tote des Widerstands zu ehren, war offenbar nicht gedacht. Wien begrüßt die österreichischen Freiheitskämpfer, »Neues Österreich«, 15.5.1945, 3; Friedl Fürnberg, *Österreichische Freiheitsbataillone – Österreichische Nation*, Wien 1975, 29; vgl. DÖW (Hg.), *Widerstand und Verfolgung in der Steiermark. ArbeiterInnenbewegung und PartisanInnen 1938–1945*, Graz 2019, 654–656.
 - 10 BHÖ, Archiv, Zl. 603/58, *Stellungnahme der Burghauptmannschaft*, 3.3.1958.
 - 11 BHÖ, Archiv, Zl.1622/63, *Entwurf Verwaltungsübereinkommen*, o. D. [1963].
 - 12 Vgl. BHÖ, Archiv, Zl. 2138/66, *Verwaltungsübereinkommen* [Dezember 1966].
 - 13 Vgl. Uhl, *Erinnerung als Versöhnung*, 158.
 - 14 Uhl, *Vom »ersten Opfer«*, 42.
 - 15 Vgl. v. a. Uhl, *Erinnerung als Versöhnung; Vom »ersten Opfer«*.
 - 16 Exemplarisch: Gerhard Botz, *Geschichte und kollektives Gedächtnis in der Zweiten Republik. »Opferthese«, »Lebenslüge« und »Geschichtstabu« in der Zeitgeschichtsschreibung*, in: Wolfgang Kos/Georg Rigele (Hg.), *Inventur 45/55. Österreich im ersten Jahrzehnt der Zweiten Republik*, Wien 1996, 51–86.
 - 17 Vgl. Aleida Assmann, *Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik*, München 2006, 73.
 - 18 Biljana Menkovic arbeitet die Aufopferungsseite des Opferbegriffs als zentrale Sinnstiftung von Kriegerdenkmälern seit der Französischen Revolution heraus. Biljana Menkovic, *Politische Gedenkkultur. Denkmäler – Die Visualisierung politischer Macht im öffentlichen Raum*, Wien 1999, 31–32.
 - 19 Vgl. Assmann, *Der lange Schatten*, 76.
 - 20 Svenja Goltermann, *Opfer. Die Wahrnehmung von Krieg und Gewalt in der Moderne*, Frankfurt am Main 2017, 182.
 - 21 Ebd., 177.
 - 22 Vgl. Manfred Hettling/Jörg Echternkamp, *Heroisierung und Opferstilisierung. Grundelemente des Gefallenengedenkens von 1813 bis heute*, in: dies. (Hg.), *Gefallenengedenken im globalen Vergleich. Nationale Tradition, politische Legitimation und Individualisierung der Erinnerung*, München 2013, 123–158, 124.
 - 23 Ernest Renan, *Was ist eine Nation? Vortrag an der Sorbonne, gehalten am 11. März 1882*, in: ders., *Was ist eine Nation? und andere politische Schriften*, Wien 1995, 57.
 - 24 Benedikt Anderson, *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines erfolgreichen Konzepts*, Frankfurt am Main 1988, 17.
 - 25 Vgl. Peter Pirker, *Subversion deutscher Herrschaft. Der britische Kriegsgeheimdienst SOE und Österreich*, Göttingen 2012, 213–221.
 - 26 Vgl. Rüdiger Overmans, *Deutsche militärische Verluste im Zweiten Weltkrieg*, München 2000, 219.
 - 27 Vgl. Protokoll der 2. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, 21.12.1945, 27, URL: www.parlament.gv.at (abgerufen 6.8.2020).
 - 28 Was will »Der Kamerad«, in: *Der Kamerad. Für die Kriegsverehrten Österreichs I (1950) I, 1*. Der Untertitel der Zeitschrift wurde noch 1950 auf »Ehre – Treue – Kameradschaft« geändert.
 - 29 Felix Römer, *Kameraden. Die Wehrmacht von innen*, München 2014, 117, 136; Richard Germann, »Österreichische Soldaten im deutschen Gleichschritt?«, in: Harald Welzer/Sönke Neitzel (Hg.), »Der Führer war wieder viel zu human, viel zu gefühlvoll«. *Der Zweite Weltkrieg aus der Sicht deutscher und italienischer Soldaten*, Frankfurt am Main 2011, 217–233; Thomas R. Grischany, *Austrians into German Soldiers: The Integrative Impact of Wehrmacht Service on Austrian Soldiers during World War II*, in: *Austrian History Yearbook* 38 (2007), 160–178. Christoph Allmayer-Beck, langjähriger Direktor des Heeresgeschichtlichen Museums, betonte die »hervorragende soldatische Leistung der Österreicher in der Deutschen Wehrmacht«. Christoph Allmayer-Beck, *Die Österreicher im Zweiten Weltkrieg*, in: *Unser Heer. 300 Jahre österreichisches Soldatentum in Krieg und Frieden*, Wien 1963, 342–375, 365.
 - 30 Vgl. Walter Manoschek/Günther Sandner, *Die Krieger als Opfer. Das Kriegsoferversorgungsgesetz (KOVG) in den Debat-*

- ten des österreichischen Minister- und Nationalrats und in österreichischen Printmedien, in: Hannes Heer et al. (Hg.), *Wie Geschichte gemacht wird. Zur Konstruktion von Erinnerungen an Wehrmacht und Zweiten Weltkrieg*, Wien 2003, 109–144, 115.
- 31 Vgl. Brigitte Bailer, *Wiedergutmachung kein Thema. Österreich und die Opfer des Nationalsozialismus*, Wien 1993, 25.
- 32 Siehe dazu Robert Knight (Hg.), »Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen«. Die Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945 bis 1952 über die Entschädigung der Juden, Wien 1988.
- 33 Vgl. Günter Bischof, *Die Instrumentalisierung der Moskauer Erklärung nach dem 2. Weltkrieg*, in: *Zeitgeschichte* 20 (1993) 10/11, 345–366.
- 34 Es handelt sich um folgende Erinnerungszeichen: Denkmal für Leopold Pill und Adolf Schmutzer sowie 39 Bombenopfer (Straßenbahn-Betriebsbahnhof Gürtel, 1190 Währinger Gürtel 131, Errichtungsjahr 1946), Gedenktafel Priester, Kleriker und Laien als Opfer der beiden Weltkriege mit NS-Opfern (Stephansdom, 1010 Stephansplatz 3, 1960), Gedenktafel für gefallene und verfolgte Angehörige der Justiz (Justizpalast, 1010 Schmerlingplatz 10-11, 1965), Gedenkstein für Opfer 1938–1945 aus Favoriten (Fabrik Felten & Guillaume, 1100 Urselbrunnengasse, 1948; Sgraffito am Lois Weinberger Hof (1140 Felbigergasse 115, 1965), Mosaikwandbild Befreiung Österreichs (Gemeindebau Simonygasse, 1180 Simonygasse 2B, 1950).
- 35 Denkmal Unseren Toten Freunden 1934–1945 (Gaswerk Leopoldau, 1210 Pfendlergasse 1, 1951), Denkmal Unsterbliche Opfer 1934–1945 (Betriebsbahnhof der Straßenbahn, 1120 Koppreitergasse 5, 1949), Gedenktafel Unseren Opfern 1934–1945 (Gemeindebau Kennergasse, 1100 Kennergasse 10, 1950). Zu Zahlen und Methoden der Erhebung siehe Peter Pirker/Philipp Rode/Mathias Lichtenwagner, *From palimpsest to memoir: Exploring urban memorial landscapes of political violence*, in: *Political Geography* 74 (October 2019), 102057.
- 36 Vgl. die Karte mit den entsprechenden Filtern, URL: <https://www.univie.ac.at/porem/maps/#RememberingAndForgetting/13/1820070,6144992/Nazism%20%E2%86%92%20Takeover/Antifascism%20and%20its%20Contestation> (abgerufen 6.8.2020).
- 37 Vgl. die Karte mit den entsprechenden Filtern: URL: <https://www.univie.ac.at/porem/maps/#SocialIdentity/13/1825469,6136755/all/Antifascism%20and%20its%20Contestation> (abgerufen 6.8.2020).
- 38 Gedenktafel für neun Jüdinnen und Juden, die in der Förstergasse kurz vor Kriegsende ermordet wurden (Stifter: KZ-Verband). Vgl. Heidemarie Uhl, *From the Periphery to the Center of Memory: Holocaust Memorials in Vienna*, in: *Dapim. Studies on the Holocaust* 30 (2016) 2, 221–242, URL: <http://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/23256249.2016.1257217> (abgerufen 6.8.2020).
- 39 Vgl. Berichte der *Arbeiter-Zeitung* zum Totengedenken anlässlich des Allerseeletages zwischen 1945 und 1955, URL: www.arbeiter-zeitung.at (abgerufen 6.8.2020).
- 40 Vgl. Uhl, *Denkmäler*; Pirker/Rode/Lichtenwagner, *From palimpsest*.
- 41 Vgl. Katalog zur antifaschistischen Ausstellung »Niemals Vergessen!«, Wien 1946; Ina Markova, *Die NS-Zeit im Bildgedächtnis der Zweiten Republik*, Innsbruck/Wien/Bozen 2018, 49–53, 79.
- 42 Vgl. Heidrun-Ulrike Wenzel, *Vergessen? Niemals! Die antifaschistische Ausstellung im Wiener Künstlerhaus 1946*, Wien 2018, 201.
- 43 Vgl. DÖW (Hg.), *Gedenken und Mahnen in Wien 1934–1945. Gedenkstätten zu Widerstand und Verfolgung, Exil, Befreiung. Eine Dokumentation*, Wien 1998, 18.
- 44 Kurze Beschreibungen und Fotos der Erinnerungszeichen finden sich in der Karte der Erinnerung, URL: <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Erinnern> (abgerufen 6.8.2020); siehe auch: DÖW (Hg.), *Gedenken und Mahnen in Wien 1934–1945*.
- 45 Vgl. Karl Klambauer, *Österreichische Gedenkkultur zu Widerstand und Krieg. Denkmäler und Gedächtnisorte in Wien*, Innsbruck/Wien/Bozen 2006, 26–57.
- 46 Vgl. Knight, *Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen*, 47.
- 47 Vgl. *Wien gedenkt der gefallenen Befreier*, »Neues Österreich«, 13.4.1948, 2.
- 48 Vgl. Selbstporträt eines »Demokraten von heute« im »VB«, »Österreichische Zeitung«, 1.2.1946, 2.
- 49 Vgl. »Neues Wiener Tagblatt«, 13.5.1945, 2.
- 50 Vgl. BHÖ, Archiv, Zl. 67/61, Bericht der Burghauptmannschaft an des BMHuW [1952].
- 51 Vgl. BHÖ, Archiv, Zl. 3169/47 – Ha/Fü, BHÖ an BMHuW, Heldendenkmal, Bezahlung der Verwaltungskosten, 17.12.1947; BHÖ, Archiv, Zl. 1040/62, BHÖ an BMHuW, Österreichisches Heldendenkmal: Antrag auf Übernahme in die militärische Verwaltung und Obhut, 30.4.1962.
- 52 BHÖ, Archiv, Schreiben von Lorenz Buchgraber u. a. an die Burghauptmannschaft, 9.9.1950.
- 53 BHÖ, Archiv, Leserbrief von Lorenz Buchgraber, o. D., Beilage zum Schreiben von Lorenz Buchgraber u. a. an die Burghauptmannschaft, 9.9.1950.
- 54 Siehe die jährliche Berichterstattung in der *Arbeiter-Zeitung*.
- 55 Sammlung von Kriegerdenkmälern auf der Homepage URL: www.kriegerdenkmal.co.at (abgerufen 6.8.2020) und bei Gerhard Kapner, *Freiplastik in Wien*, Wien 1970.
- 56 Vgl. Matthew P. Berg, *Challenging Political Culture in Postwar Austria: Veterans' Associations, Identity, and the Problem of Contemporary History*, in: *Central European History* 30 (1997) 4, 513–544, 526.
- 57 BHÖ, Archiv, Zl. 1846/9, Schreiben Wilhelm Frass an die Burghauptmannschaft, 16.11.1948.
- 58 BHÖ, Archiv, Zl. 9891/48, Schreiben Bundesdenkmalamt an Burghauptmannschaft, 26.11.1948.
- 59 Zit. n. Katharina Schmidt, »Heil Hitler! Wilhelm Frass«, »Wiener Zeitung«, 2.11.2012.
- 60 BHÖ, Archiv, Zl. 2446/9, Schreiben Josef Müssiggang an die Burghauptmannschaft, 30.10.1950. Die österreichische Soldatenfront war ein Zusammenschluss des Reichskameradschaftsbundes mit dem Kriegerbund und der österreichischen Soldatenfront und wurde 1935 der Vaterländischen Front eingegliedert, siehe Florian Wenninger, *Dimensionen organisierter Gewalt. Zum militärhistorischen Forschungsstand über die österreichische Zwischenkriegszeit*, in: Florian Wenninger/Lucile Dreidemy (Hg.), *Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933–*

1938. Vermessung eines Forschungsfeldes, Wien 2013, 493–577, 525.
- 61 Vgl. Erste Heldengedenkfeier, Der Kamerad 1 (1950) 6, 3. Der Untertitel der Zeitschrift wurde noch 1950 auf *Ehre – Treue – Kameradschaft* geändert. Die Zeitschrift existierte mit weiteren Änderungen des Untertitels bis 1956.
- 62 Borth gründete später die rechtsextreme Legion Europa mit Verbindungen in den Südtirol-Terrorismus, siehe: Thomas Riegler, »Werwölfe«, Geheimbündler und Südtirol-»Bumser«: Die Anfänge des Rechtsterrorismus in Österreich, in: JIPSS 10 (2016) 2, 81–118, 97–98.
- 63 Vgl. Margit Reiter, Die Ehemaligen. Der Nationalsozialismus und die Anfänge der FPÖ, Göttingen 2019, 154–155.
- 64 Rede des Abg. Dr. Strachwitz, 68. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, 7.12.1951, URL: www.parlament.gv.at (abgerufen 6.8.2020). Vgl. Reiter, Die Ehemaligen, 155.
- 65 Vgl. ebd., 97, 154–155.
- 66 Vgl. ebd., 147–148.
- 67 BHÖ, Archiv, Zl. 1815/9, Schreiben ÖKB an die Burghauptmannschaft, 22.9.1951.
- 68 BHÖ, Archiv, Schreiben ÖVP an BMfHuW, 12.11.1951.
- 69 Vgl. TNA, FO 371/109384, CA 1561/1, Ex-Service Men's Associations in Austria, Sir H. Caccia to Mr. Eden, 25.1.1954; TNA FO 371/109384, CA 1561/2, Ex-Servicemen's Organisations in Austria. Der parteipolitische Konnex blieb in der bis dato besten Darstellung zu den Veteranenverbänden der 1950er Jahre und ihrem Einfluss auf die politische Kultur unterbelichtet, Berg, Challenging Political Culture.
- 70 Vgl. BHÖ, Archiv, Zl. 1986/9, Schreiben VdU an die Burghauptmannschaft, 18.10.1951; vgl. Reiter, Die Ehemaligen, 136.
- 71 Vgl. Bericht der APA, 8.4.1956; weiters Reiter, Die Ehemaligen, 150; Lisa Rettl/Peter Pirker, »Ich war mit Freuden dabei«. Der KZ-Arzt Sigbert Ramsauer. Eine österreichische Geschichte, Wien 2010, 282.
- 72 Vgl. TNA, FO 371/109384, CA 1561/2, Übersetzung eines Erlasses der Sicherheitsdirektion des Innenministeriums, 23.9.1952.
- 73 TNA, FO 371/109384, CA 1561/2, Letter from G. A. Wallinger to Geoffrey Harrison, 20.2.1954.
- 74 Ehrenrettung des Soldaten, Sonntagspost, 30.11.1953, 8–9; vgl. Heimo Halbrainer, Terror und Erinnerung. Der Umgang mit der Militärjustiz in der Steiermark nach 1945, in: Peter Pirker/Florian Wenninger (Hg.), Wehrmachtsjustiz. Kontext, Praxis, Nachwirkungen, Wien 2011, 292–304, 295; Uhl, Erinnerung als Versöhnung, 153.
- 75 Vgl. insgesamt zur Normalisierung von zunächst als rechtsextrem betrachteten politischen Positionen: Matthias Falter, Reclaiming the political centre after National Socialism: the discursive repositioning of the far right in Austrian (party) politics, 1949–60, in: Parliaments, Estates & Representation 38 (2018) 1, 88–103.
- 76 Vgl. BHÖ, Archiv, Zl. 1779/53, Schreiben ÖKB an die Burghauptmannschaft, 25.9.1953.
- 77 Vgl. »Der neue Mahnruf« 7 (1954) 10, 1–2.
- 78 BHÖ, Archiv, Polizeidirektion Wien, Zl. I-251-Va/5-VB/54, »Österreichischer Kameradschaftsbund«, Untersagung einer Kundgebung unter freiem Himmel am 7.11.1954 in Wien 1., Heldenplatz mit geschlossenem Zu- und Abmarsch, 3.11.1954.
- 79 Vgl. Rede des Abg. Honner, 54. Sitzung des Nationalrates, VII. GP, 3.12.1954, URL: www.parlament.gv.at (abgerufen 6.8.2020).
- 80 Vgl. Berg, Challenging Political Culture, 533–534.
- 81 Eine Kundgebung beim Heldendenkmal verboten, »Arbeiter-Zeitung«, 3.11.1954, 1.
- 82 Vgl. Richard Hufschmied, Der 20. Juli 1944 in Wien und Fallbeispiele der Widerstandsrezeption in der Zweiten Republik, in: Heeresgeschichtliches Museum (Hg.), Zeitenwende 1944, Wien 2015, 213–236, 228–229.
- 83 Rede des Abg. Gorbach, 54. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, VII. GP, 3.12.1954, URL: www.parlament.gv.at (abgerufen 6.8.2020).
- 84 Ebd. Auch in den Bundesländern forderten ÖVP-Spitzenpolitiker ein Ende der »Unversöhnlichkeit« zwischen ehemaligen »Anhängern« und »Gegnern«, »Frontsoldaten und »Widerstandskämpfern«, Uhl, Erinnerung als Versöhnung, 154.
- 85 Davon berichtet Josef Hindels, Erinnerungen eines linken Sozialisten, Wien 1996, 116.
- 86 Vgl. Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundeskanzleramt (BKA), Gz 2001-PrM/55, Einrichtung eines Ehrendenkmales, 22.3.1955.
- 87 Die genaue Stelle der geplanten Aufstellung ist nicht angeführt. Anzunehmen ist, dass es sich um den Treppenaufgang auf der Heldenplatzseite des Burgtors handelte.
- 88 ÖStA, AdR, BKA, 2069 PrM/55, Beschlussprotokoll Nr. 85 über die Sitzung des Ministerrates am 22.3.1955.
- 89 Vgl. BHÖ, Archiv, Zl. 622/55-V/He, Schreiben Polizeikommissariat Innere Stadt, Erinnerungsstätte 1955 im Heldendenkmal, 25.3.1955.
- 90 Siehe Gerald Stourzh, Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945–1955, Wien 1998, Kap. V.
- 91 Plakat des Österreichischen Kameradschaftsbundes, Aufruf zur Gedächtnisfeier für die Toten und Opfer beider Weltkriege auf dem Heldenplatz, 6. November 1955. (ÖNB, Bildarchiv, Inv.-Nr. PLA16550310).
- 92 Ebd.
- 93 Ebd.
- 94 Vgl. Pirker, Subversion deutscher Herrschaft, 464–465; Christian Neissl, Die Wehrpolitik der Sozialdemokratie im Spiegel ihrer Parteiprogramme von 1945 bis zum Ende des Kalten Krieges, Diplomarbeit, Universität Wien, Wien 2008, 44.
- 95 Vgl. Bericht der APA, 2.11.1955.
- 96 Bericht der APA, 6.11.1955.
- 97 Ebd.
- 98 Dem Autor liegt nur die Transkription der APA vor.
- 99 Vgl. Bastian Matteo Scianna, Rebuilding an Austrian Army: The Bundesheer's Founding Generation and the Wehrmacht Past, 1955–1970, in: War in History 26 (2019) 1, 105–123, 107.
- 100 Vgl. Mark Mazower, Hitlers Imperium. Europa unter der Herrschaft des Nationalsozialismus, München 2009, 477; Peter Barthou, Der »Oberstenparagraf«. Der Umgang mit Obersten und Generalen der Wehrmacht im Österreichischen Bundesheer, Wien 2008, 129–132.

- 101 Vgl. Barthou, Der Oberstenparagraph, 204.
- 102 Vgl. Scianna, Rebuilding, 120.
- 103 Vgl. Hubertus Trauttenberg/Gerhard Vogl, Traditionspflege im Spannungsfeld der Zeitgeschichte, in: Österreichische Militärische Zeitschrift XLV (2007) 4, 407–418, 411.
- 104 Vgl. dazu John Zimmermann, Zwischen Reformern und Traditionalisten? Aushandlungsprozesse zum Traditionsverständnis in der Bundeswehr, in: Heiner Möller/Rudolf J. Schlaffer (Hg.), Sonderfall Bundeswehr? Streitkräfte in nationalen Perspektiven und im internationalen Vergleich, München 2014, 295–310, 306; Trauttenberg/Vogl, Traditionspflege, 409–410.
- 105 Vgl. Karl Semlitsch, »... einen selbstständigen Kämpfer für die Demokratie formen«, in: Peter Pirker, 30 Jahre Milizverband Österreich. Beiträge zu einem Kulturwandel in der Landesverteidigung, Linz 2011, 145–159, 159.
- 106 Viele Beispiele dafür finden sich in Walter Hacker (Hg.), Warnung an Österreich. Neonazismus: Die Vergangenheit bedroht die Zukunft, Wien 1966. Dieser mit der Wiedererlangung der Souveränität durch den Staatsvertrag verbundene Rückbruch trat auch in anderen Politikbereichen in Erscheinung, etwa in der Minderheitenpolitik, vgl. Robert Knight, Politik der Assimilation. Österreich und die Kärntner Slowenen nach der NS-Herrschaft, Wien 2020 (engl.: Slavs in Post-Nazi Austria: Carinthian Slovenes and the Politics of Assimilation, 1945–1960, London 2017).
- 107 Vgl. Walter Fanta/Valentin Sima, »Stehst mitten drin im Land«. Das europäische Kameradentreffen auf dem Kärntner Ulrichsberg von den Anfängen bis heute, Klagenfurt/Celovec 2003; Uhl, Erinnerung als Versöhnung, 155–157.
- 108 Vgl. BHÖ, Archiv, Zl. 2378/9, Schreiben BMHuW an die Burghauptmannschaft, 26.10.1959, Beilage 2.
- 109 Mitteilungsblatt des ÖKB, Landesverband Wien – Kameradschaft Heldendenkmal 5 (1973) 1. Bei den meisten rechtsextremen Gruppierungen der ersten Nachkriegsjahre handelte es sich um Wiedergründungen von Verbänden, die in der Ersten Republik Träger des Deutschnationalismus und ab Beginn der 1930er Jahre des Nationalsozialismus gewesen waren. Brigitte Bailer/Wolfgang Neugebauer, Abriss der Entwicklung des Rechtsextremismus in Österreich, in: DÖW (Hg.), Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, Wien 1994, 97–102, 98.
- 110 Vgl. Vierzig Jahre Heldendenkmal!!!!, in: Mitteilungsblatt des ÖKB, Landesverband Wien – Kameradschaft Heldendenkmal 6 (1974) 4. Zur Kameradschaft Heldendenkmal vgl. den Beitrag von Richard Hufschmied in diesem Band.
- 111 Vgl. Johannes Breit, Frontkämpfervereinigung Deutsch-Österreichs, in: Wolfgang Benz/Brigitte Mihok (Hg.), Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Bd. 5, Berlin 2012, 268–270.
- 112 Die Kameradschaft Babenberg war eine der aktivsten paramilitärischen Gruppen des Neonazismus in den 1970er Jahren. DÖW (Hg.), Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus.
- 113 Mitteilungsblatt des ÖKB, Landesverband Wien – Kameradschaft Heldendenkmal 5 (1973) 2.
- 114 Bericht der APA, 8.11.1964.
- 115 Vgl. Scianna, Rebuilding, 121.
- 116 Krakau von unsern Truppen genommen, »Neues Wiener Tagblatt«, 7.9.1939, 1; Antony Beevor, Der Zweite Weltkrieg, München 2016, 45, 51.
- 117 Zeitalter der Deserteure zu Ende!, »Die Neue Front«, 26.1.1957, 6, zit. n. Reiter, Die Ehemaligen, 257.
- 118 Schärf soll ernsthaft erwogen haben, Lothar Rendulic als Kandidaten für die Position des Generaltruppeninspektors ins Spiel zu bringen. Barthou, Der Oberstenparagraf, 185.
- 119 Zit. n. Peter Malina, Nach dem Krieg, in: DÖW (Hg.), Österreicher und der Zweite Weltkrieg, Wien 1989, 145–169, 164.
- 120 Vgl. ÖStA, AdR, BKA, 1804 Pr.1a/58, 1868 Pr. 1a/58, 2024 Pr. 1a/58, 9504 Pr.1a/59, Errichtung eines gesamtösterreichischen Denkmals für die Opfer des Freiheitskampfes. Vgl. zur Entstehung der Gedenktafel nach einem Streit über eine Gedenktafel für den Widerstandskämpfer Franz Mair in Innsbruck: Uhl, Denkmäler, 76–78; Horst Schreiber, Gedächtnislandschaft Tirol. Zeichen der Erinnerung an Widerstand, Verfolgung und Befreiung 1938–1945, Innsbruck 2019, 175–176.
- 121 Vgl. Gedenktafel für Österreichs Helden, »Der neue Mahnruf« 11 (1958) 3, 1.
- 122 ÖStA, AdR, BKA, 2024 Pr. 1a/58, Schreiben Paul Wittas an den Bundeskanzler, 26.2.1958. Tatsächlich verwendete die Tagespresse während der NS-Herrschaft sowohl die Bezeichnung Ehrenmal als auch Heldendenkmal.
- 123 BHÖ, Archiv, Zl. 603/9, Schreiben Wittas an Landeskonservator, 27.2.1958.
- 124 BHÖ, Archiv, Zl. 603/58 – V/Ei, Schreiben Frass an die Burghauptmannschaft, 9.3.1958.
- 125 Vgl. BHÖ, Archiv, Zl. 603/58 – V/Ei, Hs. Anmerkungen von Neumann zur Besprechung mit Frass, 10.4.1958.
- 126 ÖStA, BKA, Gz 2101 Pr.1a/58, Gedächtnisprotokoll, 10.3.1958.
- 127 Zu Meznik siehe: Peter Pirker, Broker des Antikommunismus. G. E. R Gedye und Radio Free Europe in Österreich, in: Zeitgeschichte 43 (2016) 6, 379–394.
- 128 Unter ihnen befanden sich der Direktor der Staatsdruckerei Franz Sobek, der Historiker Felix Romanik, der Ministerialbeamte und ehemalige Wehrmachtsdeserteur Wilhelm Grimburg, der Zentralsekretär der Gewerkschaft der Privatgestellten Josef Hindels und etwas später auch der Journalist Walter Hacker, der im Exil für den britischen Kriegsgeheimdienst SOE gearbeitet hatte.
- 129 ÖStA, BKA, 3806 Pr.1a/58, Schreiben Österreichische Widerstandsbewegung an Bundeskanzleramt, 29.4.1958.
- 130 Gedanken am Burgtor, »Der Freiheitskämpfer« 7/8 (1959), 5.
- 131 ÖStA, BKA, Zl. 1773 Pr. 1a/59, Errichtung eines gesamtösterreichischen Denkmals für die Opfer des Freiheitskampfes.
- 132 Österreich ehrt seine treuesten Söhne, »Arbeiter-Zeitung«, 17.7.1959, 1.
- 133 Vgl. ÖStA, BKA, Zl. 1773 Pr. 1a/59; »Der Freiheitskämpfer« 7/8 (1959) 5.
- 134 Vgl. URL: https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Otto_R%C3%B6sch (abgerufen 6.8.2020).
- 135 Bericht der APA, 2.11.1959.
- 136 Kranzniederlegung Heldendenkmal, APA, 10.3.1966. In der Meldung wird auf diese Tradition verwiesen. Von 1966 bis 1968 erfolgte die Kranzniederlegung im 1965 eingerichteten

- Weiheraum, nach einer 20-jährigen Pause fand erstmals 1988 wieder eine Kranzniederlegung aus Anlass des »Anschluss«-Gedenkens statt.
- 137 BHÖ, Archiv, Zl. 1040/62, Schreiben BHÖ an BMHuW, 30.4.1962.
- 138 BHÖ, Archiv, Zl. 57.611 -I/1-1960, Schreiben BMHuW an die Burghauptmannschaft, 15.9.1960.
- 139 Vgl. BHÖ, Archiv, Zl. 2378/59, Schreiben BMHuW an die Burghauptmannschaft, 28.10.1959.
- 140 Vgl. BHÖ, Archiv, Zl. 419.102-3/IV/60, Schreiben BMLV an Buchdruck Paul Gerin, 2.1.1961. Ob die Broschüre gedruckt wurde ist unklar – in der Nationalbibliothek konnte kein Exemplar eruiert werden.
- 141 BHÖ, Archiv, Zl. 1040/62 – P/Bk, Schreiben BHÖ an BMHuW, 30.4.1962.
- 142 Vgl. BHÖ, Archiv, Zl. 1622/63, Entwurf Verwaltungseinkommen [1963].
- 143 BHÖ, Archiv, Zl. 2680/58, Schreiben Lieber Herr Oberst!, 26.10.1964.
- 144 Vgl. »Arbeiter-Zeitung«, 16.10.1959, 1; »Der neue Mahnruf«, 12 (1959), 1–2; Reiter, Die Ehemaligen, 277–278.
- 145 Vgl. Hacker, Warnung an Österreich; DÖW (Hg.), Nach 20 Jahren. Helden wieder modern?, Wien 1965; Brigitte Bailer et al., Herbert Steiner und die Gründung des DÖW, in: DÖW (Hg.), Opferschicksale. Widerstand und Verfolgung im Nationalsozialismus, Wien 2013, 43–62, 55.
- 146 Am 8. Mai 2012 veranstaltete das Bündnis »Jetzt Zeichen setzen« vor dem Weiheraum eine Kundgebung gegen die zeitgleich vor der Krypta stattfindende Heldengedenkfeier des Wiener Korporationsrings (WKR).
- 147 Vgl. Broschüre der Österreichischen Widerstandsbewegung, o. J. [Wien 1963], 3. Archiv Verein für die Geschichte der Arbeiterbewegung, Nachlass Walter Hacker, Karton 38C, Redemanuskript Josef Hindels [o. D.].
- 148 Ebd.
- 149 Ebd.
- 150 Ebd.
- 151 Ebd.
- 152 Siehe Reiter, Die Ehemaligen, 275–276.
- 153 Vgl. Mathias Lichtenwagner, Abzeichengesetz – »Kleines Verbotsgesetz« verschollen im Verwaltungsstrafrecht? Geschichte, Judikatur und Anwendungsprobleme, in: Juridikum 2 (2017), 171–185; vgl. Berg, Challenging Political Culture, 540.
- 154 Vgl. Heidemarie Uhl, Maria Taferl – Maria Langegg: »Helden« und »Erscheinungen gegensätzlicher Art«. Gefallenen-gedenken und Geschichtspolitik in der Nachkriegszeit am Beispiel zweier niederösterreichischer Kriegerdenkmäler des Jahres 1963, in: Wolfgang Müller-Funk/Georg Kugler (Hg.), Zeitreise Heldenberg. Lauter Helden. Katalog zur Niederösterreichischen Landesausstellung 2005, Horn/Wien 2005, 104–113.
- 155 Vgl. Großes Kreuz, »Der Spiegel«, 23.10.1963, 104–105; vgl. Katharina Wegan, Monument, Macht, Mythos. Frankreich und Österreich im Vergleich, Innsbruck 2005, 101.
- 156 Vgl. Kameradschaftsbund, APA 2.10.1963.
- 157 Hans Klingbacher, Der Österreichische Kameradschaftsbund. Organisation und Strukturen unter besonderer Berücksichtigung der historischen Entwicklung, Dissertation, Universität Wien, Wien 1987, 52.
- 158 Vgl. Ingrid Lindorfer, Der österreichische Kameradschaftsbund und seine Beziehungen zu den politischen Parteien, Diplomarbeit, Universität Wien 1996, 5–9.
- 159 Vgl. Kameradschaftsbund, APA, 7.6.1965. 1972 sollen in Salzburg 30 Prozent der wahlberechtigten Männer und rund 80 Prozent der »Jungreservisten in Landgemeinden« Mitglieder des ÖKB gewesen sein. Vgl. Klingbacher, Der Österreichische Kameradschaftsbund, 87.
- 160 Das Manifest ist abgedruckt in: Wiener Kunsthalle (Hg.), Die Wiener Gruppe. Wien 1998, 40–41. Artmann war aus der Wehrmacht desertiert, siehe Marcel Atze, »Da bin ich durchgegangen«. H. C. Artmanns doppelte Desertion aus der Wehrmacht, in: Hannes Metzler, Ehrlos für immer? Die Rehabilitation der Wehrmachtsdeserteure in Deutschland und Österreich, Wien 2007, 13–17.
- 161 Vgl. Josef Dvorak in: »Die Blutorgel«. Wiener illustrierte politische Zweimonatsschrift 3 (1962/63), 2.
- 162 Berichte in der *Arbeiter-Zeitung* vom 10. und 12. März 1965.
- 163 Vgl. Lucile Dreidemy, Der Dollfuß-Mythos. Eine Biographie des Posthumen, Wien 2014, 234.
- 164 Zit. n. Rafael Kropiunigg, Eine österreichische Affäre. Der Fall Borodajkewycz, Wien 2015, 41.
- 165 Vgl. Gérard Kasemir, Spätes Ende für »wissenschaftlich« vorgetragenen Rassismus. Die Borodajkewycz-Affäre 1965, in: Michael Gehler/Hubert Sickinger (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, Innsbruck, 486–501.
- 166 Vgl. Bericht der APA, 3.2.1965.
- 167 Vgl. BHÖ, Archiv, Zl. 1806/65 – V/Ma, Hofburg – Burgtor Weiheraum, Baubeschreibung, 16.8.1965.
- 168 Vgl. BHÖ, Archiv, Zl. 1485/65, Beschreibung, 17.8.1965.
- 169 Vgl. BMLVS (Hg.), Das Österreichische Heldendenkmal. Eine Information der Katholischen Militärseelsorge Österreich, Wien 2011; Anton Wagner/Paul Wittas, Das Österreichische Heldendenkmal. Ein kurz gefasster Führer durch Raum und Zeit, hg. v. d. Offiziersgesellschaft Wien, Wien, o. J. [1966]; Rolf M. Urrisk-Obertyński, Wien. 2000 Jahre Garnisonsstadt, 3. Bd., I. Bezirk – Innere Stadt, Wien 2012, 156.
- 170 Siehe dazu Markova, Die NS-Zeit, 66.
- 171 Vgl. ebd., 62.
- 172 Vgl. Dieter J. Hecht/Eleonore Lappin-Eppel/Michaela Raggam-Blesch, Topographie der Shoah. Gedenksorte des zerstörten jüdischen Wien, Wien 2015, 558.
- 173 Für eine sachkundige Einschätzung dazu dankt der Autor Ina Markova. Das Foto stammt von der Tschechischen Presseagentur und wurde im Mai 1945 aufgenommen, siehe Fotobanka, ČTK.
- 174 Vgl. Markova, Die NS-Zeit, 78–82.
- 175 Vgl. René Winter, Geschichtspolitik und Fernsehen. Repräsentationen des Nationalsozialismus im frühen österreichischen TV (1955–1970), Bielefeld 2014, 116; vgl. Klambauer, Österreichische Gedenkkultur, 110.
- 176 Republikfeiern Zusammenfassung 4, APA, 27.4.1965; Denkmal für Renner, Ehrenmal für Naziopfer, »Arbeiter-Zeitung«, 28.4.1965, 3.

- 177 Bericht der APA zu Republikfeiern, 27.4.1965.
- 178 Ebd.
- 179 Vgl. Florian Wenninger, Von »Monarchenfressern« und »Habsburg-Agenten«. Der 12. November als politischer Erinnerungsort der Zweiten Republik, in: *Zeitgeschichte* 41 (2014) 6, 400–415, 408–409.
- 180 Emmerich Tálos, Entwicklung, Kontinuität und Wandel der Sozialpartnerschaft, in: ders. (Hg.), *Sozialpartnerschaft im Wandel. Kontinuität und Wandel eines Modells*, Wien 1993, 11–34, 22.
- 181 Die Zeitschrift ist nicht zu verwechseln mit der 1956 eingestellten Zeitschrift *Der Kamerad* des Verbandes der Kriegsveteranen.
- 182 Vgl. Verhindert die Provokation!, »Der neue Mahnruf« 18 (1965) 4, 1; Kein Platz in Österreich, »Der neue Mahnruf«, 18 (1965) 5, 1.
- 183 Vgl. Kameradschaftsbund 1, APA, 6.5.1965; Kameradschaftsbund, APA, 14.5.1965, sowie APA-Meldungen vom 21.4.1965, 30.4.1965; Stenographisches Protokoll, Nationalrat X. GP, 79. Sitzung, 28.4.1965, 4310, URL: www.parlament.gv.at (abgerufen 6.8.2020).
- 184 Vgl. Anfrage der Abgeordneten Wodica u. a., II-661 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates X. GP, 7.4.1965; Anfragebeantwortung des BM für Inneres Czettel, II-715 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates X. GP, 11.6.1965, URL: www.parlament.gv.at (abgerufen 6.8.2020).
- 185 Vgl. ÖNB, Bildarchiv Austria, Plakat Einladung zur Kriegerdenkmal- und Fahnenweihe, 25.9.1966.
- 186 Vgl. Klingbacher, *Der Österreichische Kameradschaftsbund*, 62.
- 187 Vgl. BHÖ, Archiv, Zl. 2206/65, Schreiben des Militärkommandanten von Wien, 13.10.1965.
- 188 Vgl. BHÖ, Archiv, Zl. 1632/65 – P/Ma, Amtsvermerk, 16.7.1965.
- 189 Vgl. BHÖ, Archiv, Zl. 256/66 – R/Ma, Schreiben BHÖ an BMHuW, 17.2.1966.
- 190 Vgl. BHÖ, Archiv, Zl. 2138/66, Verwaltungsübereinkommen, [Dezember 1966].
- 191 Vgl. BHÖ, Archiv, Zl. 2138/66, Schreiben an das BMLV, 10.11.1966.
- 192 Vgl. BHÖ, Archiv, Diverse Schreiben des Militärkommandos Wien zu offiziellen Besuchen der Verteidigungsminister bzw. Vize-Verteidigungsminister der UDSSR, der USA, Frankreichs, Polens und der Schweiz in den Jahren 1965 und 1966.
- 193 Siehe die laufende Berichterstattung der APA.
- 194 Vgl. Trauttenberg/Vogl, *Traditionspflege*; mit apologetischem Unterton Thomas Grischany, *Der Ostmark treue Alpensöhne. Die Integration der Österreicher in die großdeutsche Wehrmacht, 1938–45*, Wien 2015, 286–288.
- 195 Vgl. BHÖ, Archiv, Zl. 2134/66, Schreiben Bundeskanzleramt Kranzniederlegungen Staatsbesuch PODGORNY Nikolai Wiktorowitsch, 27.10.1966.
- 196 Etwa beim Staatsbesuch von Ministerpräsident Nikolai Alexandrowitsch Tichonow im April 1981 und beim Besuch des ehemaligen Hochkommissars der USA General Mark W. Clark im September 1974.
- 197 Siehe Berichte der APA, 15.6.1979, 27.6.1991.
- 198 Jonas gewann die Wahl gegen Alfons Gorbach am 23. Mai 1965.
- 199 Vgl. BHÖ, Archiv, Zl. 2279/65, Amtsvermerk, Schmückung des Weiheraumes im Heldendenkmal anlässlich des Staatsfeiertages am 26.10.1965.
- 200 Maleta war 1949 der Gastgeber des Treffens einiger ÖVP-Politiker mit politisch ambitionierten »Ehemaligen« in Oberweis gewesen, siehe dazu: Reiter, *Die Ehemaligen*, 98.
- 201 Festsitzung des Nationalrats und des Bundesrats der Republik Österreich am 26. Oktober 1965 aus Anlass des österreichischen Nationalfeiertages, Wien 1965, URL: www.parlament.gv.at (abgerufen 6.8.2020).
- 202 Ebd.
- 203 Nationalfeiertag Zusammenfassung, APA, 26.10.1965. Zit. n. Festsitzung des Nationalrats und des Bundesrats der Republik Österreich am 26. Oktober 1965 aus Anlass des österreichischen Nationalfeiertages, Wien 1965, 3, URL: www.parlament.gv.at (abgerufen 6.8.2020).
- 204 Vgl. BHÖ, Archiv, Zl. 2265/66, Schreiben Militärkommando Wien, 20.10.1966.
- 205 Zit. n. Dieter Anton Binder, *Nachdenken über Tradition und Militär*, in: ders./Heidemarie Uhl (Hg.), *20 Jahre Militärgeschichtliche Denkmalkommission 1994–2014. Eine Bilanz*, Wien 2014, 7–17, 11.
- 206 Vgl. Uhl, *Erinnerung als Versöhnung*, 157.
- 207 Vgl. Kranzniederlegung Heldendenkmal, APA, 10.3.1966; BHÖ, Archiv, Zl. 643/67, Schreiben Militärkommando Wien, 9.3.1967.
- 208 Der thematisch geeignete Ort dafür war wohl das 1966 errichtete Staatsgründungsdenkmal im vom Zentrum abgelegenen Schweizergarten im dritten Bezirk, das an die Republikgründungen von 1918 und 1945 erinnert. Die ÖVP-Alleinregierung nutzte es nicht für Staatsrituale. Die SPÖ entdeckte es nicht wieder. Vgl. Alfred J. Noll/Manfried Welan, *Die Abgelegene. Einige kursorische Anmerkungen zur Österreichischen Unabhängigkeitserklärung 1945*, Wien 2010, 9–13.
- 209 BHÖ, Archiv, Zl. 2504/67, Militärische Allerseelenfeier 1967, 17.10.1967. Diese Zeremonie ist von der Beistellung von Ehrenposten, Kranzträgern und Musikern zu Gedenkfeiern durch zivile Organisationen wie dem ÖKB und Widerstands- und Opferverbänden zu unterscheiden.
- 210 1968 wurden sie erstmals am Ende der Aufzählung hinzugefügt, vgl. BHÖ, Archiv, Zl. 12723-terr/68, Militärkommando Wien, Militärische Allerseelenfeier 1968, 15.10.1968.
- 211 Diese Praxis wurde erst 1986 im Kontext der Waldheim-Affäre kritisiert, 1992 wurde die Tafel abgenommen. Vgl. Hofburgtafeln überklebt, »Die Presse«, 5.12.1992.
- 212 BHÖ, Archiv, Zl. 1541/67, Schreiben der IKG, 13.6.1967.
- 213 Siehe dazu den Beitrag von Richard Hufschmied und Heidemarie Uhl in diesem Band.
- 214 Entsprechende Anträge und Genehmigungen in der zweiten Hälfte der 1960er und den frühen 1970er Jahren befinden sich im Bestand der BHÖ. Zur Einordnung vgl. DÖW (Hg.), *Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus*, passim.
- 215 Verband der oesterr. Kameradschaften, APA i 194, 29.10.1968.
- 216 BHÖ, Archiv, Zl. 1747/68, Schreiben Kameradschaft »Feldmarschall Radetzky«, 17.9.1968.
- 217 »Der neue Mahnruf« 20 (1967) 6, 1.

- 218 Walter Fanta, Der Ulrichsbergdiskurs, in: ders./Sima, »Stehst mitten drin im Land«, 11–155, 95.
- 219 Trauttenberg/Vogl, Traditionspflege, 414.
- 220 Prader bei Denkmalweihe, APA 126, 22.5. (o. J.).
- 221 Trauttenberg/Vogl, Traditionspflege, 414; vgl. Binder, Nachdenken über Tradition und Militär, 14.
- 222 Allmayer-Beck, Die Österreicher, 366.
- 223 BHÖ, Archiv, 1485/9, Schreiben der Militärwissenschaftlichen Abteilung des BMLV an die Burghauptmannschaft, 25.6.1965.
- 224 Wagner/Wittas, Das Österreichische Heldendenkmal.
- 225 BMLVS, Das Österreichische Heldendenkmal, 9.
- 226 Die Kameradschaft »Babenberg«, die 1969 vom ehemaligen Wehrmachtsoffizier Arthur Maichanitsch innerhalb des ÖKB gegründet wurde, um junge Rechtsextremisten zu organisieren, wurde 1973 von der Kameradschaft »Heldendenkmal« noch hoch gelobt, bevor sie 1974 aus dem ÖKB flog und 1980 behördlich aufgelöst wurde. DÖW (Hg.), Rechtsextremismus in Österreich nach 1945, Wien 1981, 187.
- 227 Corbett, Once »the Only True Austrians«, 270.
- 228 Exemplarisch: Gedenkstein für Biedermann, Huth und Raschke muß erhalten bleiben, »Der neue Mahnruf« 14 (1961) 12, 2; 20 Jahre wieder Österreich, »Der neue Mahnruf« 18 (1965) 4, 1.
- 229 Prominente Beispiele dafür sind das »Denkmal für die Opfer des Faschismus für Österreichs Freiheit und Unabhängigkeit« am Reumannplatz (1981), das Mahnmal »Niemals vergessen« für die Opfer der Gestapo am Morzinplatz (1985) und das Mahnmal gegen Krieg und Faschismus vor der Albertina (1988).
- 230 Vgl. Wolfgang Neugebauer, Der österreichische Widerstand 1938–1945, Wien 2008, 15; Wolfgang Neugebauer, Ludwig Jedlicka, Herbert Steiner und die Widerstandsforschung. Aspekte der Frühgeschichte des Instituts für Zeitgeschichte und des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, in: Bertrand Perz/Ina Markova (Hg.), 50 Jahre Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien 1966–2016, Wien 2017, 62–84, 71–73.
- 231 Maria Wirth, Christian Broda. Eine politische Biographie, Göttingen 2011, 301.
- 232 Vgl. Paul Connerton, Seven Types of Forgetting, in: Memory Studies 1 (2008) 1, 59–71, 61.
- 233 Vgl. Margit Reiter, Bruno Kreisky – Linker, Jude und Österreicher. Konfliktzonen und Ambivalenzen jüdischer Identität in Österreich nach 1945, in: Zeitgeschichte 37 (2010) 1, 21–40.
- 234 Vierzig Jahre Heldendenkmal!!!!, in: Mitteilungsblatt des Österreichischen Kameradschaftsbundes Landesverband Wien Kameradschaft Heldendenkmal 6 (1974) 4.
- 235 Denkmal – noch immer hochmodern, »Arbeiter-Zeitung«, 8.9.1974, 3; Aktenzeichen Austrofaschismus, »Arbeiter-Zeitung«, 11.9.1974, 3.
- 236 Vgl. Ludwig Jedlicka/Rudolf Neck, Vom Justizpalast zum Heldenplatz. Studien und Dokumentationen 1927 bis 1938, Wien 1975.
- 237 Vgl. Siegfried Mattl, Autoritäre Modernisten und skeptische Avantgarde. Österreich um 1959, in: Kunsthalle Wien (Hg.), Die Wiener Gruppe, Wien 1998, 14–19, 17.
- 238 Erwa: Knight, Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen; Anton Pelinka/Erika Weinzierl (Hg.), Das große Tabu. Österreichs Umgang mit seiner Vergangenheit, Wien 1987; Emmerich Tálos et al. (Hg.), NS-Herrschaft in Österreich 1938–1945, Wien 1988; Günter Bischof/Josef Leidenfrost (Hg.), Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945–1949, Wien 1988; Heidemarie Uhl, Zwischen Versöhnung und Verstörung. Eine Kontroverse um Österreichs Identität fünfzig Jahre nach dem »Anschluss«, Wien 1992.
- 239 Anton Pelinka, »... so leben wir mit zwei Geschichtsbildern«, in: Im Journal zu Gast: Gespräche mit Östreichern, ORF Nachlese Extra, Wien, o. J. [1988], 15–17, 17.
- 240 Robert Knight, Der Waldheim-Kontext, in: Gerhard Botz/Gerald Sprengnagel (Hg.), Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker, Frankfurt am Main/New York 1994, 78–88, 81.
- 241 Vgl. Ingrid Böhler, »Wenn die Juden ein Volk sind, so ist es ein mieses Volk«. Die Kreisky-Peter-Wiesenthal-Affäre 1975, in: Michael Gehler/Hubert Sickinger (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich, 502–531; Meldung der APA, 11.2.1985.
- 242 Vgl. die Rede Waldheims am 10.3.1988: Kurt Waldheim: Fernsehansprache anlässlich der 50. Wiederkehr der Besetzung Österreichs, 10.3.1988, in: Jahrbuch der österreichischen Außenpolitik, Wien 1988, 459–462; vgl. Cornelius Lehnguth, Waldheim und die Folgen. Der parteipolitische Umgang mit dem Nationalsozialismus in Österreich, Frankfurt am Main 2013, 156–158.
- 243 11. März 1938: Gedenken 4 (Kranzniederlegungen), APA, 11.3.1988.
- 244 Josef Dvorak, Hakenkreuz bis heute, »profil«, 1.2.1988, 32; Josef Dvorak, Von Krucken-, Haken- und anderen Kreuzen, »Forum«, März/April 1988, 22–29.
- 245 Giller/Mader/Seidl, Wo sind sie geblieben ...?, 82–83.
- 246 Hofburgtafeln überklebt, »Die Presse«, 5.12.1992.
- 247 Held überm Hakenkreuz, »profil«, 2.4.1994, 31.
- 248 Rechtes Totengedenken auf dem Wiener Heldenplatz am 8. Mai, »Die Presse«, 3.5.2002, 3.
- 249 Dieter Anton Binder: Die Militärhistorische Denkmalkommission. Zur Arbeit der Kommission, in: ders./Uhl (Hg.), 20 Jahre Militärhistorische Denkmalkommission 1994–2014, 18–44, 19. Bernardis wurde im Jahr 2004 mit einem Gedenkstein in der Heeresunteroffiziersakademie in Enns geehrt, Johann Friedländer mit einer Gedenktafel an seinem ehemaligen Wohnhaus in Wien im Jahr 2008. Im Jänner 2020 wurde das Amtsgebäude Rossau des BMLV in Amtsgebäude Bernardis-Schmid umbenannt. URL: <http://www.diegarde.at/umbenennung-ag-rossau-in-ag-bernardis-schmid/> (abgerufen 6.8.2020).
- 250 Zit. n. Binder: Die Militärhistorische Denkmalkommission, 38.
- 251 Urrisk-Obertyński, Wien, 156.
- 252 Ursula Ludz/Thomas Wild (Hg.), Hannah Arendt im Gespräch mit Joachim Fest. Eine Rundfunksendung aus dem Jahr 1964, in: Zeitschrift für politisches Denken 3 (2007) 1, PDF, URL: www.HannahArendt.net (abgerufen 6.8.2020).
- 253 Vgl. Ashplant/Dawson/Roper, The Politics of War Memory and Commemoration, 53.